Steinkohle 2002

Sichere Energie für Europa

Gesamtverband des deutschen Steinkohlenbergbaus

Steinkohle
Jahresbericht
2002

Gesamtverband des deutschen Steinkohlenbergbaus

Ein Wort zuvor

Am 23. Juli dieses Jahres endete die Geltungsdauer des Vertrags über die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS). 1950/51 von Robert Schuman und Jean Monnet initiiert, war die „Montanunion“ zugleich Grundstein und Wegbereiter der heutigen Europäischen Union. Ihr fristgemäßes Auslaufen ist eine historische Zäsur für den europäischen Integrationsprozess. Zugleich wird damit ein neues Kapitel für die europäische Steinkohle aufgeschlagen.

Seit dem Ende der EGKS unterliegt der Steinkohlenbergbau dem allgemeinen Rahmen des EG-Vertrags. Mit diesem Übergang ist eine Reihe von spezifischen EGKS-Nachfolgeregelungen erforderlich gewesen, nicht zuletzt die neue Ratsverordnung über die Steinkohlebeihilfen. Für deren tragfähige Ausgestaltung musste die Bundesregierung auf europäischer Ebene schwierige Verhandlungen führen. Diese sind im Ergebnis erfolgreich verlaufen.

Die neue Ratsverordnung macht in Begründung und Zielsetzung deutlich, dass staatliche Beihilfen für den Steinkohlenbergbau im allgemeinen Interesse liegen, wenn sie den mit der Umstrukturierung verbundenen sozialen und regionalen Aspekten Rechnung tragen und den Zugang zu den eigenen Steinkohlenvorkommen gewährleisten. Dazu ist die Beibehaltung eines Mindestumfangs an heimischer Steinkohlenproduktion notwendig. Der hier vorliegende Jahresbericht des GVSt zeigt, dass die dahinterstehenden energie- und strukturpolitischen Erwägungen stichhaltig sind.

Mit der neuen Ratsverordnung ist die nationale Kohle-Vereinbarung von 1997 vollständig bis zum Jahr 2005 europarechtlich abgesichert. Zugleich wird eine verbindliche Perspektive für eine nationale Anschlussregelung für die deutsche Steinkohle ab 2006 aufgezeigt. Die Verhandlungen darüber werden voraussichtlich schon bald beginnen.

Essen, im Oktober 2002

Karl Starzacher

Vorsitzender des Vorstandes
des Gesamtverbandes des
deutschen Steinkohlenbergbaus

Inhalt

Steinkohle – sichere Energie für Europa Seite 5

Energie in der Welt 16
1. Weltenergiebedarf 16
2. Perspektiven der Weltenergieversorgung 18
3. Missverhältnis zwischen Energievorräten und Verbrauchsstruktur 20
4. Geopolitische Risiken 22
5. Weltförderung an Steinkohle 24
6. Welthandel mit Kohle 26
7. Kohle in der Weltstromerzeugung 28
8. Globale CO_2-Emissionen 30
9. Globale Klimapolitik 32

Energie in Europa 34
10. Energie in der Europäischen Union 34
11. Stromerzeugung in der Europäischen Union 36
12. Klimavorsorge in der Europäischen Union 38
13. Steinkohle in der Europäischen Union 40
14. Die Europäische Union im Wandel 42

Energie in Deutschland 44
15. Primärenergiebedarf in Deutschland 44
16. Strombedarf in Deutschland 46
17. Luftreinhaltepolitik 48
18. Klimavorsorge in Deutschland 50
19. Deutsche Steinkohle und Klimavorsorge 52
20. Modernisierungsoffensive für die Kohle 54

Steinkohle in Deutschland 56
21. Steinkohlenmarkt in Deutschland 56
22. Produktion und Absatz des deutschen Steinkohlenbergbaus 58
23. Anpassung im deutschen Steinkohlenbergbau 60
24. Rationalisierung im deutschen Steinkohlenbergbau 62
25. Steinkohlenbergbau als Wirtschafts- und Beschäftigungsfaktor 64
26. Steinkohlenbergbau im Strukturwandel 66
27. Subventionen in Deutschland 68
28. Kohlepolitische Weichenstellungen 70

Anhang 72

Neubesinnung auf Versorgungssicherheit

Mit der Vorlage und Diskussion des Grünbuchs der Europäischen Kommission „Hin zu einer europäischen Strategie für Energieversorgungssicherheit“ vom November 2000 hat in Europa eine Neubesinnung auf dieses energiepolitische Ziel eingesetzt. Die Sicherheit der Energieversorgung steht seither wieder auf der Tagesordnung der Energiepolitik. Damit verbunden erfährt auch die Kohle, weltweit und in einer Reihe von europäischen Ländern der Energieträger Nr. 1 in der Stromerzeugung und die wichtigste heimische Energierohstoffreserve in Europa, eine neue Einschätzung.

Ursächlich für diese Neubesinnung schon vor den Terroranschlägen vom 11. September 2001 und der eskalierenden Situation im Nahen Osten ist die hohe und nach allen Prognosen noch wachsende Abhängigkeit der Europäischen Union insbesondere von Erdöl- und Erdgasimporten, in zunehmendem Umfang auch von Steinkohlenlieferungen aus dritten Ländern.

In ihrem jüngsten, offiziellen Memorandum „Der Energiebinnenmarkt – Verbesserung der Energieversorgungssicherheit“ vom September 2002 weist die Generaldirektion Energie und Verkehr der Europäischen Kommission nachdrücklich auf die physischen, wirtschaftlichen und auch sozialen Risiken der hohen Energieabhängigkeit der Union hin. Der Erdöl- und Erdgasbedarf der Europäischen Union muss schon heute zu zwei Dritteln aus Importen gedeckt werden, in zwei bis drei Jahrzehnten werde die Importabhängigkeit 70 % des Gesamtenergiebedarfs ausmachen. Wörtlich heißt es in dem Memorandum: „Die mit dieser sehr großen strukturellen Abhängigkeit der Europäischen Union im Energiebereich verbundenen Risiken werden durch die in vielen Förderländern herrschende politische Instabilität noch verschärft und können einen starken Druck auf den Energiemarkt ausüben.“

Tatsächlich lagern in der politischen Unruhezone der Welt schlechthin, in dem auch als „Strategische Ellipse“ bezeichneten Raum zwischen Persischem Golf und Kaspischem Meer, rund 70 % der Erdölreserven und etwa 40 % der Erdgasvorräte der Welt. Dagegen werden die Öl- und Gasreserven der Europäischen Union und Norwegens nach Einschätzung der Kommission nur noch ca. 25 Jahre reichen. Bereits heute stammen über 50 % der Erdölimporte der EU aus OPEC-Ländern, während die Erdgasimporte zu 41 % aus Russland und zu 29 % aus Algerien kommen.

Dabei ist die Europäische Union mit einem Gesamtenergieverbrauch von 2 Mrd. t SKE nach den USA der zweitgrößte Energiemarkt der Welt und schon derzeit der weltweit größte Nettoimporteur von Mineralöl, Erdgas und Kohle. Während z.B. Großbritannien noch für einige Jahre Nettoexporteur von Energie sein wird, muss Deutschland schon heute über 60% seines Energiebedarfs im Ausland decken, in Frankreich sind es – trotz des hohen Kernenergieanteils – 55 %. Zugleich wächst der Energieverbrauch EU-weit aller Voraussicht nach weiter. Für die EU-15 prognostiziert die Kommission bis 2020 einen Zuwachs von rund 20 %, für den Stromverbrauch sogar eine Steigerung von rund 40 %.

Die europäische Entwicklung geht einher mit einem weltweiten Zuwachs des Energiebedarfs. Die Internationale

Energie-Agentur (IEA) sagt in ihrem neuesten „World Energy Outlook 2002“ voraus, dass der Weltenergieverbrauch bis 2030 insgesamt um über 60 % steigen wird. Ursächlich dafür sind das anhaltende Wachstum der Weltbevölkerung sowie der wirtschaftliche Aufholprozess in den Entwicklungs- und Schwellenländern wie China oder Indien. Diese Länder werden ihren Anteil am Weltenergieverbrauch laut IEA von 30 % auf 43 % steigern und auf den Weltenergiemärkten zunehmend in Konkurrenz zu den Industrieländern stehen. Zudem suchen auch die USA und Japan ihre internationalen Energieinteressen zu sichern und treten dadurch in eine starke Nachfragekonkurrenz zu Europa.

Für die IEA besteht kein Zweifel, dass die fossilen Energieträger Mineralöl, Erdgas und Kohle weiterhin den wesentlichen Anteil der Energieversorgung und auch des erwarteten Verbrauchszuwachses tragen und in 2030 fast 90 % des Energiebedarfs decken werden. Die Kohle wird gemäß dem „Outlook“ in 2030 weltweit mit einem Anteil von ca. 24 % zum gesamten Energieverbrauch beitragen. Der weltweite Anteil der Kernenergie an der Stromerzeugung wird dagegen deutlich sinken, während die Erneuerbaren Energien einschließlich der Wasserkraft ihren Anteil zwar weltweit steigern, aber mit kaum mehr als 6,5 % auch in 2030 nur einen relativ bescheidenen Beitrag leisten können. Als Hauptgrund dafür bezeichnet die IEA das Fehlen wirtschaftlicher Speichermöglichkeiten, mit denen sich die naturbedingt schwankende Energieproduktion der erneuerbaren Energiequellen ausgleichen ließe.

Die Risiken für die Energieversorgungssicherheit der Industrieländer werden laut der Analyse der IEA in jedem Fall erheblich zunehmen. Die Gefahr von inneren Unruhen, Umstürzen und Kriegen sei gerade in den besonders öl- und gasreichen Weltregionen virulent. Der Irak ist hierfür nur eines der Beispiele.

Um die Abhängigkeit der EU von latenten und manifesten Krisen- und Konfliktregionen zu begrenzen, hat die Europäische Kommission deshalb bereits im Grünbuch zur Energieversorgungssicherheit eine Reihe von Gegenmaßnahmen zur Diskussion gestellt und teilweise inzwischen auch schon mit deren Umsetzung begonnen.

Zwar setzt die Kommission eine Priorität bei der Steuerung der Energienachfrage durch Steigerung der Energieeffizienz und verstärktes Energiesparen, unter anderem durch Ausbau der Kraft-Wärme-Kopplung. Doch Handlungsbedarf sieht sie auch beim Energieangebot.

So hat sie europaweite Fördermaßnahmen zur weiteren Erforschung und zum Ausbau Erneuerbarer Energien angestoßen. Für den Erdöl- und Erdgassektor hat sie jüngst einen neuen Gemeinschaftsrahmen vorgeschlagen, der unter anderem erweiterte Bevorratungspflichten und einen europäischen Krisenmechanismus beinhalten soll. In der Kernenergiepolitik strebt sie zusätzliche Kompetenzen an, um europaweit einheitliche Sicherheitsstandards zu garantieren und zumindest die Option auf die Kernkraftnutzung offen zu halten. Und nach relativ langer Abstinenz besinnt sich die Kommission wieder auf die Kohle, der sie bei Einsatz sauberer Nutzungstechnologien nach einer „glorreichen Vergangenheit“ nun auch wieder eine langfristige Zukunft voraussagt und ihr eine wichtige Rolle für eine „größere Autonomie Europas“ zumisst. Was die vorrangig zu nutzenden

Steinkohlequellen betrifft, fragt sie deshalb explizit: „Warum nicht europäische Steinkohle?“

Kohle – die europäische Energie

Anders als bei Öl und Gas verfügt die Europäische Union mit der heimischen Kohle über eine langfristige Versorgungsoption. Die Stein- und Braunkohlenvorräte machen zusammen fast 90 % der fossilen Energievorräte der heutigen Gemeinschaft aus, und wichtige Kohlenförderländer wie Polen oder Tschechien stehen vor ihrem Beitritt zur Union. Das wirtschaftliche und auch soziale Gewicht der Kohle wird im erweiterten Europa in jedem Fall zunehmen.

Ein Zeichen für die wiedererstarkte Rolle der Kohle in Europa ist auch die in 2002 vollzogene Gründung von EURACOAL, der neuen Brüsseler Dachvereinigung der Steinkohle- und Braunkohleproduzenten der EU-15 wie auch der Beitrittsländer.

EURACOAL ist aus der europäischen Vorgängerorganisation CECSO (vormals CEPCEO), die vor allem die Interessen der Kohleproduzenten in der Montanunion vertrat, hervorgegangen. An der künftigen Mitarbeit in EURACOAL haben auch wieder die britischen Kohleproduzenten sowie bedeutende Kohlenimporteure Interesse bekundet. Die gesamte Kohleindustrie wird also künftig EU-weit geschlossen repräsentiert werden und wieder mit einer Stimme gegenüber den europäischen Organen sprechen können.

Schon in den vergangenen Jahrzehnten kam der Kohle im europäischen Integrationsprozess eine besondere Bedeutung zu. Sie war fester Bestandteil der großen „Europavision“ der 1950 von Robert Schuman initiierten und dann 1951/52 durch den Vertrag über die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) für eine Laufzeit von 50 Jahren ins Leben gerufenen „Montanunion“, dem Grundstein und Wegbereiter der heutigen Europäischen Union. Stand am Anfang der Geltungsdauer des EGKS-Vertrags die Erwägung, eine gemeinsame energie- und industriepolitische Grundlage für den Wiederaufbau sowie Wohlstand und Sicherheit zu schaffen, so gelten heute – über die Bewahrung und Fortentwicklung der historischen Errungenschaften der EGKS hinaus – gemeinsame Energie- und andere politische Ziele für Europa fort. Speziell bei der Steinkohle sind allerdings die betreffenden Mitgliedstaaten aufgerufen, den neuen europäischen Rahmen auf nationaler Ebene angemessen auszufüllen.

Die Energieminister der EU haben im Juni 2002 auf Vorschlag der Kommission und mit Billigung sämtlicher anderer Gemeinschaftsorgane im Rahmen der Bestimmungen des EG-Vertrags die neue Verordnung 1407/2002 über staatliche Beihilfen an den Steinkohlenbergbau verabschiedet. Ausdrückliche Zielsetzung dieser neuen Beihilfenverordnung ist es, nicht nur den mit der weiteren Umstrukturierung des Steinkohlenbergbaus verbundenen sozialen und regionalen Aspekten Rechnung zu tragen, sondern auch einen „Mindestumfang an heimischer Steinkohlenproduktion beizubehalten“, um den Zugang zu den Vorkommen zu gewährleisten.

Die neue Verordnung über die Steinkohlebeihilfen beruht auf Artikel 87 Absatz 3e des EG-Vertrags und ersetzt den bisherigen, zusammen mit dem Ende der Montanunion ausgelaufenen

EGKS-Steinkohlebeihilfenkodex. Der Steinkohlenbergbau (wie auch die Stahlindustrie) wird somit gemeinschaftsrechtlich mit allen anderen Wirtschaftszweigen – außer der durch den Euratom-Vertrag geregelten Kernenergie – gleichgestellt. Das bedeutet aber auch, dass die Steinkohlefragen auf europäischer Ebene künftig nicht mehr als besondere industriepolitische Problematik im Rahmen des spezifischen Vertragswerks EGKS zu behandeln sind, sondern im energie- und strukturpolitischen Gesamtzusammenhang der EU erörtert werden.

Energiepolitische Zielkonflikte

Zweifellos steht die Energieversorgung und damit auch die Energiepolitik unter den Bedingungen von Globalisierung und Liberalisierung wie auch im Hinblick auf Nachhaltigkeit, Umweltschutz und Klimavorsorge vor großen Herausforderungen. Energiepolitischer Handlungsbedarf ist unbestritten. Manche sehen dabei die größte Herausforderung in der Versöhnung von Ökonomie und Ökologie. Sie stellen deshalb die Klimaschutzziele in den Vordergrund ihrer energiepolitischen Leitlinien.

Auf nationaler Ebene wird deshalb sogar eine Forcierung der bis 2005 gesetzten bzw. bis 2012 eingegangenen ehrgeizigen Treibhausgasreduktionsziele gefordert und das Ziel einer CO_2-Minderung um 40 % schon bis zum Jahr 2020 (gegenüber 1990) proklamiert. Andere wichtige gesellschafts- und wirtschaftspolitische Notwendigkeiten werden dabei allerdings ausgeblendet oder als nachrangig angesehen.

Das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie hat Ende 2001 unter dem Titel „Nachhaltige Energiepolitik für eine zukunftsfähige Energieversorgung“ einen Energiebericht vorgelegt, der diesen Zielkonflikt aufgegriffen hat und eingehend das Spannungsfeld zwischen einer derartigen umwelt- und klimapolitischen Zielvorgabe und den übrigen Belangen der Energiepolitik ausleuchtet. Dieser Energiebericht hat die Neuorientierung der Energiepolitik der Bundesregierung seit 1998 und die in diesem Zusammenhang ergriffenen Maßnahmen von der weiteren Wettbewerbsöffnung der Strom- und Gasmärkte über Beendigung der Kernenergienutzung bis hin zum Ausbau der Erneuerbaren Energien und der Energiesparmaßnahmen dargestellt. Er macht deutlich, dass auch künftig eine Ausgewogenheit zwischen den zentralen energiepolitischen Zielen Wirtschaftlichkeit, Versorgungssicherheit und Umweltverträglichkeit bestehen muss. Denn diese Ziele stehen in Konkurrenz zueinander: Ein Mehr bei einem Ziel bewirkt ein Weniger bei den anderen Zielen. Aufgabe der Energiepolitik muss es daher sein, so der Bundesminister für Wirtschaft in dem Vorwort des Energieberichts, „den optimalen Bereich in diesem magischen Zieldreieck (zu) definieren und anzustreben“.

Durch eine einseitige klimapolitische Orientierung der Energiepolitik, noch dazu durch allzu ehrgeizige, im nationalen Alleingang verfolgte CO_2-Minderungsziele werde diese Balance jedoch verlassen. Dies hätte schwerwiegende negative Folgen für Wachstum und Beschäftigung wie auch für die Energieversorgungssicherheit in Deutschland. Speziell für den Kohlenbergbau und energieintensive Industriezweige könnte sich hier sogar die „Existenzfrage“ stellen. Anstelle einer „Dekarbonisierungsstrategie“ fordert der Energiebericht deshalb ein Bündel von sogenannten „No-Regret“-Maßnah-

men, die den verschiedenen energiepolitischen Zielen gleichermaßen dienen.

Dazu zählt der Energiebericht auch die Sicherung der heimischen Kohle in Verbindung mit einer konsequenten Modernisierung der Kohlenkraftwerke („Clean Coal“). Das eröffnet erhebliche Potenziale zur CO_2-Minderung wie auch beträchtliche Exportchancen für deutsche Unternehmen, ohne die inländische Basis für eine gesicherte Energieversorgung zu gefährden. Klimapolitische Zielsetzungen und Instrumente wie ordnungsrechtliche Auflagen, Energiesteuern oder ein Emissionszertifikatehandel dürfen diese Basis nicht gefährden und müssen mit ihr kompatibel bleiben.

Insbesondere die gegenwärtige Diskussion über einen EU-weiten CO_2-Zertifikatehandel auf Unternehmensebene bereitet aus dieser Sicht große Sorgen, da der vorliegende Richtlinienvorschlag der Kommission – abgesehen von den zu erwartenden zusätzlichen bürokratischen Lasten – in erster Linie auf die kohlenverbrauchende Wirtschaft gerichtet ist. Der Richtlinienvorschlag lässt zudem erhebliche Wettbewerbsverzerrungen zwischen den Energieträgern, innerhalb des Energiebinnenmarktes, unter den Mitgliedstaaten und auch im Verhältnis der EU zur übrigen Welt befürchten. Eine reine Produktionsverlagerung als Folge dieser Maßnahme ist aber ökonomisch nicht zu rechtfertigen und ökologisch sinnlos.

Bisher ist auch unklar geblieben, wie ein europäischer CO_2-Zertifikatehandel mit den auf nationaler Ebene schon erbrachten klimapolitischen Vorleistungen und mit den schon laufenden, durchaus erfolgreich praktizierten Maßnahmen, vor allem mit den Klimavereinbarungen der deutschen Wirtschaft mit der Bundesregierung (auch der Gesamtverband des deutschen Steinkohlenbergbaus hat in 2002 eine solche Vereinbarung abgeschlossen), vereinbar sein soll. Noch nicht erkennbar ist auch die Verknüpfung mit dem in Kyoto vereinbarten Zertifikatehandel auf Staatenebene und den anderen „flexiblen Kyoto-Instrumenten“ JI (Joint Implementation) und CDM (Clean Development Mechanism) im internationalen Kontext, ohne die ein nennenswerter Beitrag zur globalen Klimavorsorge überhaupt nicht möglich wäre.

Fragt man nach den Alternativen im Energiemix, ist festzustellen, dass die Erneuerbaren Energien trotz aller Hoffnungen und Anstrengungen noch lange nicht in der Lage sind, den Versorgungsbeitrag der fossilen Energien zu ersetzen, am wenigsten den der weitreichenden Kohlenvorräte. Würde unter dem Vorzeichen der CO_2-Reduktion die Kohle vor allem aus der Stromerzeugung in Deutschland verdrängt, erwarten viele das Erdgas als Gewinner einer solchen „Dekarbonisierungsstrategie“. Würde das Erdgas nach dem Wärmemarkt auch die Stromerzeugung erobern, stellten sich grundsätzliche Fragen des langfristig optimalen Ressourceneinsatzes und der Versorgungssicherheit. Nicht auszuschließen ist indes, dass letzten Endes die Kernenergie womöglich über den Umweg der Stromimporte eine ungewollte Renaissance erführe. Dies macht deutlich, mit einem Energiemix ohne Kohle ist eine nachhaltige Entwicklung nicht möglich, aber auch nicht wünschenswert.

Implikationen der kohlepolitischen Vereinbarung bis 2005

In Deutschland ist die Steinkohlepolitik gemäß der Kohle-Vereinbarung von 1997 bis Ende 2005 gesetzlich und vertraglich festgelegt. Diese beinhaltet bis 2005 in jährlichen Schritten insgesamt eine Halbierung der öffentlichen Mittel zur Absatz- und Stilllegungsfinanzierung. Daraus resultiert bis Ende 2005 eine Absenkung der deutschen Steinkohlenförderung auf rund 26 Mio t und eine sozialverträgliche Anpassung der Belegschaft auf rund 36 000 Bergleute. Damit wird die jährliche Produktion entsprechend den verringerten Beihilfen ebenfalls annähernd halbiert, die Zahl der Arbeitsplätze infolge des Produktivitätsfortschritts und der notwendigen Rationalisierung sogar um etwa 60 % verringert.

Ein solcher Subventionsabbau – mit dementsprechend einschneidenden Folgen für den betreffenden Wirtschaftszweig – ist zumindest in der westdeutschen Wirtschaft beispiellos.

Gleichzeitig ist mit der Kohle-Vereinbarung von 1997 das Ziel erklärt worden, „einen lebenden und gesamtwirtschaftlich vertretbaren Bergbau (zu) erhalten“. Dieses Ziel hat Bestand und wird mit den in 2005 voraussichtlich erreichten und danach erreichbaren Größenordnungen realisierbar bleiben. Das gilt jedoch nur dann, wenn ab 2006 eine kohlepolitische Anschlussregelung in Kraft gesetzt wird, die dem deutschen Steinkohlenbergbau eine längerfristige und verlässliche Perspektive verschafft.

Der dafür erforderliche europäische Rahmen ist mit der am 24. Juli 2002 in Kraft getretenen neuen EU-Beihilfenverordnung für den Steinkohlenbergbau hergestellt. Mit dieser Verordnung, die eine Laufzeit bis 2010 hat, ist zunächst die deutsche Kohle-Vereinbarung bis 2005 auf europäischer Ebene beihilfenrechtlich vollständig abgesichert worden.

Die neue EU-Verordnung über die Steinkohlebeihilfen erkennt die Bedeutung des Erhalts eines heimischen Steinkohlenbergbaus zur Gewährleistung des Zugangs zu den Steinkohlenvorkommen, aber auch zur Sicherung der Führungsposition der europäischen Technologie im Bereich der Förderung und sauberen Verwendung der Kohle ausdrücklich an.

Breite Akzeptanz in der Bevölkerung

Dieser zentrale strategische Gedanke der deutschen und europäischen Steinkohlepolitik hat auch in der Bevölkerung breiten Rückhalt. Eine vom EMNID-Institut durchgeführte repräsentative Meinungsumfrage in Deutschland vom Juli 2002 zeigt für den Erhalt eines langfristig lebens- und leistungsfähigen Steinkohlenbergbaus eine überwältigende Mehrheit in der Bevölkerung. Bundesweit haben sich 71 % der Befragten grundsätzlich für den Erhalt der Beihilfen an die deutsche Steinkohle ausgesprochen.

Diese im Vergleich zu anderen politischen Streitfragen außerordentlich große Zustimmung erfolgt keineswegs in Unkenntnis der Kosten. 86 % der Befragten wussten, dass der Steinkohlenbergbau in Deutschland weiterhin auf relativ hohe Subventionen angewiesen ist. Nur 2 % äußerten keine Meinung und 27 % sprachen sich gegen weitere Steinkohlesubventionen aus – nicht weniger, aber auch nicht mehr.

Zugleich wissen heute über 80 % der Bevölkerung, dass der deutsche Bergbau moderne

Technik einsetzt. Drei Viertel der Befragten schätzen die Steinkohle als „zuverlässige“ Energiequelle, und klare Mehrheiten hat es auch für die Anerkennung des Steinkohlenbergbaus als bedeutsamer Beschäftigungsfaktor und Garant einer sicheren und unabhängigeren Energieversorgung gegeben.

Noch nicht überwunden hat die Steinkohle – trotz aller Umweltschutzbemühungen und der hierzulande im internationalen Vergleich sehr hohen Umweltstandards – das landläufige Image, „schmutzig“ zu sein. Dieser Einschätzung stimmen immer noch 76% der Befragten zu. Das darf allerdings nicht mit einem negativen Meinungsbild zur Steinkohle bei der Klimavorsorge verwechselt werden. Abgesehen davon, dass speziell die Steinkohlenförderung und damit auch die daraus resultierenden CO_2- und Klimagasemissionen in Deutschland seit Jahrzehnten zurückgehen: Nur 36% der Bevölkerung sehen in der Energiewirtschaft einschließlich der Kohlenkraftwerke die heutigen Hauptverursacher für Klimagasemissionen in Deutschland. 63 % identifizieren dagegen den Verkehr als die Hauptquelle schädlicher Klimagase, was den tatsächlichen CO_2-Relationen durchaus nahe kommt.

Der zuweilen gern verbreitete Irrglaube, durch Abschaffung der Kohlesubventionen könne ein wesentlicher zusätzlicher Beitrag zur Klimavorsorge geleistet werden, hat in der Bevölkerung demnach auch keinen großen Widerhall. Tatsächlich träte ohne Beihilfen für die Produktion deutscher Steinkohle zunächst vor allem Importsteinkohle an deren Stelle. Für die Emissionsbilanz wäre also überhaupt nichts gewonnen. Auch alle anderen Alternativen wären umweltpolitisch problematisch.

Dass neben der Gewinnung von Steinkohle auch deren Nutzung – künftig in möglichst sauberen, noch effizienteren Anlagen und Kraftwerken – eine Basis des Energiesystems bildet und der Klimavorsorge im Einklang mit anderen energie- und wirtschaftspolitischen Zielen durch eine Technologie- und Modernisierungsoffensive im Kohlesektor weitaus mehr gedient wird als durch eine Strategie zur Kohleverdrängung, ist demzufolge ein sowohl sachlich wohlbegründeter wie politisch mehrheitsfähiger Ansatz.

Eckpunkte für die Anschlussregelung aus Sicht des Steinkohlenbergbaus

Vor dem dargestellten Hintergrund formuliert der deutsche Steinkohlenbergbau folgende Eckpunkte für eine nationale Anschlussregelung zur Zukunft der deutschen Steinkohle ab 2006:

- Vollständige Umsetzung der Kohle-Vereinbarung von 1997 bis 2005

Der Steinkohlenbergbau kann unverändert davon ausgehen, dass die bis 2005 eingegangenen gesetzlichen und vertraglichen Verpflichtungen durch alle Beteiligten vollständig erfüllt werden. Er selbst muss dabei einen schmerzhaften Anpassungsprozess durchführen, der bis an die Grenze des Tragbaren geht. Insbesondere die sozialverträgliche Beschäftigungsanpassung stellt sich in Anbetracht der anhaltend schlechten Arbeitsmarktlage und der betrieblichen Erfordernisse als äußerst schwierig dar. Alle verfügbaren personalpolitischen Instrumente werden eingesetzt, neue sind entwickelt worden. Derzeit werden Vorschläge erarbeitet, um die bewährten Instrumente zum Personalabbau noch effizi-

enter gestalten und besser nutzen zu können, damit sich betriebsbedingte Kündigungen weiterhin vermeiden lassen.

Die öffentliche Hand hat über die in der kohlepolitischen Vereinbarung zugesagten Mittel rechtsverbindliche Zuwendungsbescheide bis 2005 erteilt. Der Steinkohlenbergbau geht davon aus, dass eine neue Finanzierungsregelung für den Zeitraum ab 2006 nicht durch die Abwicklung der so genannten „Bugwelle“ vorbelastet wird. Das betrifft den Teil der 1997 vereinbarten Mittel, die erst ab 2006 zur Auszahlung anstehen sowie die in den öffentlichen Haushalten seit 2000 vorgenommenen Auszahlungsverschiebungen.

• Anpassungsprozess ab 2006

Nach der gemäß der Kohle-Vereinbarung von 1997 bis 2005 vorgesehenen Rückführung von Förderkapazität und Belegschaft ist durch die EU-Genehmigung der deutschen Kohlebeihilfen für die Jahre 2000 und 2001, die auf der vorigen EGKS-Regelung für Steinkohlebeihilfen basierte, ein weiterer Anpassungsprozess bis 2007 vorgegeben. Die Kommission hat seinerzeit die Umschichtung eines Teils der Betriebsbeihilfen in die Beihilfen zur Rücknahme der Fördertätigkeit verlangt. Dies erzwingt nach dem Jahr 2005 einen weiteren Kapazitätsabbau von voraussichtlich 3–4 Mio t/Jahr. Die entsprechenden Standortentscheidungen müssen spätestens bis Mitte 2004 der Kommission mitgeteilt werden.

Die neue EU-Verordnung der Steinkohlebeihilfen sieht überdies vor, dass nur noch bis zum Jahr 2007 weitere Beihilfen zur Rücknahme der Fördertätigkeit zulässig sind. Dann muss, zunächst bis 2010, eine auf Dauer angelegte Mindestproduktion erreicht werden. Infolgedessen wird ab 2008 der Fördersockel erreicht, der für den weiteren Erhalt des Zugangs zu den deutschen Lagerstätten notwendig ist und stabilisiert werden muss. Sein mengenmäßiges Niveau lässt sich wie folgt konkretisieren:

- Die verbliebenen Bergwerke gewährleisten ab 2008 ein Fördervermögen in der Größenordnung von rund 22 Mio t/Jahr.

- Mit entsprechenden investiven Maßnahmen in die Lagerstätte und einer darauf gerichteten Belegschaftspolitik kann bis 2015 und darüber hinaus ein Fördervermögen von etwa 22 bis 20 Mio t/Jahr erhalten bleiben.

- Angesichts des in diesen Zeiträumen erwartbaren Marktvolumens von Steinkohle in Deutschland bestehen für den Absatz dieser inländischen Mindestproduktion weder in der Verstromung noch in der Stahlindustrie Restriktionen.

- Damit bliebe auf absehbare Zeit ein bedeutsamer Beitrag des Steinkohlenbergbaus zu einer nachhaltigen Energieversorgung in Deutschland möglich, der auch unter struktur-, beschäftigungs-, umwelt- und technologiepolitischen Aspekten Sinn macht. Insbesondere könnte die deutsche Führungsposition in der Kohlengewinnungs- und Kohlennutzungstechnologie gewahrt werden.

Zudem muss die Sozialverträglichkeit des weiteren Anpassungsprozesses auch ab 2006 sichergestellt werden – in Anbetracht der schon erfolgten Belegschaftsanpassungen und der Arbeitsmarktprobleme dann wieder vorrangig durch Nutzung des Instruments des Vorruhestandes. Dazu muss die Anpassungsgeldregelung fortgeführt werden.

Nationale Anschlussregelung ab 2006 vor der Entscheidung

- Beihilfebedarf und Finanzrahmen

Die neue EU-Verordnung der Steinkohlebeihilfen ermöglicht im Einzelnen Beihilfen

- für den Zugang zu den Steinkohlenvorkommen (Anfangsinvestitionen oder Beihilfen für den laufenden Betrieb),

- für die Förderrücknahme (bis Ende 2007 befristete Betriebsbeihilfen für Anlagen, die in einen Stilllegungsplan einbezogen sind),

- für außergewöhnliche Belastungen (Stilllegungskosten und Altlasten).

Das Gesamtvolumen der Betriebsbeihilfen muss dabei im Zeitraum bis 2010 „einem abnehmenden Trend folgen, der zu einem nennenswerten Abbau dieser Beihilfen führt".

Davon unberührt sind wie für andere Wirtschaftszweige auch staatliche Beihilfen zur Forschung und Entwicklung, für den Umweltschutz oder für die Ausbildung möglich, sofern sie unter Beachtung der von der EU-Kommission für diese Beihilfenarten festgelegten Bedingungen und Kriterien erfolgen.

Aus den vorgenannten Mengenzielen ergibt sich unter Berücksichtigung des vorgezeichneten personellen und kapazitativen Anpassungsprozesses sowie unter der Annahme gleichbleibender politischer, gesamtwirtschaftlicher und unternehmerischer Rahmenbedingungen voraussichtlich ein weiter sinkender Beihilfenbedarf.

Bei der Beurteilung des notwendigen Beihilfenbedarfs ist zu berücksichtigen, dass die Steinkohlehilfen infolge der Kohle-Vereinbarung von 1997 bis 2005 insgesamt bereits halbiert werden und durch eine bruchartige Entwicklung im Steinkohlenbergbau wegen der daraus resultierenden fiskalischen Folgekosten gesamtwirtschaftlich und fiskalpolitisch kein Spielraum zu gewinnen wäre, sondern nur Umschichtungen in andere Haushaltspositionen die Folge wären.

Hinsichtlich der Finanzierung geht der Steinkohlenbergbau davon aus, dass die für einen langfristig leistungs- und lebensfähigen Steinkohlenbergbau notwendigen Mittel weiterhin über die öffentlichen Haushalte aufgebracht werden können. Die neue EU-Beihilfenverordnung ermöglicht eine solche Finanzierung.

Wichtig ist auch, dass die nötige Planungssicherheit rechtzeitig hergestellt wird und ein hinreichend großes Zeitfenster für die Umsetzung der Anschlussregelung geöffnet wird.

Langfristig anzustrebender Kernbergbau

Mit einer auf diesen Eckpunkten basierenden künftigen Steinkohlepolitik in Deutschland und einem langfristig anzustrebenden, energie- und strukturpolitisch begründeten Kernbergbau in der skizzierten Größenordnung ist es möglich,

- den Zugang zu den heimischen Steinkohlenlagerstätten als Teil der nationalen und europäischen Energiereserve auch für kommende Generationen zu bewahren,

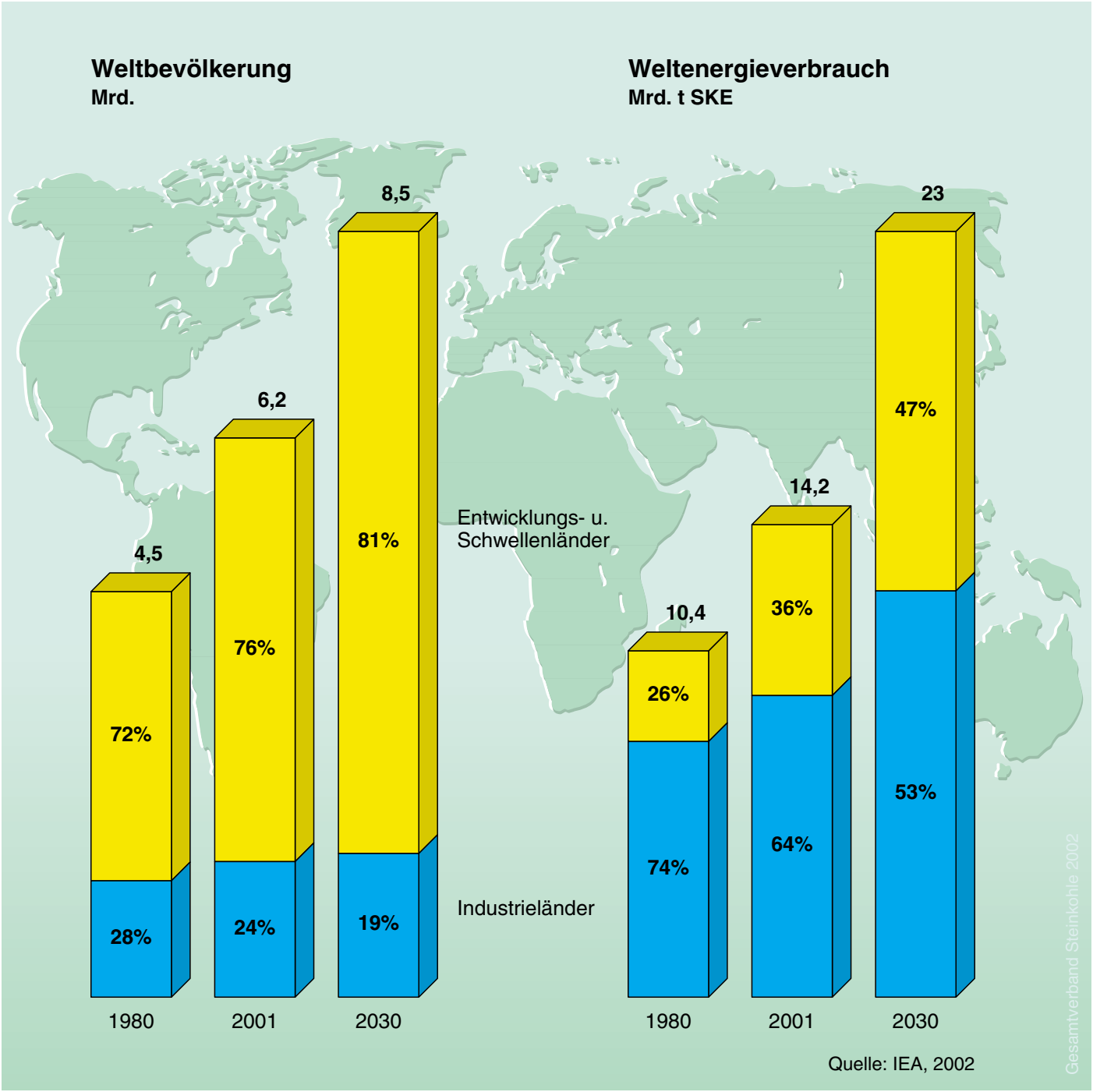
- einen angemessenen Beitrag zu einem ausgewogenen Energiemix und zur Versorgungssicherheit insbesondere in der Stromerzeugung sowie der Stahlproduktion zu gewährleisten,

- mehrere Zehntausend qualifizierte Arbeitsplätze in den Steinkohleunternehmen und ihrem wirtschaftlichen und regionalen Umfeld zu erhalten,

wodurch der Steinkohlenbergbau auch ein wichtiger Motor für die aktive, aus eigener Kraft und Kompetenz betriebene und sozialverträgliche Umstrukturierung der Bergbauregionen bleibt.

Zugleich kann so die notwendige Absatz- und Referenzbasis für die Weiterentwicklung der international führenden deutschen Technologien im Bereich der gesamten Kohlenkette – von der Bergbaumaschinenbauindustrie bis zu den effizienten Kohlennutzungstechnologien – gewahrt und das hierauf basierende Innovations-, Wertschöpfungs- und Beschäftigungspotenzial für den Standort Deutschland gesichert werden.

1


Weltbevölkerung
Mrd.
Weltenergieverbrauch
Mrd. t SKE
8,5
6,2
4,5
23
14,2
10,4
81%
76%
72%
47%
36%
26%
Entwicklungs- u.
Schwellenländer
Industrieländer
28%
24%
19%
74%
64%
53%
1980
2001
2030
1980
2001
2030
Quelle: IEA, 2002
Gesamtverband Steinkohle 2002

Energieversorgung – eine globale Herausforderung

Der Weltenergiebedarf wird bis zum Jahr 2030 um über 60 % ansteigen, so der neue „World Energy Outlook 2002“ der Internationalen Energie-Agentur (IEA). Zu zwei Dritteln entfällt dieses Wachstum auf die Entwicklungs- und Schwellenländer.

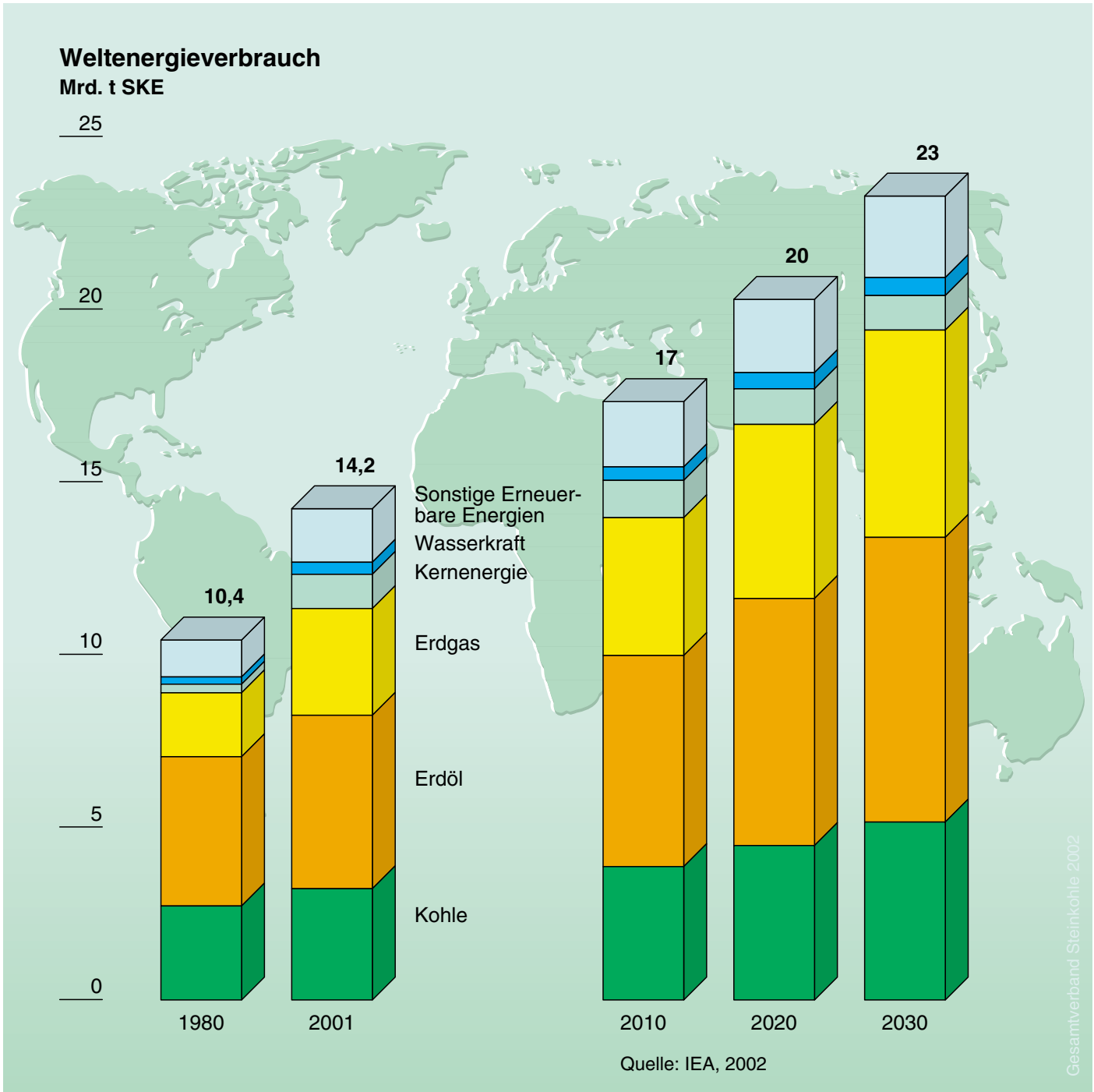
In diesen Ländern erfordert das anhaltende Bevölkerungswachstum eine zunehmende Bereitstellung von Energie. Am dynamischsten steigt der Energiebedarf in den Schwellenländern Südostasiens und Lateinamerikas, die ein kräftiges Wirtschaftswachstum aufweisen und so verstärkt zu den Industrieländern aufschließen. Die Reichsten der Industrieländer scheinen sich dagegen einer Sättigung anzunähern.

Weltweit wird der Anstieg des Energieverbrauchs auch über das Jahr 2030 anhalten. Die am weitesten in die Zukunft reichenden Szenarien von Weltenergierat und International Institute for Applied System Analysis (IIASA) gehen von einer Verdopplung des Weltenergieverbrauchs bis zum Jahr 2050 und einer Verdreifachung bis zum Jahr 2100 aus.

Die größte Herausforderung für die weltweiten Energiesysteme wird darin liegen, den ärmsten Menschen einen Zugang zu kommerzieller Energie zu verschaffen. Darin liegt nach Ansicht der Kommission für Nachhaltige Entwicklung der Vereinten Nationen der Schlüssel zur positiven wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung und zur Überwindung von Armut. Auch der Weltgipfel für Nachhaltige Entwicklung in Johannesburg hat die Verbesserung des Zugangs zu einer sicheren, wirtschaftlich und sozial akzeptablen und umweltverträglichen Energieversorgung zu einer der Hauptaufgaben für die kommenden Jahrzehnte erklärt.

Die IEA schätzt die Zahl der Menschen, die derzeit keinen Zugang zu kommerzieller Energie haben, auf 1,6 Milliarden. Im Jahr 2030 werden es immer noch 1,4 Milliarden sein. Mehr als 90 % des künftigen Bevölkerungswachstums in Entwicklungsländern wird in Städten und nicht auf dem Land stattfinden. Die Verstädterung aber erfordere, anders als dies vielfach in den vergangenen Jahren verfolgt wurde, besondere Anstrengungen bei der zentralisierten Stromerzeugung. Der Großteil davon müsse weiterhin von fossilen Energien und insbesondere von der Kohle getragen werden, so die Schlussfolgerung.

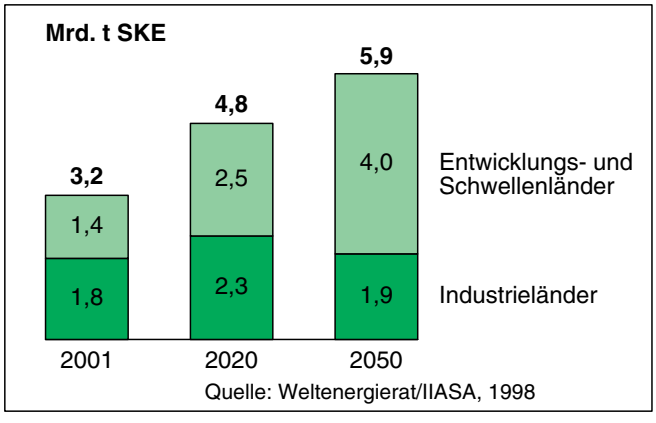
2


Weltenergieverbrauch
Mrd. t SKE
25
20
15
10
5
0
10,4
14,2
17
20
23
Sonstige Erneuer-
bare Energien
Wasserkraft
Kernenergie
Erdgas
Erdöl
Kohle
1980
2001
2010
2020
2030
Quelle: IEA, 2002
Gesamtverband Steinkohle 2002

Fossile Energieträger noch lange unverzichtbar

Die fossilen Energien werden in der absehbaren Zukunft weiterhin den größten Teil des globalen Energiebedarfs decken. Die IEA schätzt in ihrem „World Energy Outlook 2002“, dass der Anteil von Kohle, Öl und Gas von heute mehr als 80 % über die nächsten 30 Jahre noch weiter ansteigen wird. 90 % des zusätzlichen globalen Energiebedarfs werden von den fossilen Energien gedeckt werden müssen.

Der Kohlenverbrauch wird in allen Einsatzbereichen wachsen, bis 2030 um fast 2 Mrd. t SKE. Öl wird auch in diesem Szenario der dominierende Energieträger bleiben. Erdgas wird – bei einer angenommenen Versiebenfachung des Einsatzes zur Stromerzeugung – seinen Anteil ausweiten, sofern Gaspreissteigerungen diesen Trend nicht abbremsen. Der Kernenergieanteil wird ab dem Jahr 2010 deutlich zurückgehen, da nur in wenigen Ländern neue Reaktoren gebaut werden. Erneuerbare Energien werden trotz zahlreicher Förderprogramme ihren Anteil weltweit nur knapp behaupten.

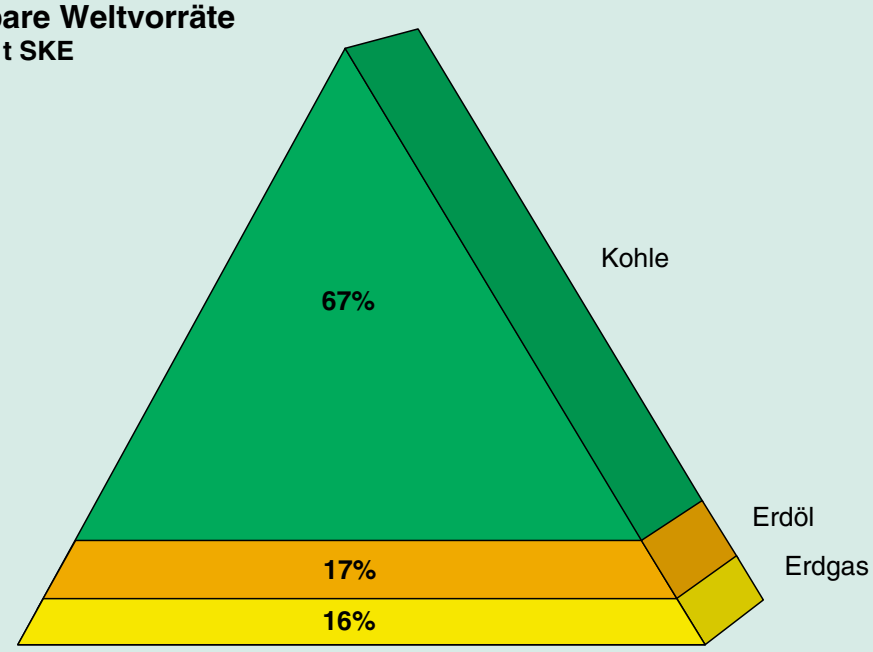


Weltkohlenverbrauch

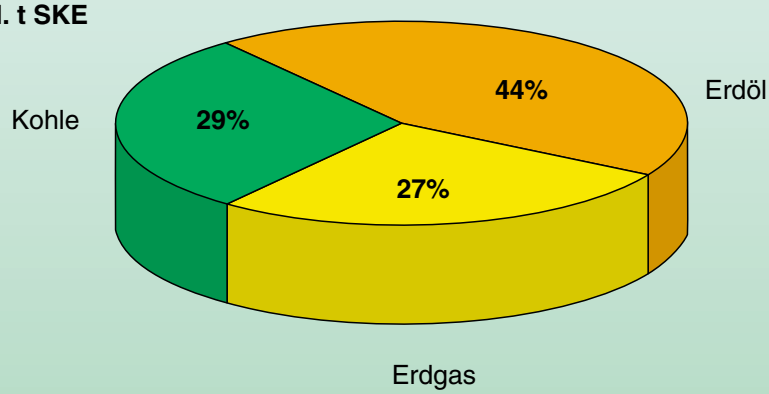
Die IEA untersucht auch die Auswirkungen energie- und umweltpolitischer Maßnahmen zur Minderung von Treibhausgasemissionen in den Industriestaaten. Der Anteil der Erneuerbaren Energien könnte dort – so die IEA – bis zum Jahr 2030 nahezu verdoppelt werden. Die Kyoto-Ziele würden dennoch um etwa 28 % verfehlt. Zugleich wäre die Wirtschaft mit erheblichen Kosten belastet und in ihrer Entwicklung begrenzt.

Demgegenüber zeigen technologie- und innovationsorientierte Szenarien – wie z. B. die Shell-Studie „The spirit of the coming age“ – Wege zu einer nachhaltigen und zugleich ökonomisch effizienten Energiezukunft ohne einseitige Eingriffe in die Energieversorgung. Sie setzen auf die erheblichen Innovationspotenziale auch bei den fossilen Energien – bis hin zum emissionsfreien Kraftwerk und zur Brennstoffzelle – und schaffen so die Basis für eine gesunde wirtschaftliche Entwicklung weltweit.

Gewinnbare Weltvorräte
1 192 Mrd. t SKE



Weltverbrauch 2001
11,3 Mrd. t SKE



Gesamtverband Steinkohle 2002

Missverhältnis zwischen Energievorräten und Verbrauchsstruktur

Engpässe bei Öl und Gas möglich

Der derzeitige Verbrauch an fossilen Energien steht im krassen Missverhältnis zu den jeweiligen Vorräten der Energieträger.

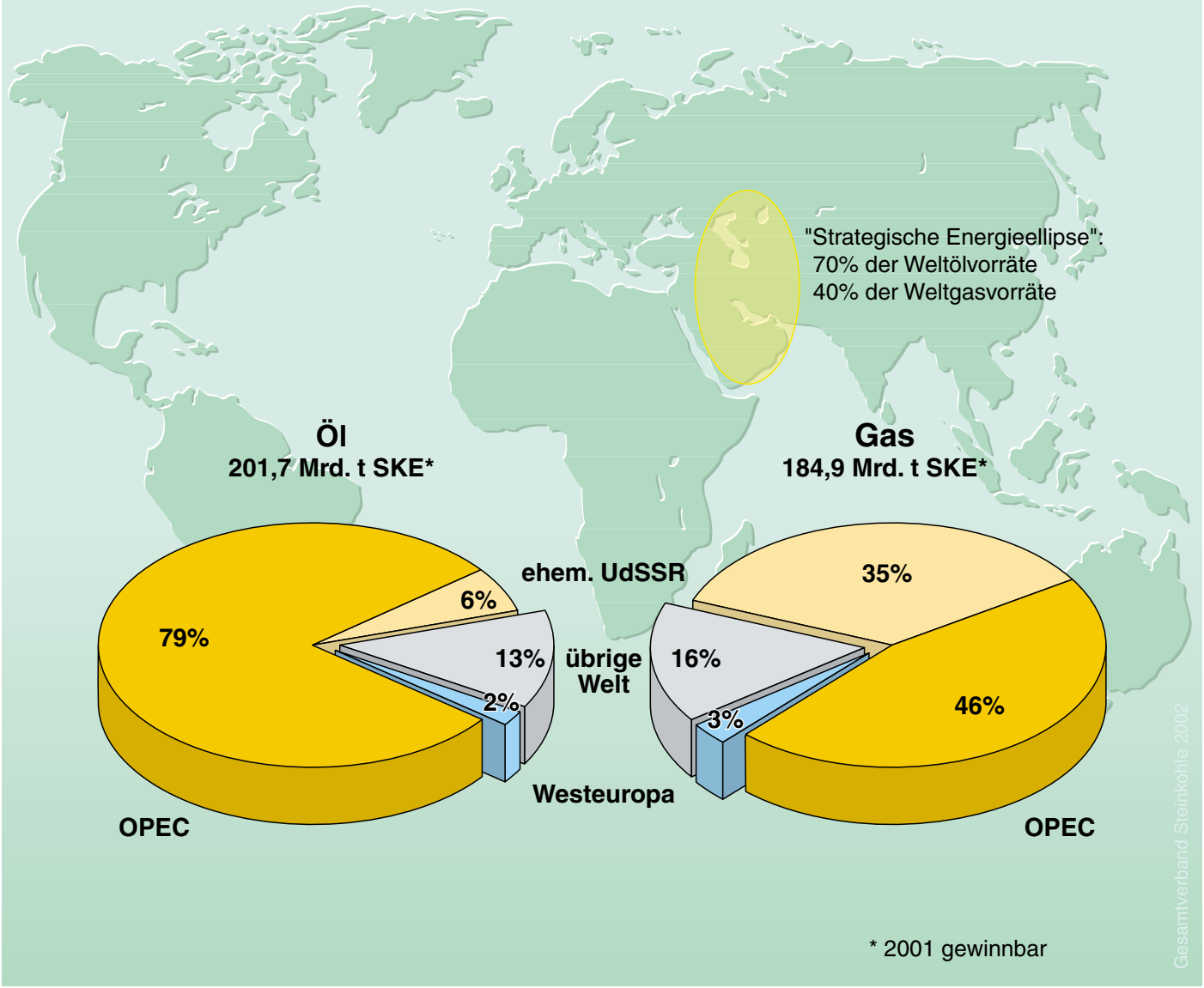
Während Kohle über die größten Reserven verfügt, dominieren beim Verbrauch Öl und Gas. Schon ressourcenbedingt sind von daher Strukturbrüche in der Weltenergieversorgung nicht auszuschließen. Einige Ressourcenstudien erwarten bereits in den kommenden zwei Jahrzehnten größere Engpässe in der Öl- und Gasversorgung. Zuerst werden die Öl- und Gasvorräte Nordamerikas und Westeuropas erschöpft sein.

Die Importabhängigkeit Westeuropas wird nach Schätzungen der Internationalen Energie-Agentur (IEA) bis 2030 beim Erdöl auf 85 %, beim Erdgas auf über 60 % ansteigen. Damit wächst die Abhängigkeit vor allem von Russland, dem Mittleren Osten und zu einem geringeren Teil von Nordafrika. Die Importkonkurrenz mit Nordamerika und insbesondere den rohstoffarmen Schwellenländern Südostasiens wird sich weiter verschärfen.

Zugleich verstärkt sich die Konzentration auf der Anbieterseite. Die OPEC-Länder stellen heute schon wieder über 40 % der Ölförderung. Ihr Anteil wird bis 2030 nach Schätzung der IEA auf 54 % ansteigen. Alle renommierten Energieexperten erwarten daher, anders als für die Kohle, einen kräftigen Anstieg der Öl- und Gaspreise.

Die Kohlenvorräte dagegen sind global vergleichsweise ausgewogen verteilt und ungleich größer. Kohle wird überwiegend in den Förderländern selbst verbraucht. Zudem ist der weltweite Kohlenmarkt ein funktionierender Wettbewerbsmarkt, während für einen weltweiten Erdgashandel erst noch erhebliche Investitionen in die erforderlichen Infrastrukturen getätigt werden müssen.

Weltvorräte an Öl und Gas



Instabilität in wichtigen Lieferregionen

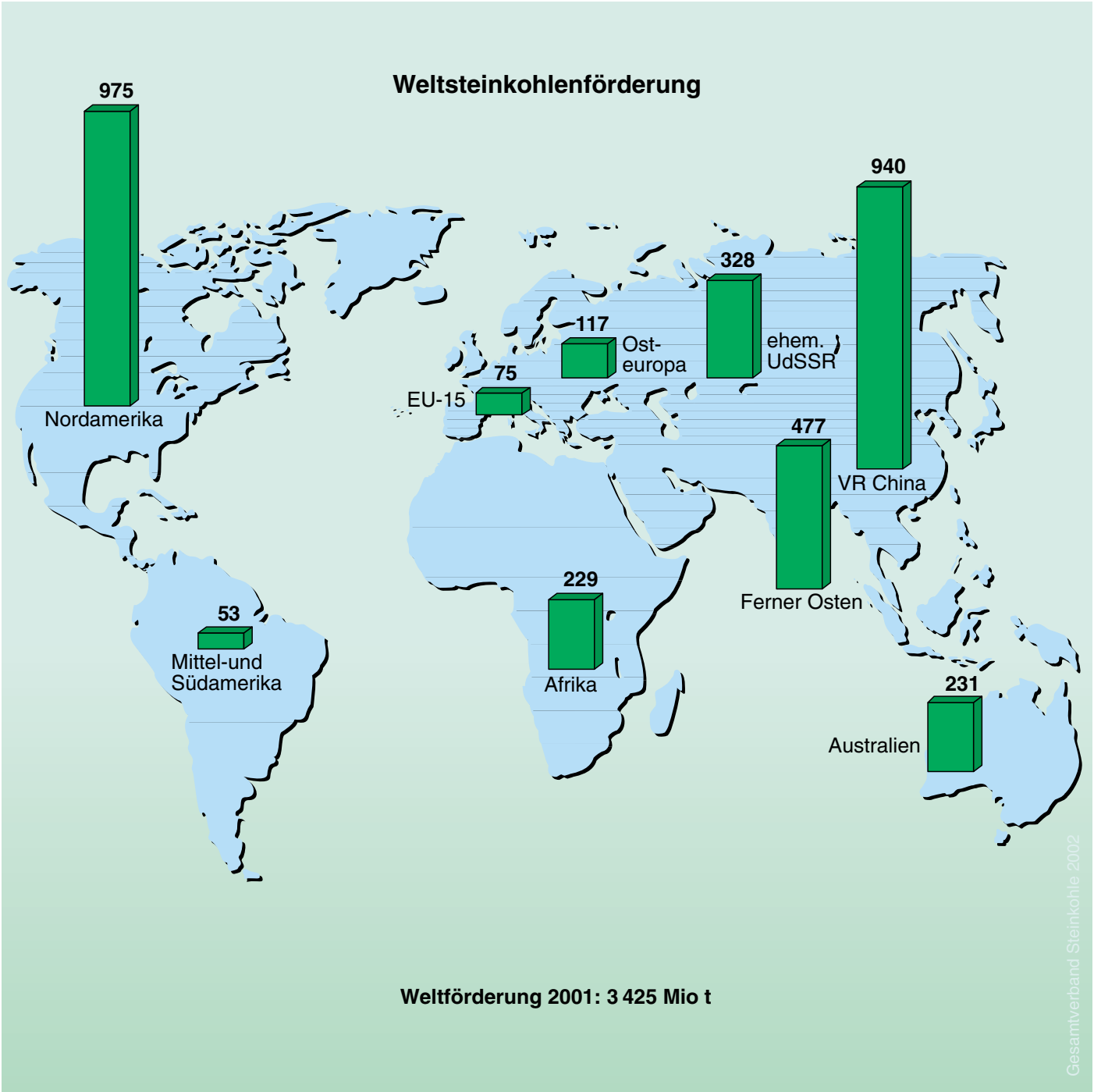
Die internationale Energieversorgung unterliegt geopolitischen Rahmenbedingungen und daraus resultierenden Risiken, die gerade von Ländern, die wie Deutschland in hohem und steigendem Maße von Energieimporten abhängig sind, nicht außer Acht gelassen werden dürfen.

Die Enquête-Kommission des Deutschen Bundestages „Nachhaltige Energieversorgung unter den Bedingungen der Globalisierung und Liberalisierung“ hat in ihrem im Juli 2002 vorgelegten Endbericht einige der geopolitischen Entwicklungstrends untersucht, die erhebliche Auswirkungen auf die deutsche Energieversorgung haben können. Sie hat dabei vier „Problem- und Handlungsbereiche“ besonders herausgestellt (Zitat):

- „die weltweite Machtverteilung nach Ende des Kalten Krieges, zukünftige Konfliktaustragungen im globalen Kontext sowie die Rolle der Gewalt;
- die Entwicklung von Freizügigkeit und Freihandel, deren Verteilungswirkungen, die sozialen sowie die ökologischen und Ressourcen-Aspekte der Globalisierung;
- die Chancen, auf globaler Ebene gemeinsame Angelegenheiten zu regeln („Global Governance“), wobei für den Energiebereich vor allem der Kyoto-Prozess eine wichtige Rolle spielt;
- die politischen Risiken in einer Reihe wichtiger Produzentenstaaten für fossile Energieträger und die mittel- und langfristig erwartete Konzentration der Förderung in diesen Staaten.“

Die Enquête-Kommission konstatiert in ihrer Analyse u. a., dass sich speziell „im Fall von Instabilitäten in wichtigen Lieferstaaten und -regionen sowie in Bezug auf einige Transportrouten ... die geopolitische Situation vor dem Hintergrund eines massiv erhöhten Importbedarfs von Entwicklungs- und Schwellenländern erheblich verschärfen (kann)“.

Die Konzentration der Weltöl- und -gasreserven in den Ländern der „strategischen Energie-Ellipse“, der anhaltende Nahost-Konflikt und die Auseinandersetzungen mit dem Irak machen dies schon fast täglich deutlich.


Weltsteinkohlenförderung
975
Nordamerika
53
Mittel-und
Südamerika
75
EU-15
117
Ost-
europa
328
ehem.
UdSSR
940
VR China
477
Ferner Osten
229
Afrika
231
Australien
Weltförderung 2001: 3 425 Mio t
Gesamtverband Steinkohle 2002

Weltförderung an Steinkohle

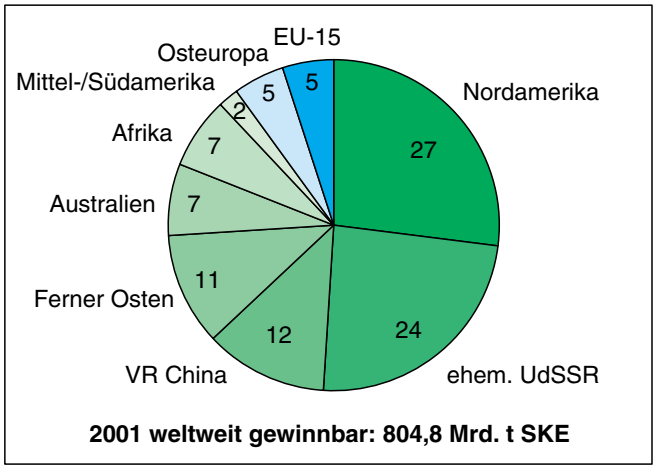
Globalisierung erhöht Wettbewerbsdruck

Die Kohlenförderung wird in den kommenden Jahrzehnten in zahlreichen Ländern stark ansteigen. Kohle verfügt über reichliche und global ausgewogen verteilte Reserven und ist wettbewerbsfähig. So prognostiziert die Internationale Energie-Agentur (IEA) einen Anstieg der weltweiten Kohlenförderung bis zum Jahr 2030 um mehr als die Hälfte auf dann 5,2 Mrd. t jährlich. Auch darüber hinaus ist nach Weltenergierat/IIASA mit steigenden Fördermengen zu rechnen.

Rund 60 % der weltweit geförderten Kohlenmengen entfallen auf China und die USA. In den USA wird Kohle zu rund 90 % zur Stromerzeugung genutzt. Auch in den kommenden Jahren wird eine deutliche Ausweitung der US-Stromerzeugung auf Kohlenbasis erwartet.

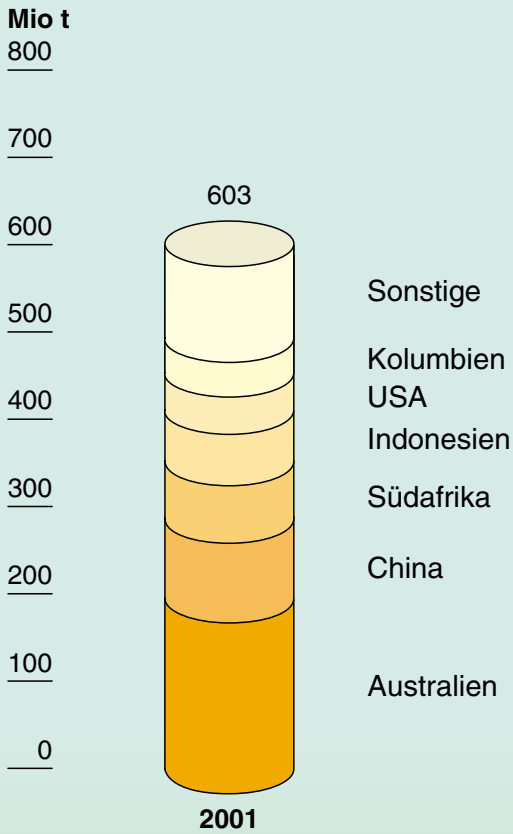
Zwei Drittel des zusätzlichen Kohlenbedarfs bis zum Jahr 2030 werden auf die Kohlenländer China und Indien entfallen. Dort wird Kohle Basis einer positiven wirtschaftlichen Entwicklung sein – vorausgesetzt der erhebliche Investitionsbedarf bei Förderung und Infrastruktur kann gedeckt werden.

Der chinesische Kohlenmarkt befindet sich weiterhin in einem Umstrukturierungsprozess. Das Ziel ist höhere Effizienz bei Kohlenförderung und Kohlennutzung. Mit den Rationalisierungsanstrengungen rüstet sich China für seinen stark wachsenden Energiebedarf. Derzeit steigert China seine Kohlenexporte kräftig. Zugleich soll im Inland die zusätzliche Nutzung von Kernenergie und Erdgas den Energiemix verbreitern. Unabhängig davon könnte sich China mittelfristig zu einem bedeutenden Importeur von Öl und Gas entwickeln – mit entsprechenden Folgen für die internationalen Energiemärkte.

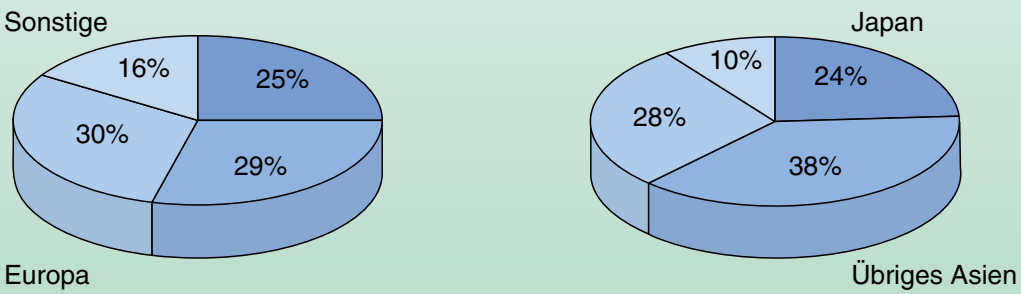


Anteil der Regionen an den Weltkohlenvorräten in Prozent

Steinkohlen-Exporte



Steinkohlen-Importe



Quelle: DOE, 2002

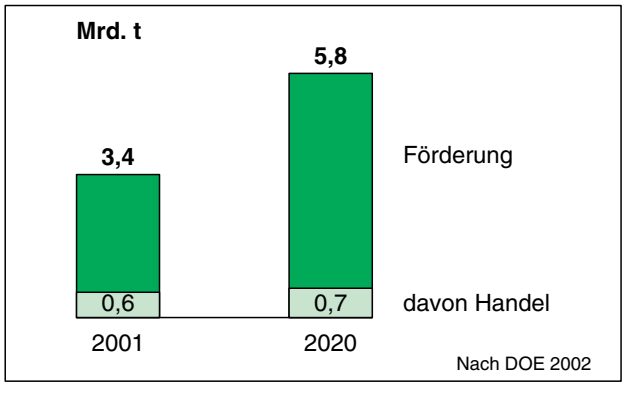
Gesamtverband Steinkohle 2002

Wachsende Nachfragekonkurrenz Asiens

Ein kräftig wachsender Importbedarf wird auch in den ersten beiden Jahrzehnten dieses Jahrhunderts den Kohlenhandel weiter ansteigen lassen, so die Einschätzung des US-Energieministeriums (DOE). Die wiederholt angehobene Prognose des DOE geht nun von einem Kohlenhandel von über 700 Mio t im Jahr 2020 aus. Kohle wird allerdings auch künftig überwiegend in den Förderländern selbst verbraucht. Der Anteil international gehandelter Kohle am weltweiten Kohlenverbrauch wird mit nur etwa 11 % im Jahr 2020 vergleichsweise gering bleiben – Erdöl wird heute zu 55 % international gehandelt.

Die geografische Struktur des Weltkohlenhandels wird sich in den kommenden Jahren weiter verschieben. Insbesondere Südostasien und Japan, der weltweit größte Kohlenimporteur, werden ihre Steinkohlenimporte deutlich ausweiten. Von China und Indien, die einen kräftig wachsenden Energiebedarf zu befriedigen haben, werden trotz großer eigener Kohlenvorkommen ebenfalls signifikante Importzuwächse erwartet.

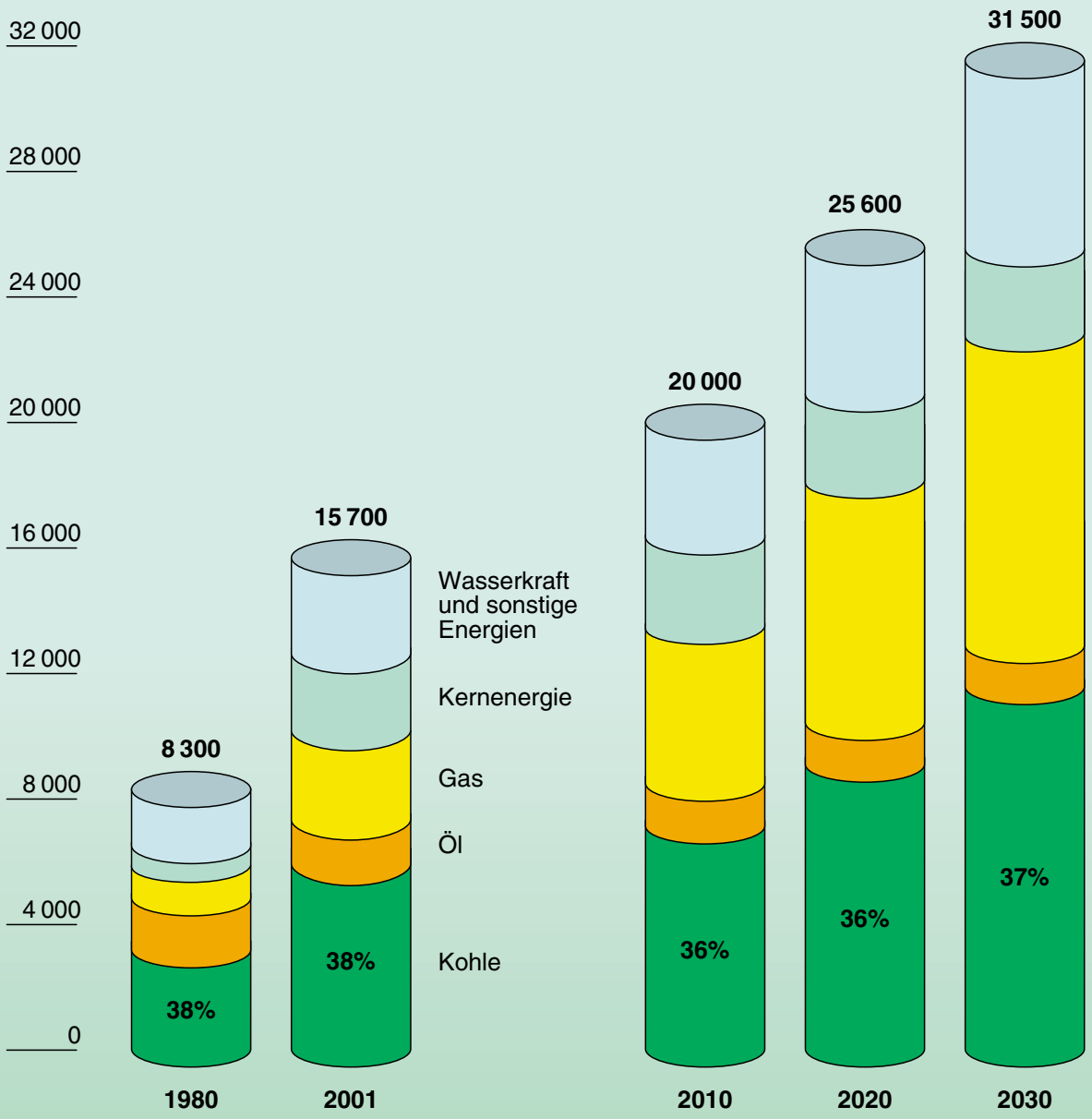
Die größten Exportzuwächse werden Australien, Südamerika und möglicherweise auch China erzielen können – Regionen, in denen Kohle unter besonders günstigen Bedingungen gefördert wird. China hat seine Kohlenexporte seit 1998 mehr als verdoppelt und weist damit das dynamischste Wachstum in den vergangenen Jahren auf. Nach Australien, dem mit Abstand größten Exporteur, liegt China inzwischen auf Rang zwei, gefolgt von Südafrika und Indonesien. Die künftige Rolle Chinas wird sich zwischen anhaltender Exportförderung und wachsendem Inlandsbedarf noch finden müssen, wie erste Lieferengpässe im Inland zeigen.



Weltsteinkohlenförderung

7

Weltstromerzeugung
TWh



Quelle: IEA, 2002

Gesamtverband Steinkohle 2002

Nutzung der Kohle unverzichtbar

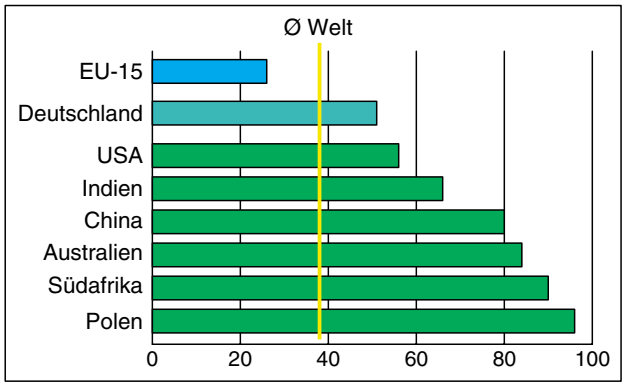
Der weltweite Stromverbrauch wird sich nach Einschätzung der IEA bis zum Jahr 2030 nahezu verdoppeln. Damit werden im Jahr 2030 etwa 43 % des Primärenergieverbrauchs zur Stromerzeugung eingesetzt.

Die größte Dynamik zeigen die Entwicklungs- und Schwellenländer. Ihr Anteil an der weltweiten Stromerzeugung wird von derzeit 27 % auf 43 % ansteigen. Dennoch wird sich der Abstand zu den Industrieländern beim Pro-Kopf-Stromverbrauch im gleichen Zeitraum kaum verringern – das zeigt ein riesiges Wachstumspotenzial der Modernisierungsenergie Strom.

Weltweit besteht ein enormer Investitionsbedarf im Stromsektor. Die IEA schätzt die erforderlichen Investitionen auf über 4 Billionen US-$ bis zum Jahr 2030. Der Großteil entfällt auf die Entwicklungsländer, wo insbesondere die zunehmende „Verstädterung“ einen steigenden Bedarf an kostengünstigem Strom impliziert. Die IEA erwartet deshalb in den Entwicklungsländern bis 2030 eine Verdreifachung der Stromerzeugung aus Kohle, die über die dafür notwendigen Reserven und Technologien verfügt.

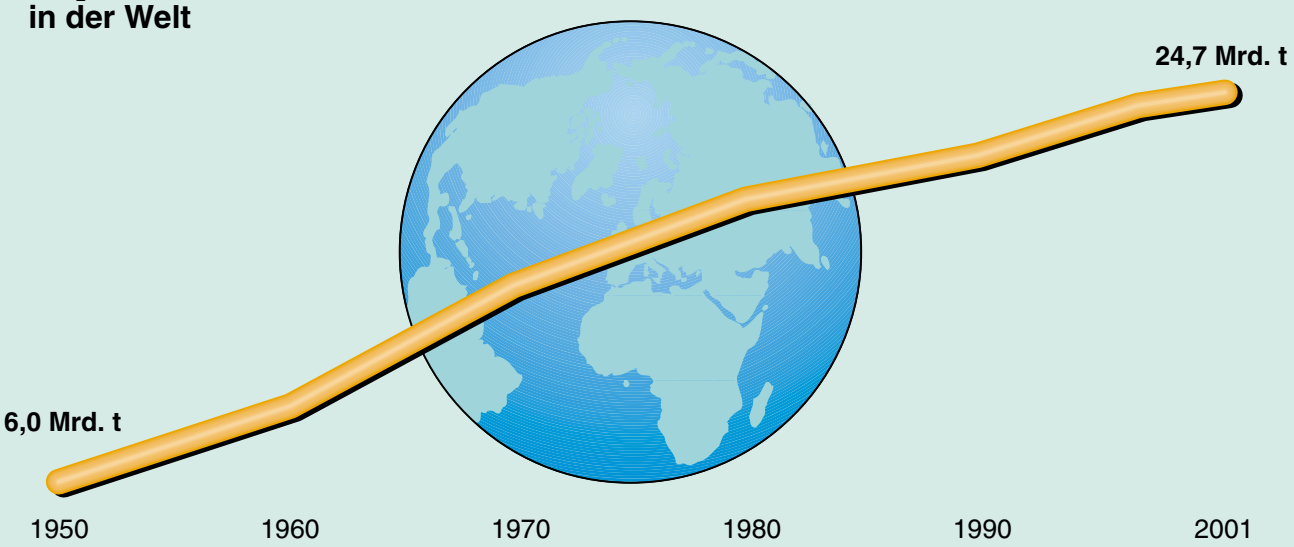
Kohle wird ihre führende Position in der Stromerzeugung auch in den kommenden Jahrzehnten behaupten. Kohle hat heute einen Anteil von 38 % an der Weltstromerzeugung, in den Kohlenförderländern sind die Anteile noch deutlich höher. Zugleich konzentriert sich die Kohlennutzung immer stärker auf die Stromerzeugung. Bereits heute werden hier zwei Drittel der weltweiten Kohlenförderung eingesetzt, im Jahr 2030 werden es etwa drei Viertel sein – in den westlichen Industrieländern knapp 90 %.

Auch in den westlichen Industrieländern wird die Kohlenverstromung weiter ansteigen. Vor dem Hintergrund möglicher umweltpolitischer Restriktionen hängt die künftige Bedeutung der Kohle hier wesentlich davon ab, ob es gelingt, sich verschärfenden Umweltanforderungen mit wettbewerbsfähigen Clean-Coal-Technologien zu begegnen.

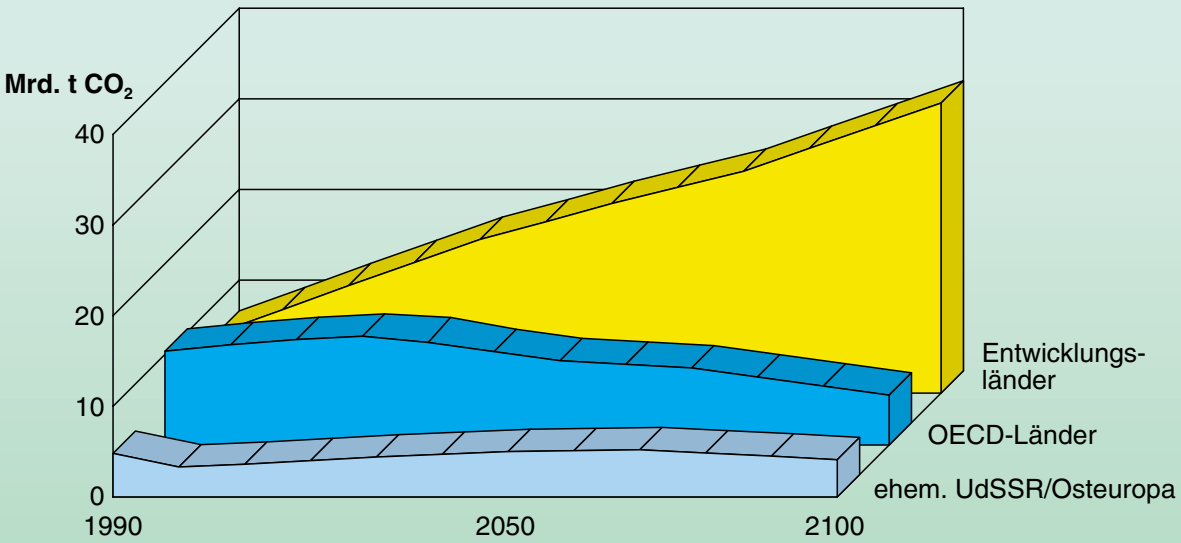


Anteil der Kohle an der Stromerzeugung in Prozent

Energiebedingte CO_2-Emissionen in der Welt



Entwicklung der CO_2-Emissionen



Quelle: Weltenergierat/IIASA, 1998

Gesamtverband Steinkohle 2002

Globale CO_2-Emissionen

Krisenszenarien nicht begründet

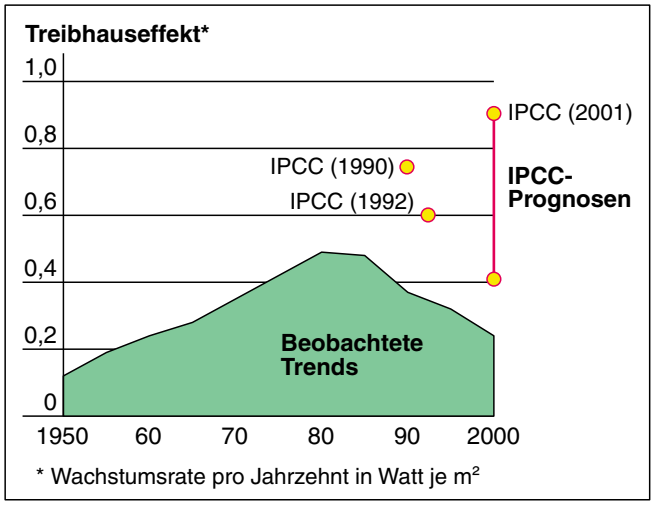
Die globalen CO_2-Emissionen sind zwischen 1990 und 1998 um 6 % angestiegen. Seitdem sind sie praktisch nicht weiter gewachsen.

Das Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC) errechnet aufgrund seiner aktuellen Klimamodelle einen Temperaturanstieg zwischen 1,4 und 5,8 °C in den nächsten 100 Jahren.

Das IPCC hat den von ihm prognostizierten Temperaturanstieg indes seit 1990 schon mehrfach revidiert. Die tatsächlich aufgetretenen Veränderungsraten der Treibhausgasemissionen und des „Treibhauseffektes“ sind bei diesen Revisionen aber erkennbar nicht berücksichtigt worden: Bei einer Fortschreibung der in den letzten Jahrzehnten beobachteten Trends würde sich das Klima bis 2100 eher um den unteren Wert der vom IPCC genannten Bandbreite erwärmen.

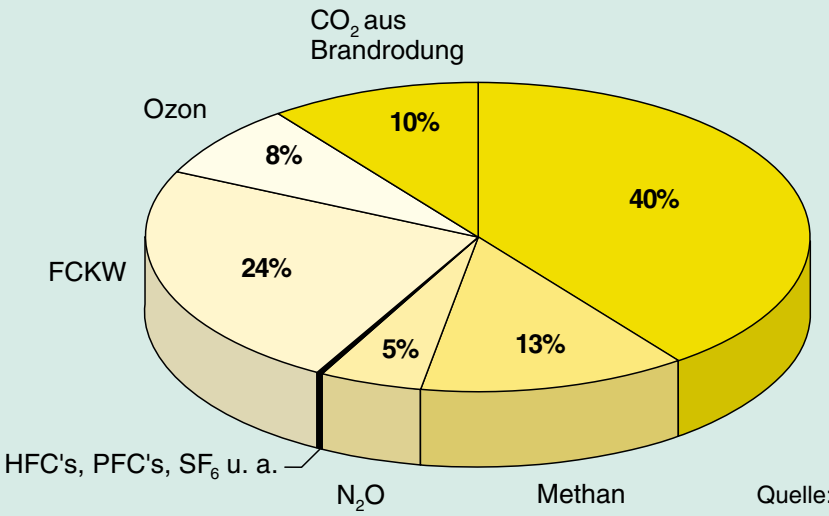
Drastischere, aber wenig realistische Szenarien sollen der Politik Handlungsbedarf signalisieren. Auch das IPCC geht aber nicht davon aus, dass Klimaextreme wie Stürme, Gewitter, Hurrikane oder Tornados in einem wärmeren Klima global zunehmen werden oder bereits zugenommen haben. In Deutschland sind derartige Ereignisse in den letzten Jahrzehnten im Durchschnitt ebenfalls nicht häufiger geworden, auch wenn einzelne Vorkommnisse einen anderen Eindruck vermitteln.

Trotzdem bleibt in der Klimapolitik Vorsorge geboten. Dabei kommt es aber auf die Wahl einer geeigneten Vorsorgestrategie an: Die Verhältnismäßigkeit zwischen Aufwand und Ertrag muss gewahrt bleiben. Zielführend ist ein schrittweises und international koordiniertes Vorgehen der Staatengemeinschaft, möglichst unter Einbeziehung der Entwicklungs- und Schwellenländer wie China und Indien, wo die höchsten Emissionszuwächse auftreten.



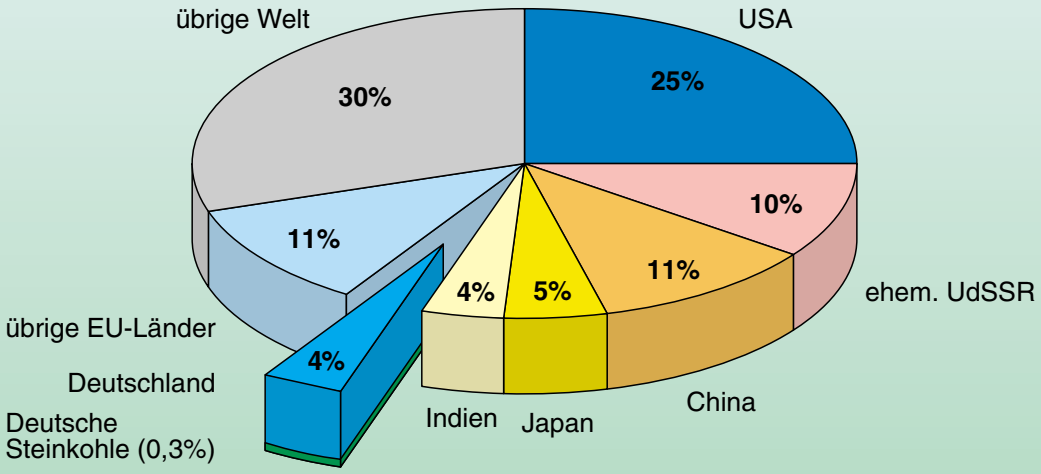
Entwicklung des Treibhauseffektes

Anteil der Spurengase am Klimarisiko



Quelle: Klima-Enquete 1995
Datenbasis 1980 - 1990

Länder-Anteile energiebedingter CO_2-Emissionen 2001



nach BP, 2002

Gesamtverband Steinkohle 2002

US-Klimapolitik: Alternative zu Kyoto?

Im November 2001 einigte sich die Staatengemeinschaft in Marrakesch auf die konkrete Ausgestaltung der im Kyoto-Protokoll vereinbarten Ziele und Instrumente. Möglich wurde dies durch eine weitgehende Flexibilisierung der Umsetzungsmodalitäten, die den Unterzeichnerstaaten die Erreichung der Kyoto-Ziele erleichtern. Das Ziel einer Ratifizierung noch vor dem Weltgipfel für Nachhaltige Entwicklung im August 2002 in Johannesburg wurde allerdings nicht erreicht.

Die US-Klimapolitik geht einen anderen Weg, ohne sich – so wird bekundet – der internationalen Verantwortung zu entziehen. Die US-Administration hat hierzu ein Programm vorgelegt, das sie langfristig als die bessere Alternative zum Kyoto-Protokoll ansieht.

Sie will dabei nicht auf Restriktionen setzen, sondern auf die beschleunigte Entwicklung und Marktdurchdringung moderner energieeffizienter Technologien in allen Bereichen der Energieumwandlung und -nutzung sowie auf eine verbesserte Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern. Dies wird, wenngleich auf andere Weise, auch von der EU angestrebt.

Die Entwicklung moderner Technologien schließt auch die Kohlennutzung mit ein. Im Mittelpunkt stehen hierbei vor allem die Fortentwicklung moderner und effizienter Clean-Coal-Technologien und – längerfristig – von CO_2-Sequestrierungstechnologien, mit denen CO_2 im großtechnischen Maßstab abgeschieden und umweltneutral abgelagert werden kann.

Dadurch kann die Nutzung der sicheren, langfristig verfügbaren und preisstabilen Kohle mit den globalen Klimazielen in Einklang gebracht werden.

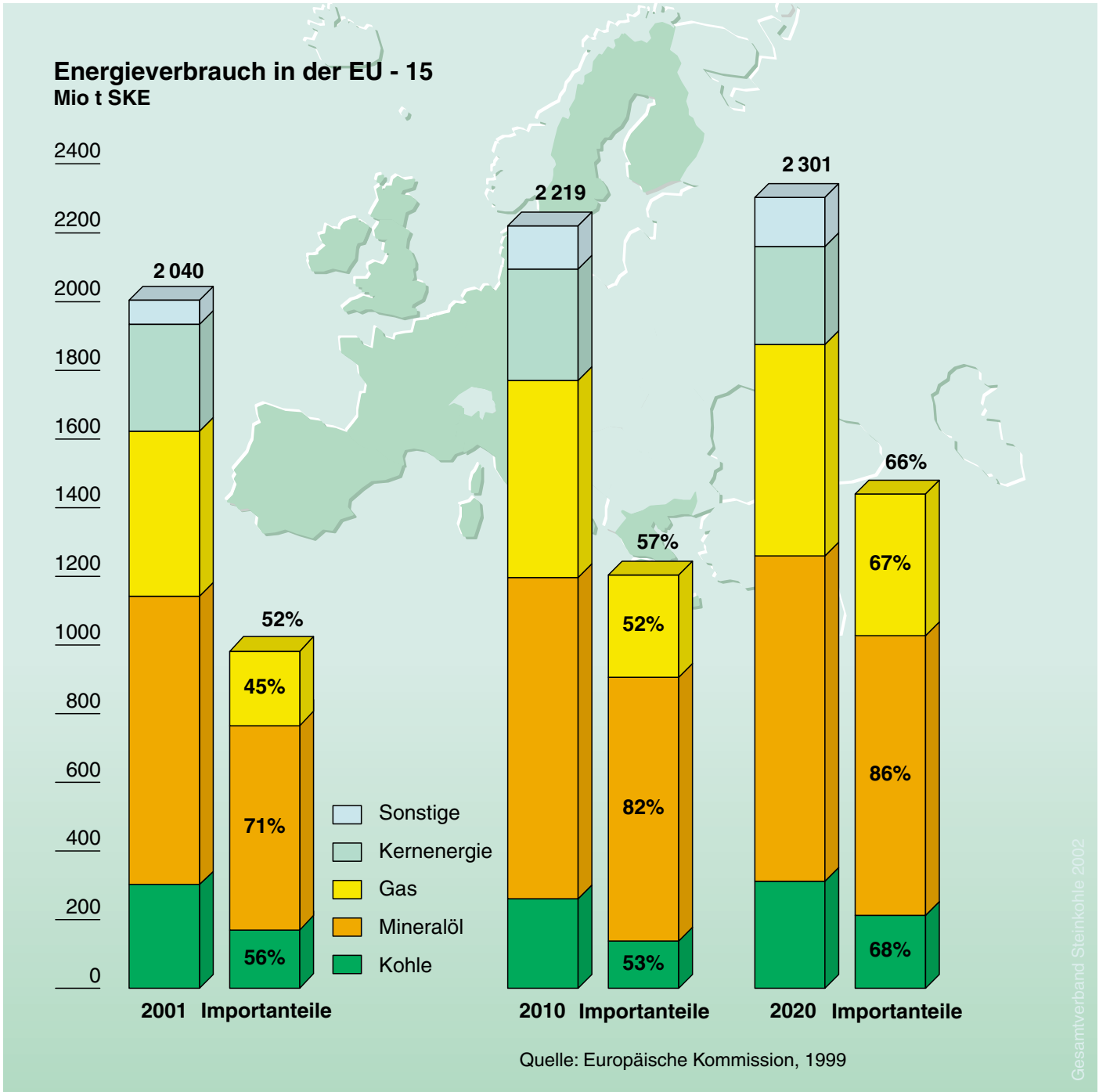
Klimapolitik von Rio bis Marrakesch:

Rio 1992:
Verabschiedung der „Klimarahmenkonvention". Ziel: Stabilisierung der Treibhausgas-Konzentration auf einer Höhe, die gefährliche Einwirkungen auf das Klimasystem verhindert. Industriestaaten beabsichtigen, die CO_2-Emissionen auf das Niveau des Jahres 1990 zu begrenzen.

Kyoto-Protokoll 1997:
Ziel: Verpflichtung der Industriestaaten zur Verminderung der Emission von sechs Treibhausgasen um 5,2 % im Zeitraum 1990 - 2008/12. Vereinbarung flexibler Instrumente zur Zielerreichung.

Bonn 2001:
„Bonner Vereinbarung" über die Anrechnung von CO_2-Senken bei der Emissionsminderung, die Anwendung der flexiblen Instrumente sowie über Sanktionen bei Nichterfüllung der Emissionsvorgaben. Ausscheren der USA aus dem Kyoto-Prozess.

Marrakesch 2001:
„Übereinkommen von Marrakesch" zur Ausgestaltung und Umsetzung des Kyoto-Protokolls. Weitere Ausweitung der Anrechung von Senken; Regeln für die Durchführung der flexiblen Instrumente und für die „Erfüllungskontrolle".


Energieverbrauch in der EU - 15
Mio t SKE
2400
2200
2000
1800
1600
1400
1200
1000
800
600
400
200
0
2 040
52%
45%
71%
56%
2 219
57%
52%
82%
53%
2 301
66%
67%
86%
68%
Sonstige
Kernenergie
Gas
Mineralöl
Kohle
2001 Importanteile
2010 Importanteile
2020 Importanteile
Quelle: Europäische Kommission, 1999
Gesamtverband Steinkohle 2002

„Unsere Abhängigkeit in den Griff bekommen“

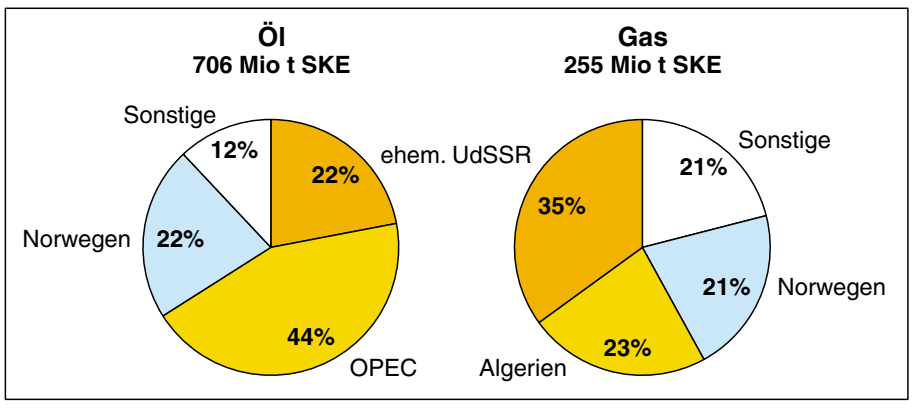
„Unsere Abhängigkeit in den Griff bekommen“ – so lautet der Titel einer Publikation der EU-Kommission von Mai 2002, in der die wesentlichen Befunde des Grünbuchs „Hin zu einer europäischen Strategie für Energieversorgungssicherheit“ zusammengefasst werden. Darin mahnt die Kommission, dass der Handlungsdruck zu einer präventiven Energiesicherungspolitik „immer stärker“ wird.

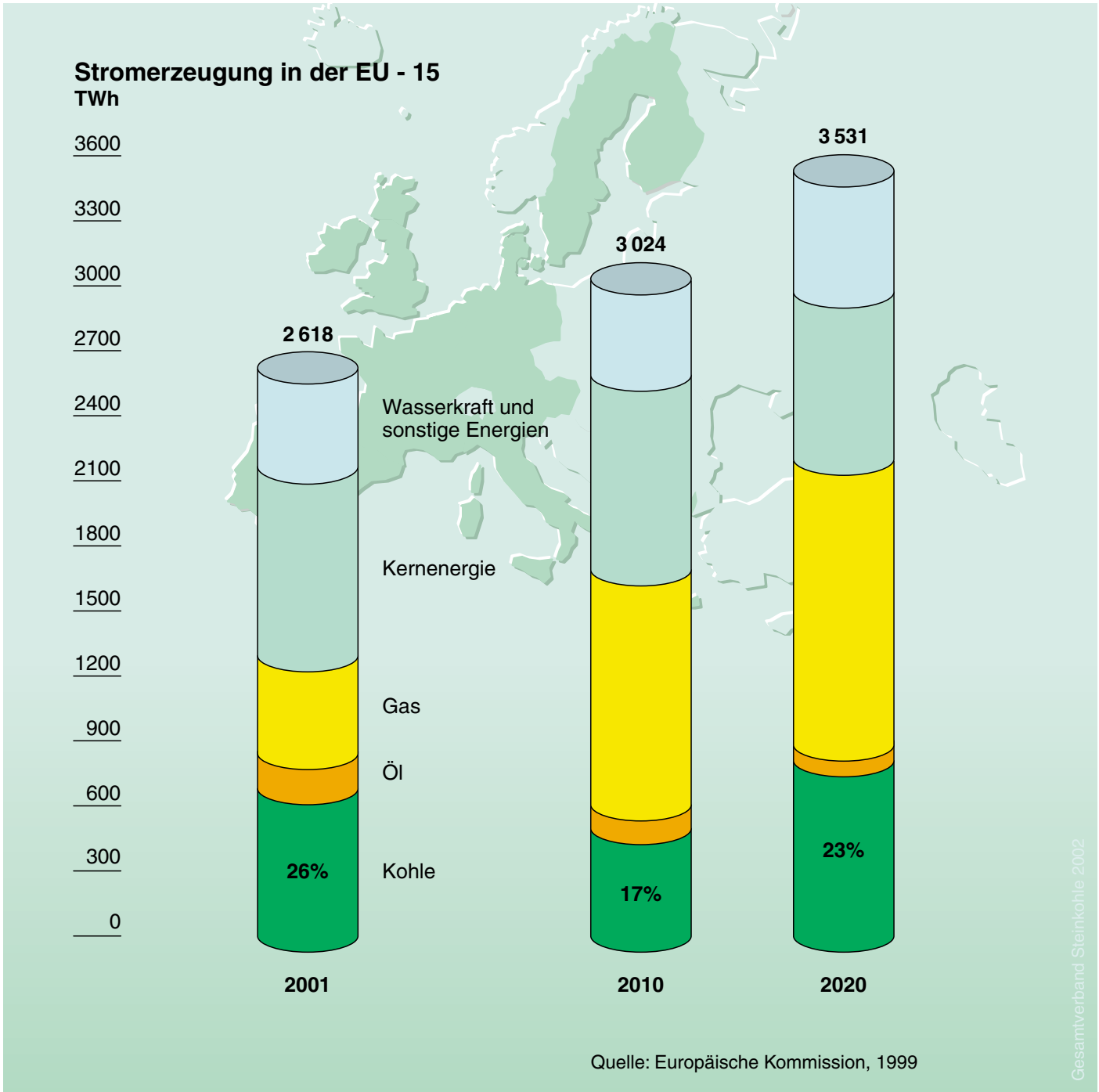
Die Kommission weist auf die steigende Abhängigkeit der EU von Energieimporten aus dritten Ländern, namentlich bei Erdöl und Erdgas, hin. Aufgrund geologischer, geopolitischer und ökologischer Sachzwänge, ganz zu schweigen von erheblichen ökonomischen Risiken, sei diese Entwicklung nicht mehr hinnehmbar.

Die eigenen Öl- und Gasreserven der EU zuzüglich Norwegens reichten bestenfalls noch 25 Jahre. Schon bis dahin steuere die EU-15 auf eine Importabhängigkeit von bis zu 70 % beim Erdgas und 90 % beim Erdöl zu. Beim Erdgas konzentrieren sich die Lieferungen auf Russland und Nordafrika, beim Erdöl auf den Nahen Osten. Die EU-Erweiterung werde die Lage „außer bei der Kohle“ nicht verbessern. Bei Öl- und Gas müsse daher über eine erweiterte und verbesserte Bevorratung nachgedacht werden – einen diesbezüglichen Vorschlag zur Verbesserung der Versorgungssicherheit bei Öl- und Gas hat die Kommission zwischenzeitlich vorgelegt.

Im Hinblick auf die Möglichkeiten Europas zum Rückgriff auf eigene Ressourcen stellt die Kommission u.a. explizit fest: Wir brauchen die Kohle noch! Neben einem Plädoyer für eine nachdrückliche Unterstützung Erneuerbarer Energiequellen befürwortet sie deshalb ebenso die Aufrechterhaltung des Zugangs zu den eigenen Steinkohlenreserven der Gemeinschaft.

Öl- und Gaseinfuhren der EU aus Drittländern 2001




Stromerzeugung in der EU - 15
TWh
3600
3300
3000
2700
2400
2100
1800
1500
1200
900
600
300
0
2 618
3 024
3 531
Wasserkraft und sonstige Energien
Kernenergie
Gas
Öl
Kohle
26%
17%
23%
2001
2010
2020
Quelle: Europäische Kommission, 1999
Gesamtverband Steinkohle 2002

Beschleunigte Liberalisierung und Harmonisierung

Der Europäische Rat hat im März 2002 in Barcelona Vorgaben für eine beschleunigte Liberalisierung der Strom- und Gasmärkte in der Union beschlossen. Schon bis zum Jahr 2004 sollen alle gewerblichen Strom- und Gasverbraucher ihr Versorgungsunternehmen innerhalb Europas frei wählen können.

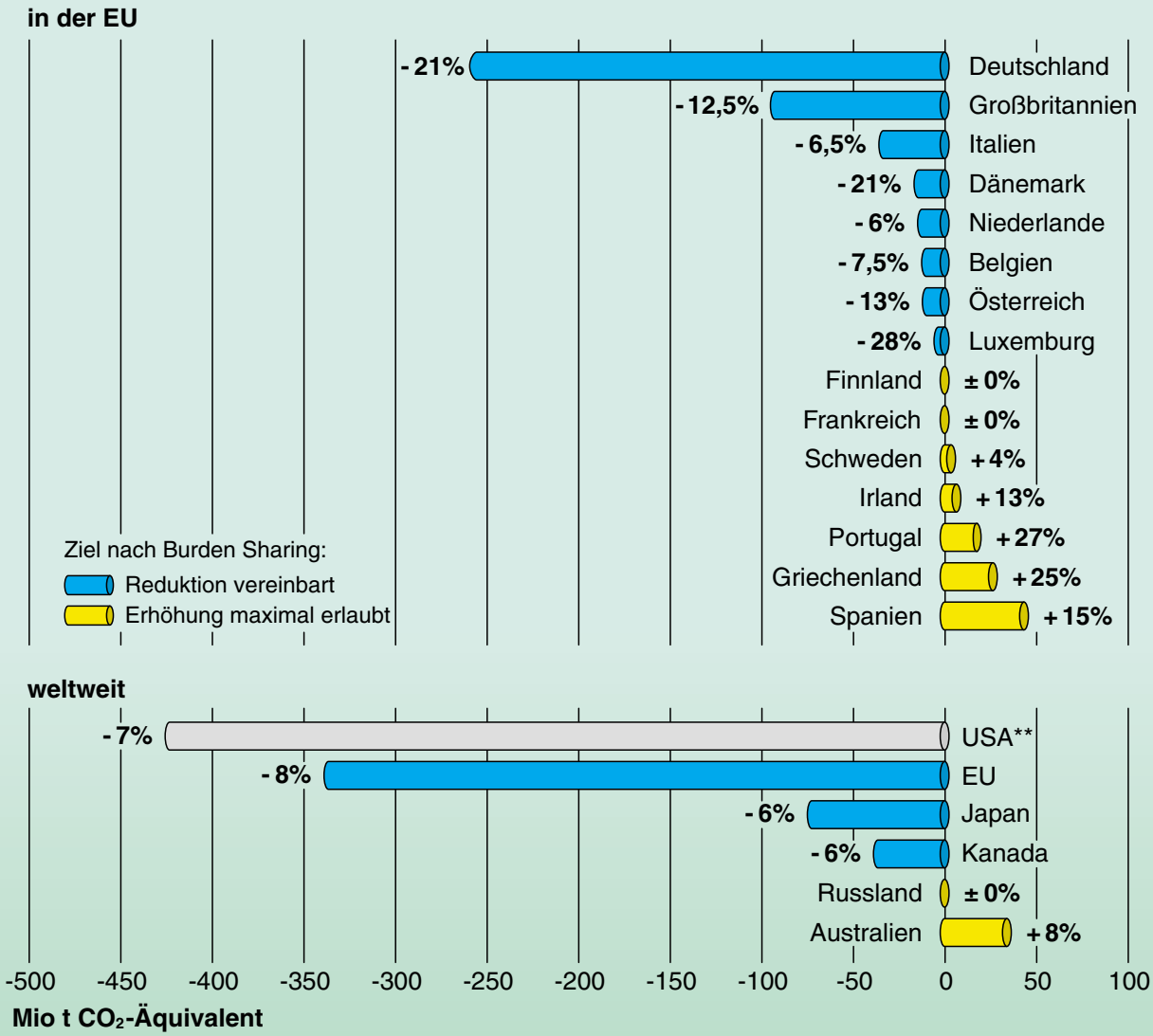
Indes hat der Rat – entgegen noch ehrgeizigeren Vorschlägen der Kommission – bisher keinen Zeitplan für die vollständige Marktöffnung im Bereich der privaten Haushalte festgelegt. Dagegen hatte sich vor allem Frankreich wegen seiner besonderen Marktstrukturen verwahrt.

Deutschland hatte sich seinerseits erfolgreich gegen die obligatorische Einrichtung einer neuen Regulierungsbehörde gewandt. Gleichwohl ist jeder Mitgliedstaat verpflichtet – gemäß der bisherigen Leitlinie des nicht-diskriminierenden Zugangs für alle Kunden –, eine effiziente Überwachung der Bedingungen für die Festsetzung der Tarife, die transparent und öffentlich sein müssen, zu gewährleisten. Bis Ende 2002 sollen zudem ein Tariffestsetzungssystem für den grenzüberschreitenden Stromhandel, überarbeitete Leitlinien und Finanzvorschriften für die transeuropäischen Energienetze, Vorschläge zur Berücksichtigung der Dienste von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse sowie eine europäische Energiesteuerrichtlinie vorliegen.

Bis zur Frühjahrstagung des Europäischen Rates in 2003 wird sodann im Lichte der Erfahrungen ein Beschluss über weitere Maßnahmen unter Berücksichtigung der gemeinwirtschaftlichen Verpflichtungen und der Versorgungssicherheit gefasst. Für 2006 ist eine Überprüfung der Gesamtleistung des Elektrizitätsbinnenmarktes vorgesehen.

Beim Brennstoffmix gilt unverändert die Prognose, dass – bei insgesamt wachsendem Stromverbrauch – vor allem der Erdgasanteil steigt, nach 2010 aber auch wieder der Kohleanteil.

Reduktionsziele klimarelevanter Gase 1990 - 2008/12*



* Für alle sechs Kyoto-Gase gemäß EU-Burden Sharing ohne Anrechnung von Senken

** USA haben sich bisher nicht verpflichtet

Gesamtverband Steinkohle 2001

Klimapolitik nicht zu Lasten der Kohle!

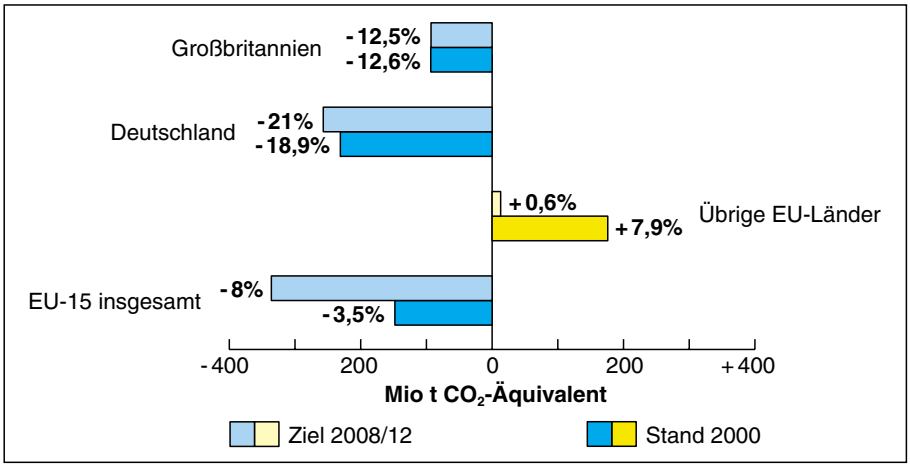
Die EU hat – wie Deutschland – das Kyoto-Protokoll ratifiziert und zur Umsetzung in den Mitgliedstaaten der EU ein „European Climate Change Program“ (ECCP) vorgelegt, das für verschiedene Bereiche ein Maßnahmen- und Instrumentenbündel zur Treibhausgasemissionsminderung enthält.

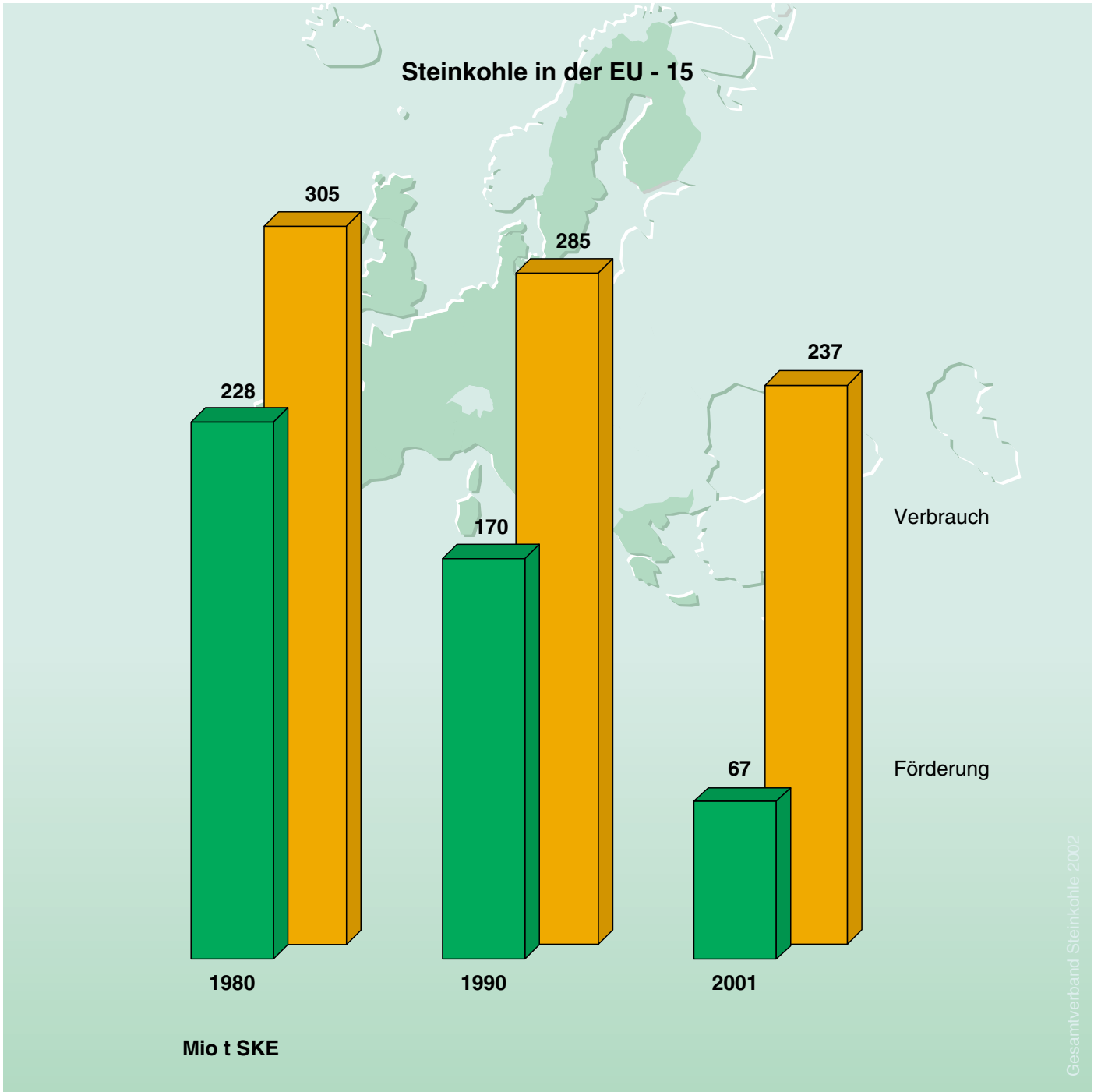
Für die Energiewirtschaft und die Kohle von besonderer Bedeutung ist hierbei der Kommissionsvorschlag einer Richtlinie für den Handel mit Emissionsrechten, in der verbindliche CO_2-Emissionsobergrenzen (Caps) für praktisch alle Industriefeuerungsanlagen festgelegt werden, in denen Kohle eingesetzt wird.

Dieser Richtlinienvorschlag könnte erhebliche Auswirkungen auf den Energiemix in den Mitgliedstaaten haben. Die Kohle, deren CO_2-Emissionen in den letzten 10 Jahren um rund 30 % zurückgegangen sind, könnte durch einen derartigen Emissionsrechtehandel langfristig aus dem Energiemix verdrängt werden. Dies würde die Versorgungssicherheit, das Energiepreisniveau und die internationale Wettbewerbsfähigkeit energieintensiver Industrien in Europa und vor allem in Deutschland gefährden. Auch die Beitrittsländer, die in ihrer Energieversorgung stark auf die Kohle setzen, würden daraus Nachteile erleiden, ohne dass das globale Klima davon profitieren würde.

Der Kommissionsvorschlag ist in sich widersprüchlich. Für Deutschland ergäben sich große Ausgestaltungsprobleme, da er mit den nationalen klimapolitischen Instrumenten schwer vereinbar ist und die freiwillige Klimavereinbarung sowie die deutschen Vorleistungen ernsthaft in Frage stellt. Während in nahezu allen größeren Unterzeichnerstaaten des Kyoto-Protokolls die Treibhausgasemissionen gestiegen sind, hat Deutschland gute Aussichten, die internationalen Klimaziele mit dem hier praktizierten Instrumentarium zu erreichen. Dieses EU-interne Handelssystem für Emissionszertifikate ist dazu nicht erforderlich.

Bilanz der EU-Klimapolitik
1990 - 2000



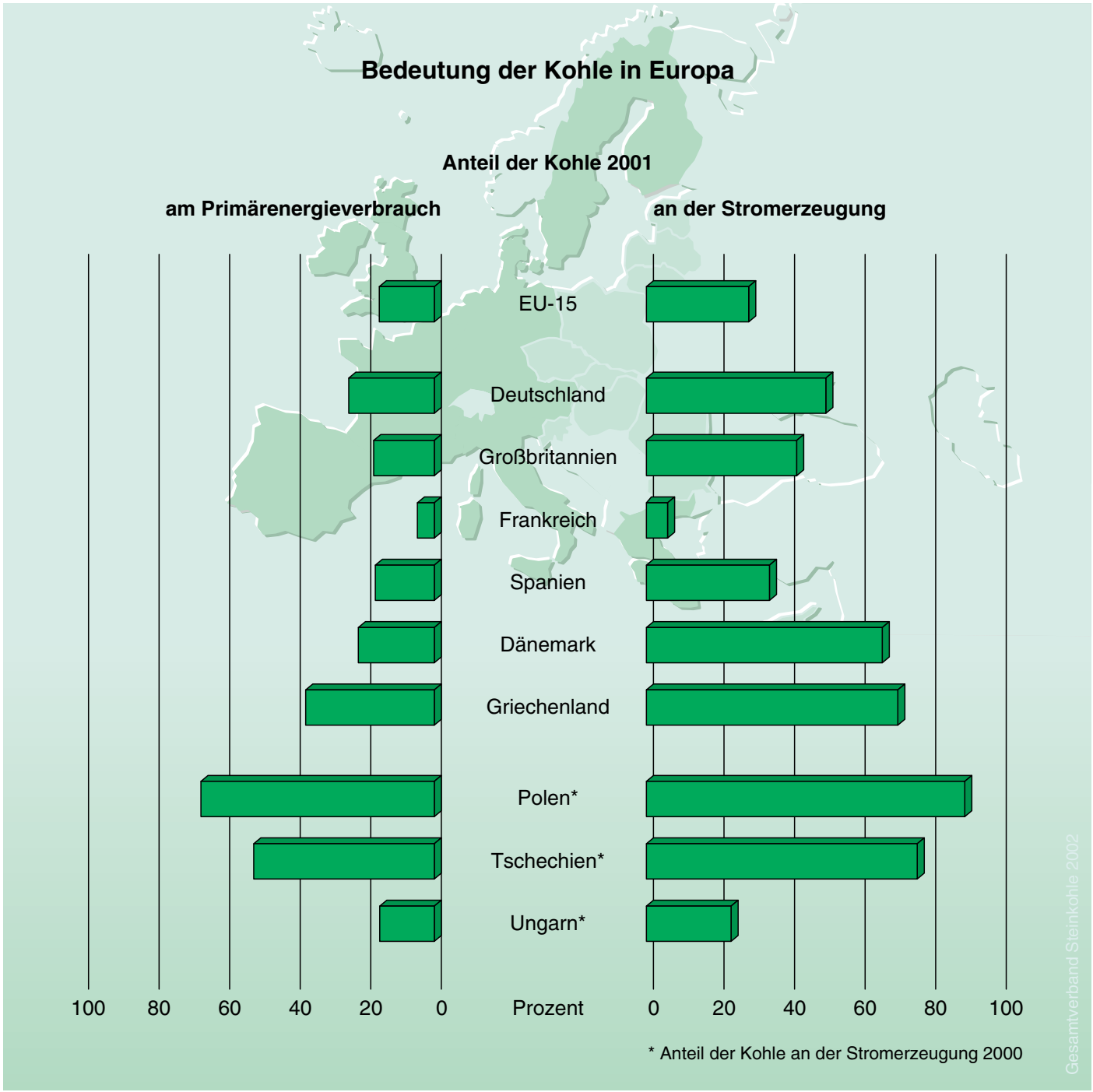

Steinkohle in der EU - 15
305
285
237
228
170
67
Verbrauch
Förderung
1980
1990
2001
Mio t SKE
Gesamtverband Steinkohle 2002

Mindestumfang heimischer Produktion beibehalten

Nachdem die EU-Kommission bereits im Juli 2001 einen entsprechenden Vorschlag unterbreitet hatte, erzielte der Energierat am 7. Juni 2002 – nach langer und schwieriger, aber im Ergebnis konstruktiver Diskussion – die politische Einigung über eine neue Ratsverordnung zur Regelung der Steinkohlebeihilfen in der EU. Damit ist ab dem 24. Juli 2002 die bis dahin auf dem ausgelaufenen EGKS-Vertrag beruhende Rahmenentscheidung für die Steinkohlebeihilfen durch eine neue Regelung auf Basis des EG-Vertrags ersetzt worden. Der neue Beihilfenrahmen, der eine Laufzeit bis 2010 hat, entspricht zu großen Teilen dem Vorschlag der Kommission. Aus deutscher Sicht bedeutet er die endgültige EU-rechtliche Absicherung des Kohle-Kompromisses bis 2005 sowie eine Perspektive für einen lebenden heimischen Steinkohlenbergbau auch über 2010 hinaus.

Zulässig sind nunmehr „im Trend“ degressive Beihilfenbeträge für die laufende Produktion – nach Maßgabe eines nationalen Plans für den Zugang zu den Vorkommen – und bis 2007 auch zur Rücknahme der Fördertätigkeit für auslaufende Anlagen, die nicht unter diesen Plan fallen. Möglich sind daneben auch einmalige Zuschüsse für den Neuaufschluss von Lagerstätten und wie schon bisher besondere Beihilfen bei außergewöhnlichen Belastungen, d. h. zur Deckung der Altlasten des früheren Bergbaus.

In der Begründung wird ausdrücklich anerkannt, dass die ungleichen Wettbewerbsbedingungen zwischen der Gemeinschaftskohle und der Importkohle dem Steinkohlenbergbau in den letzten Jahrzehnten bedeutende Umstrukturierungsmaßnahmen und Abbaureduzierungen abverlangt haben. Ebenso wird deutlich, dass infolge der internationalen Entwicklungen eine Neubewertung der geopolitischen Risiken für das Energieangebot und der Bedeutung heimischer Energiequellen erforderlich geworden ist. Aus diesem Grund soll – bei weiterer Umstrukturierung und insgesamt rückläufigen Beihilfen – die Verfügbarkeit der Gemeinschaftskohle durch Zugang zu den heimischen Reserven durch einen Mindestumfang heimischer Steinkohlenproduktion erhalten werden.


Bedeutung der Kohle in Europa
Anteil der Kohle 2001
am Primärenergieverbrauch
an der Stromerzeugung
EU-15
Deutschland
Großbritannien
Frankreich
Spanien
Dänemark
Griechenland
Polen*
Tschechien*
Ungarn*
100
80
60
40
20
0
Prozent
0
20
40
60
80
100
* Anteil der Kohle an der Stromerzeugung 2000
Gesamtverband Steinkohle 2002

EGKS-Nachfolge geregelt

Am 23. Juli 2002 endete nach 50 Jahren die Geltungsdauer des EGKS-Vertrags, des ersten der Europäischen Gemeinschaftsverträge und Grundstein der weiteren Integration bis zur heutigen EU. Kohle und Stahl unterliegen nunmehr wie alle anderen Wirtschaftszweige auch (bis auf die Atomindustrie) dem allgemeinen Rechtsrahmen des EG-Vertrags.

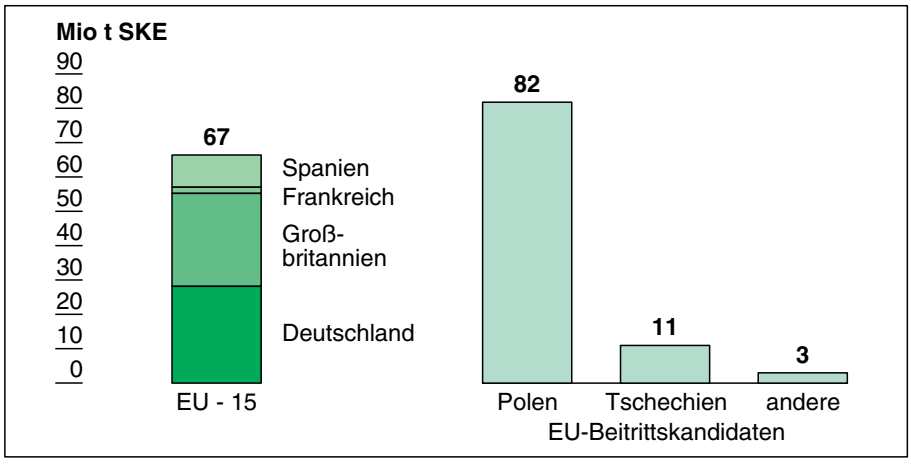
Für die meisten der Ziele, Organe und Bestimmungen des EGKS-Vertrags ist der Übergang problemlos gewesen. In einigen Fällen mussten jedoch Nachfolgeregelungen für EGKS-Instrumente gefunden werden, nicht zuletzt im Hinblick auf die absehbare EU-Osterweiterung, die dem Montansektor und seinen Problemen wieder ein größeres Gewicht in der europäischen Politik verleihen wird.

Neben neuen Beihilfenrahmenbestimmungen, die auch für die Beitrittsländer, insbesondere Polen und Tschechien, einen wichtigen Bezugsrahmen darstellen, wurden Sonderregelungen für zwei weitere Bereiche geschaffen.

Dies betrifft zum einen die Fortsetzung der sehr erfolgreichen spezifischen EGKS-Forschungsprogramme. Sie werden finanziert aus einem neuen „Forschungsfonds Kohle und Stahl“, der aus dem Restvermögen der EGKS im Juli 2002 auf unbestimmte Zeit gebildet worden ist.

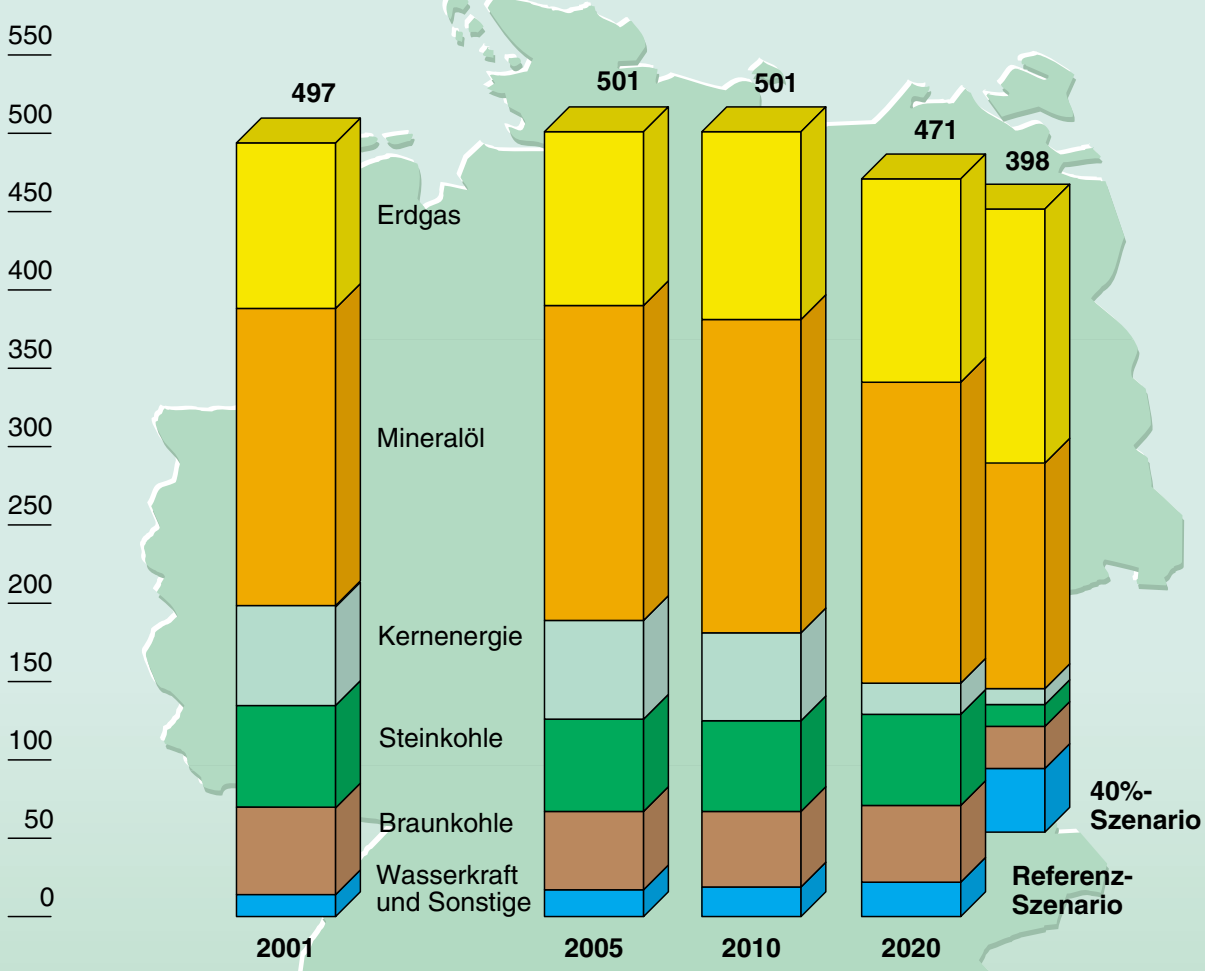
Fortgeführt wird auch der so genannte „Strukturierte Dialog“ der EU-Organe mit den Produzenten, Arbeitnehmern und Händlern der beiden Montanindustrien. An die Stelle des bisherigen Beratenden Ausschusses der EGKS treten eine „Beratende Kommission für Kohle, Stahl und industrielle Umstellung“ unter dem Dach des allgemeinen Wirtschafts- und Sozialausschusses der EU sowie der Sektorenausschuss Bergbau im Rahmen des „Sozialen Dialoges“ mit der EU-Kommission.

Steinkohlenförderung in Europa 2001



Energieverbrauch in Deutschland

Mio t SKE



Quelle: PROGNOS/EWI, 1999/Energiebericht, 2002

Gesamtverband Steinkohle 2002

Energiepolitik vor neuen Herausforderungen

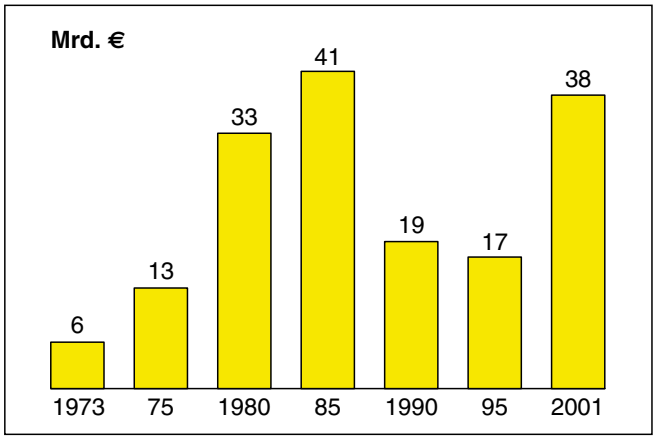
Die deutsche Energiepolitik steht an einem Scheideweg. Dies hat der vom Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie Ende 2001 vorgelegte Energiebericht deutlich gemacht. Der Bericht zeigt anhand von Szenarien die energie- und gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen einer Verwirklichung des politischen Ziels einer CO_2-Reduktion um 40 % bis zum Jahr 2020 auf:

- Die Wirtschaft stünde vor völlig neuen Anforderungen an die Steigerung der Energieeffizenz. Sollte dieser Wandel nicht gelingen, könnten eine beschleunigte Deindustrialisierung und anhaltende Wachstumsschwäche die Folge sein.

- Die Energiebasis würde auf nur zwei Energieträger verengt. Die Kohlennutzung müsste weitgehend aufgegeben werden, Erdgas würde zum dominierenden Energieträger.

- Die schon hohe Importabhängigkeit der deutschen Energieversorgung würde auf etwa 75 % zunehmen. Im Stromsektor entstünde eine neue Abhängigkeit vom Erdgas.

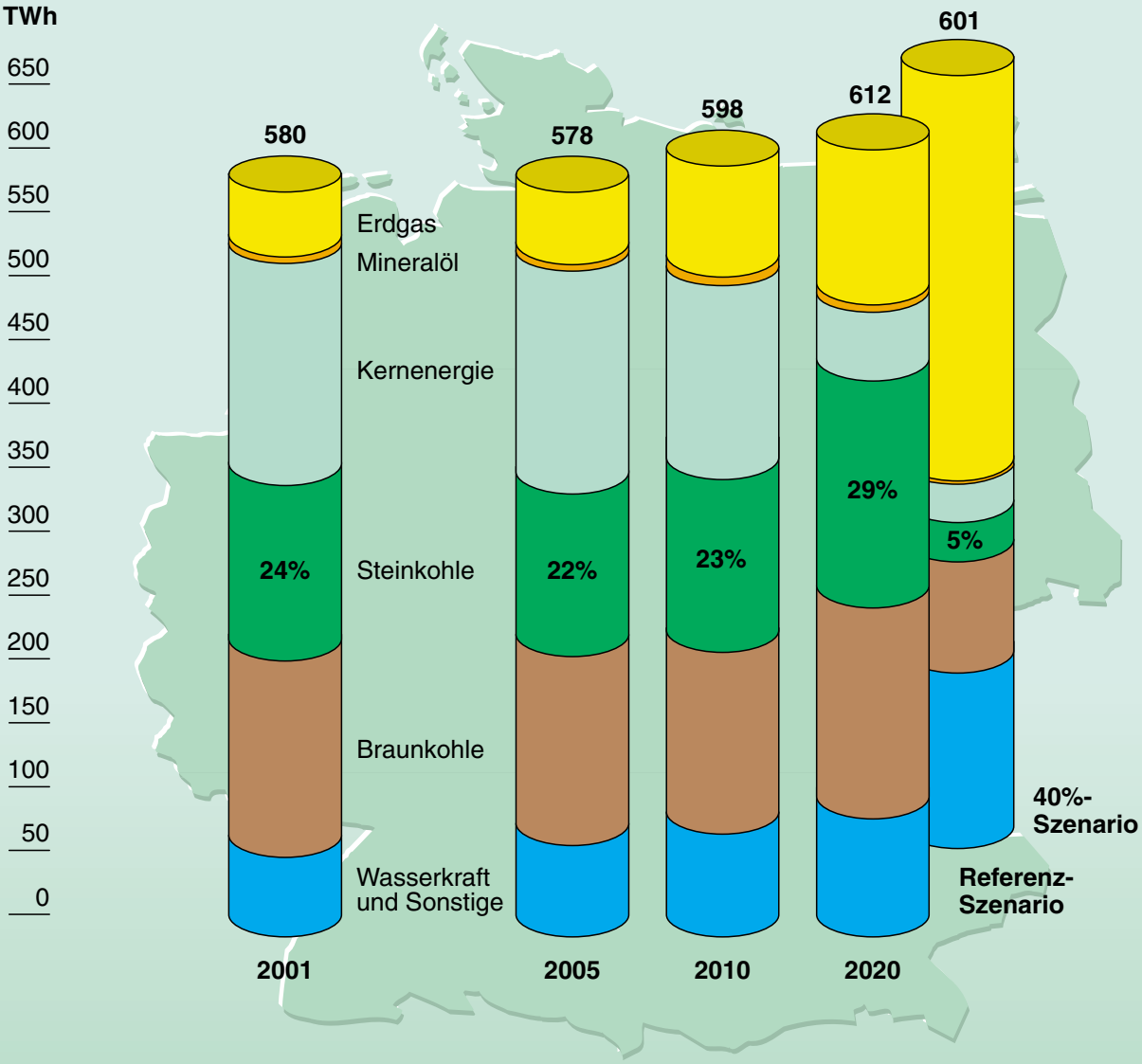
- Die Konzentration der Stromerzeugung auf den preissensiblen Energieträger Erdgas und die hohen Mehrkosten der Erneuerbaren Energien könnten die Wettbewerbsfähigkeit der energieintensiven Industrien gefährden; nicht nur für den heimischen Kohlenbergbau würde sich sogar die Existenzfrage stellen. Strukturbrüche und Wachstumseinbußen wären die Folge.



Ausgaben für Netto-Energieimporte

Wegen dieser gravierenden Auswirkungen auf die Sicherheit und Wirtschaftlichkeit der Energieversorgung setzt der Energiebericht auf eine No-Regret-Strategie, die allen energiepolitischen Zielen gleichermaßen Rechnung trägt. Unverzichtbares Element ist die Nutzung der heimischen Stein- und Braunkohle in Verbindung mit einer konsequenten Modernisierung des kohlenbasierten Kraftwerksparkes.

Stromverbrauch in Deutschland



Quelle: PROGNOS/EWI, 1999/Energiebericht, 2002

Gesamtverband Steinkohle 2002

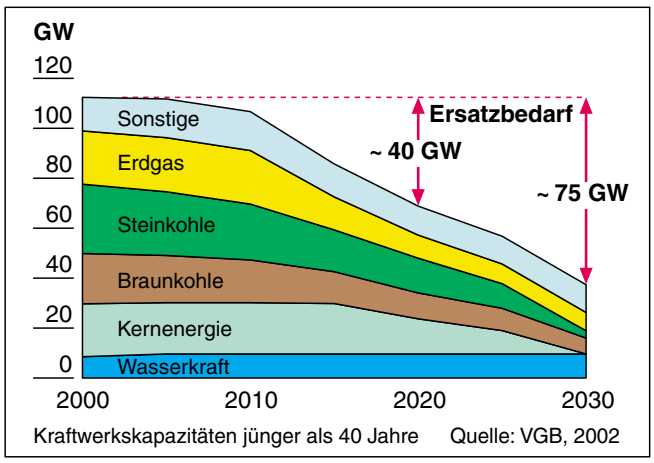
Kohle – Energieträger Nr. 1 für die deutsche Stromerzeugung

Der Stromverbrauch wird im Gegensatz zum Primärenergiebedarf in Deutschland auch in den kommenden Jahrzehnten weiter zunehmen. Das hängt mit der verstärkten Nutzung moderner Technologien zusammen. Hinzu kommt die fortschreitende Verdrängung des Primärenergieeinsatzes in verschiedenen Endnutzungen durch Strom – verstärkt wird dieser Trend in näherer Zukunft auch im Verkehrsbereich erwartet.

Nicht nur der zusätzliche Bedarf an Strom fordert einen Ausbau des deutschen Kraftwerksparks. Auch das politisch beschlossene Ende der Kernenergienutzung und der altersbedingte Ersatzbedarf lassen den erforderlichen Neubau an Erzeugungskapazitäten auf mehr als 40 000 MW bis zum Jahr 2020 anwachsen.

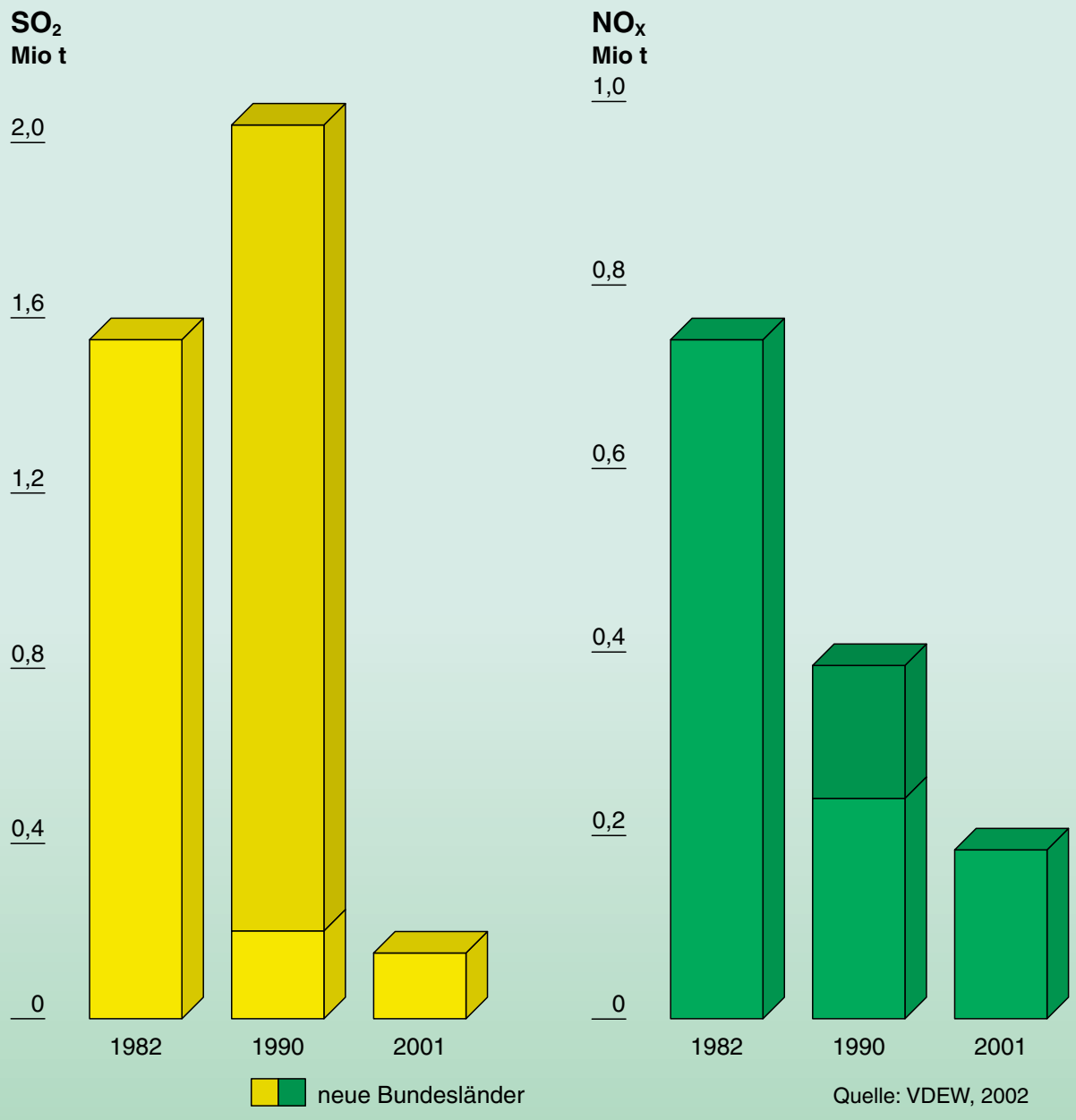
Dazu sind schon heute politische Weichenstellungen für die nachhaltige Nutzung aller Energieträger und ein ehrgeiziges Investitionsprogramm für die Entwicklung und Anwendung moderner Technologien erforderlich. Nur so kann Deutschland als führender Standort in der Energietechnik erhalten bleiben und seinen Beitrag zur sauberen und effizienten Nutzung knapper Energieressourcen leisten.

Zur Begrenzung energiewirtschaftlicher Abhängigkeiten in der Zukunft sollten die heimischen Energien vorrangig genutzt werden. Zugleich gilt es, auch kommenden Generationen die Option auf einen ausgewogenen Mix in der Energieversorgung offen zu halten. Die Erneuerbaren Energien können hier einen zunehmenden, wenn auch vorerst begrenzten Beitrag leisten. Der Kohle kommt daher weiterhin ein besonderer Stellenwert zu. Derzeit basieren etwa 50 % der deutschen Stromerzeugung auf Stein- und Braunkohle.



Stromerzeugungskapazitäten in Deutschland

Emissionen konventioneller Kraftwerke in der Bundesrepublik Deutschland



Quelle: VDEW, 2002

Gesamtverband Steinkohle 2002

Entscheidender Beitrag zur Verbesserung der Luftqualität

Die Energiewirtschaft in Deutschland hat die Herausforderungen der Luftreinhaltepolitik bereits in den vergangenen zwei Jahrzehnten erfolgreich bewältigt.

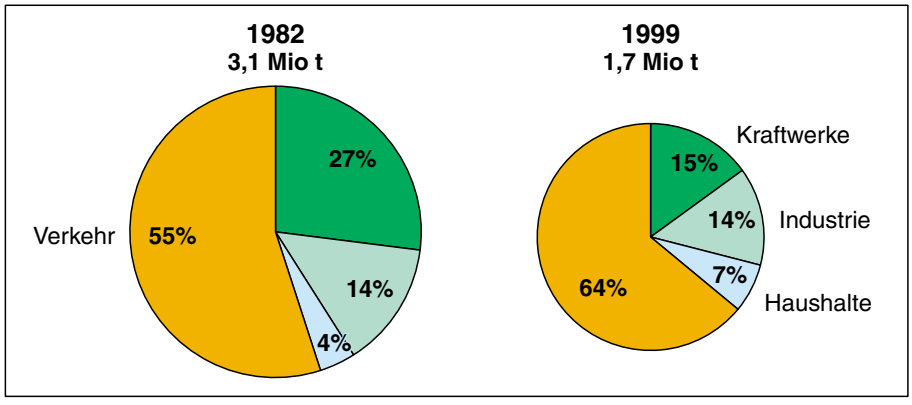
Deutsche Steinkohlenkraftwerke zählen mit ihren hochentwickelten Rauchgasreinigungsanlagen und ihren hohen Wirkungsgraden zu den saubersten Anlagen der Welt.

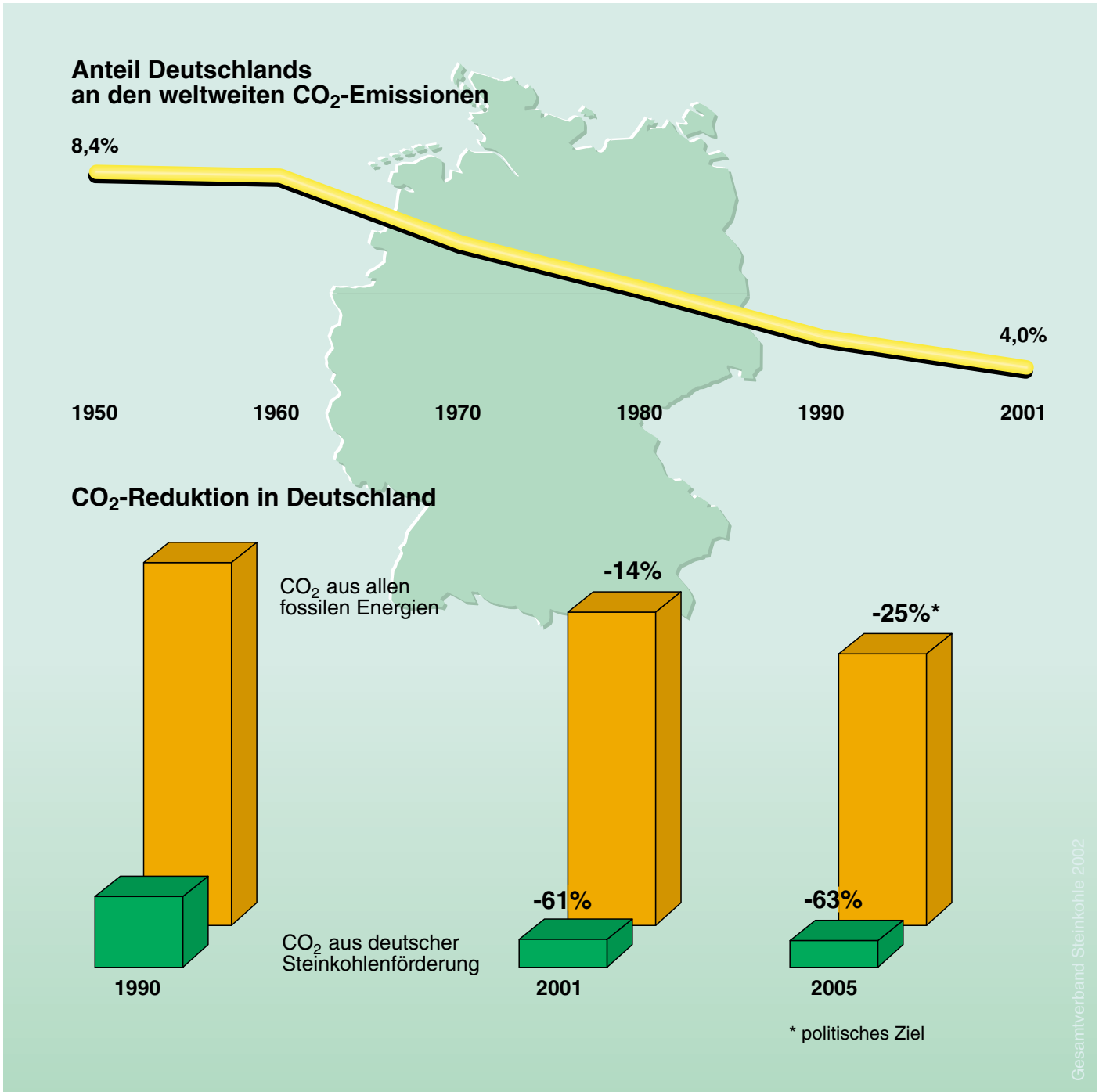
Durch den Einsatz modernster Technologien und einem beispiellosen Investitionsaufwand ist es der deutschen Kraftwirtschaft gelungen, die Emission von Luftverunreinigungen wie Staub, SO_2 und NO_x praktisch vollständig zu vermeiden. Dies hat dazu beigetragen, die Luftqualität in Deutschland entscheidend zu verbessern.

Die EU hat die Verbesserung der Luftqualität in den Mitgliedstaaten zu einem zentralen Anliegen ihrer Umweltpolitik gemacht. Hierzu hat sie verschiedene Richtlinien verabschiedet, mit denen die Luftqualität in den nächsten Jahren noch weiter verbessert werden soll.

Eine EU-weite Annäherung der emissionsseitigen Anforderungen an die Kraftwirtschaft ist grundsätzlich zu begrüßen. Die Bundesregierung setzt allerdings bei der Umsetzung dieser Richtlinien in nationales Recht auf eine weitere Verschärfung der genehmigungsrechtlichen Vorgaben für Feuerungsanlagen, obwohl die Möglichkeiten schon heute weitgehend ausgereizt sind. Der finanzielle Aufwand für die Kraftwerksbetreiber stünde in keinem vernünftigen Verhältnis zum Ertrag für die Umwelt. Es ist zu bezweifeln, ob dies für den Umweltschutz noch angemessen und mit den wirtschaftlichen Gegebenheiten eines liberalisierten Strommarktes und einem ausgewogenen Energiemix vereinbar ist.

Entwicklung der NO_x-Emissionen in Deutschland

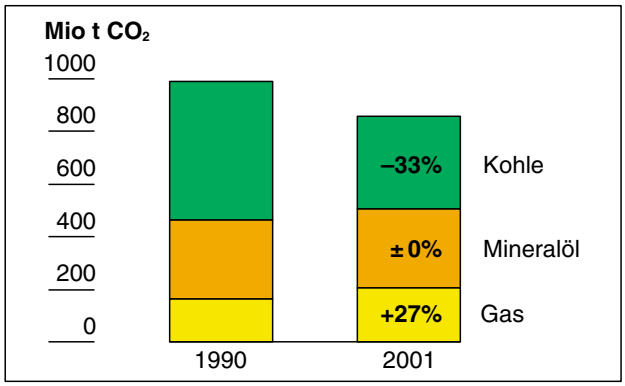



Anteil Deutschlands
an den weltweiten CO_2-Emissionen
8,4%
4,0%
1950
1960
1970
1980
1990
2001
CO_2-Reduktion in Deutschland
CO_2 aus allen
fossilen Energien
CO_2 aus deutscher
Steinkohlenförderung
-14%
-61%
-25%*
-63%
1990
2001
2005
* politisches Ziel
Gesamtverband Steinkohle 2002

Klimavorsorge mit der Kohle

Deutschland kann in der Klimavorsorge auf beachtliche Erfolge verweisen. Seit 1990 wurden die Emissionen von Treibhausgasen um 19 % (bis 2000) und von CO_2 um 14 % (bis 2001) verringert. Deutschland hat damit bereits heute 90 % seiner Verpflichtungen im Rahmen des EU-Burden-Sharings erbracht. Dazu beigetragen hat vor allem die gesteigerte Effizienz bei der Energieumwandlung und -nutzung.

Zur Schließung der verbleibenden Lücke zu den nationalen und internationalen Klimazielen hat Deutschland ein umfassendes nationales Klimaschutzprogramm beschlossen. Wesentliche Säulen sind neben der verstärkten Nutzung Erneuerbarer Energien vor allem freiwilige Vereinbarungen zwischen der Bundesregierung und der deutschen Industrie zur weiteren Emissionsverminderung bzw. zur Modernisierung der Kraft-Wärme-Kopplung, durch die bis 2010 bis zu 45 Mio t CO_2 eingespart werden sollen.



CO_2-Emissionen in Deutschland

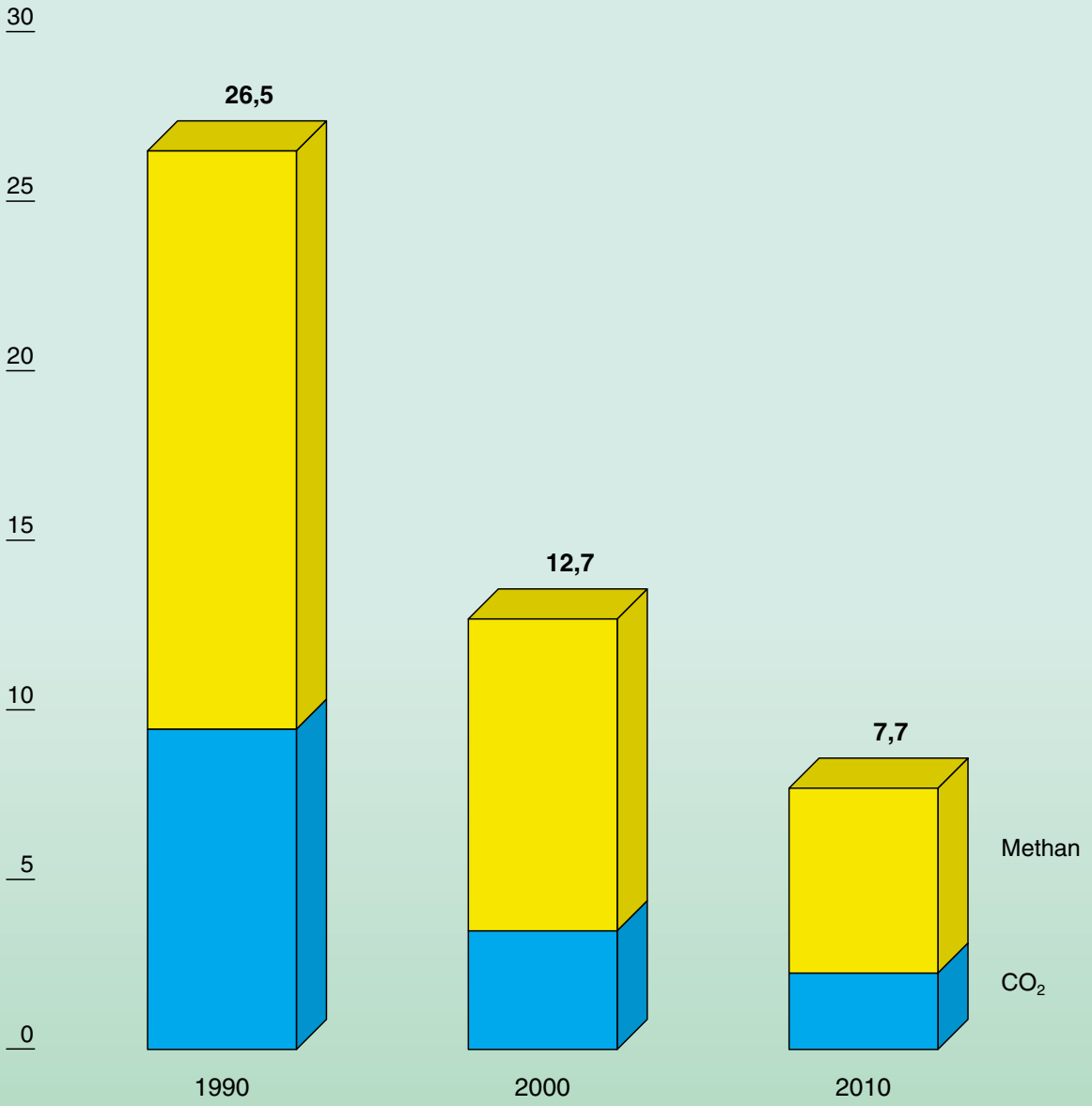
Speziell die heimische Steinkohle leistet wichtige Beiträge zur Klimavorsorge in Deutschland. Die CO_2-Emissionen aus heimischer Steinkohlenförderung sind seit 1990 um über 60 % zurückgegangen. An den energiebedingten CO_2-Emissionen in Deutschland hat die heimische Steinkohle heute nur noch einen Anteil von 8 %, das sind 0,3 % der weltweiten CO_2-Emissionen.

Der deutsche Steinkohlenbergbau leistet darüber hinaus aktiv eigene Beiträge zur Klimavorsorge – sowohl im nationalen Rahmen mit seinem Beitritt zur Klimavereinbarung der deutschen Wirtschaft wie auch international, z. B. bei der Löschung von Flözbränden in China.

Vor diesem Hintergrund ist eine mit Klimaargumenten geforderte Einstellung der Steinkohlehilfen in Deutschland ein Irrweg. Sie dient nicht der Klimavorsorge – an die Stelle der heimischen Steinkohle träte vor allem Importkohle mit gleich hohen spezifischen Emissionen beim Einsatz und zusätzlichen Emissionen beim Transport.

Spurengas-Emissionen im deutschen Steinkohlenbergbau

Mio t CO_2-Äquivalent



Gesamtverband Steinkohle 2002

Aktive Beiträge des Steinkohlenbergbaus

Die deutsche Wirtschaft hat in der Klimavorsorgevereinbarung zugesagt, weiterhin besondere Anstrengungen zu unternehmen, um ihre spezifischen CO_2-Emissionen sowie die Emissionen weiterer Treibhausgase zu verringern. Die Vertragspartner der Klimavorsorgevereinbarung gehen davon aus, dass damit bis 2005 die CO_2-Emissionen um zusätzlich 10 Mio t und bis zum Jahr 2012 um weitere 10 Mio t CO_2-Äquivalent gesenkt werden können.

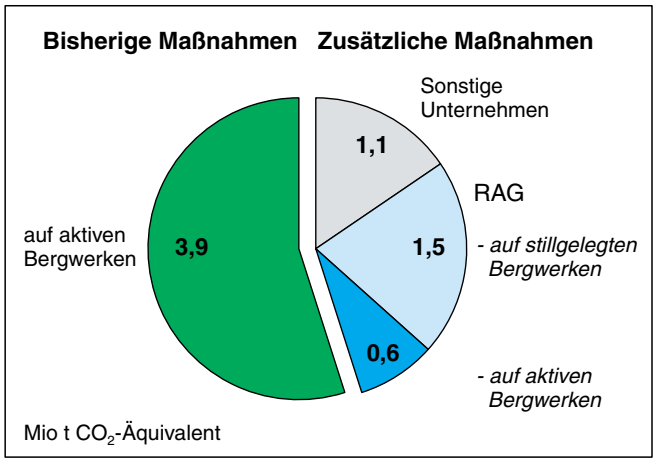
Im Interesse der Klimavorsorge ist der Gesamtverband des deutschen Steinkohlenbergbaus der Klimavereinbarung zwischen der deutschen Industrie und der Bundesregierung beigetreten.

Wesentliche Eckpunkte der Zusage des Steinkohlenbergbaus sind:

- Verminderung der CO_2-Emissionen aus dem produktionsbezogenen Energieverbrauch.
- Minderung der spezifischen Emissionen.
- Verminderung der in die Atmosphäre abgegebenen Methan-Emissionen aus aktiven und stillgelegten Bergwerken.

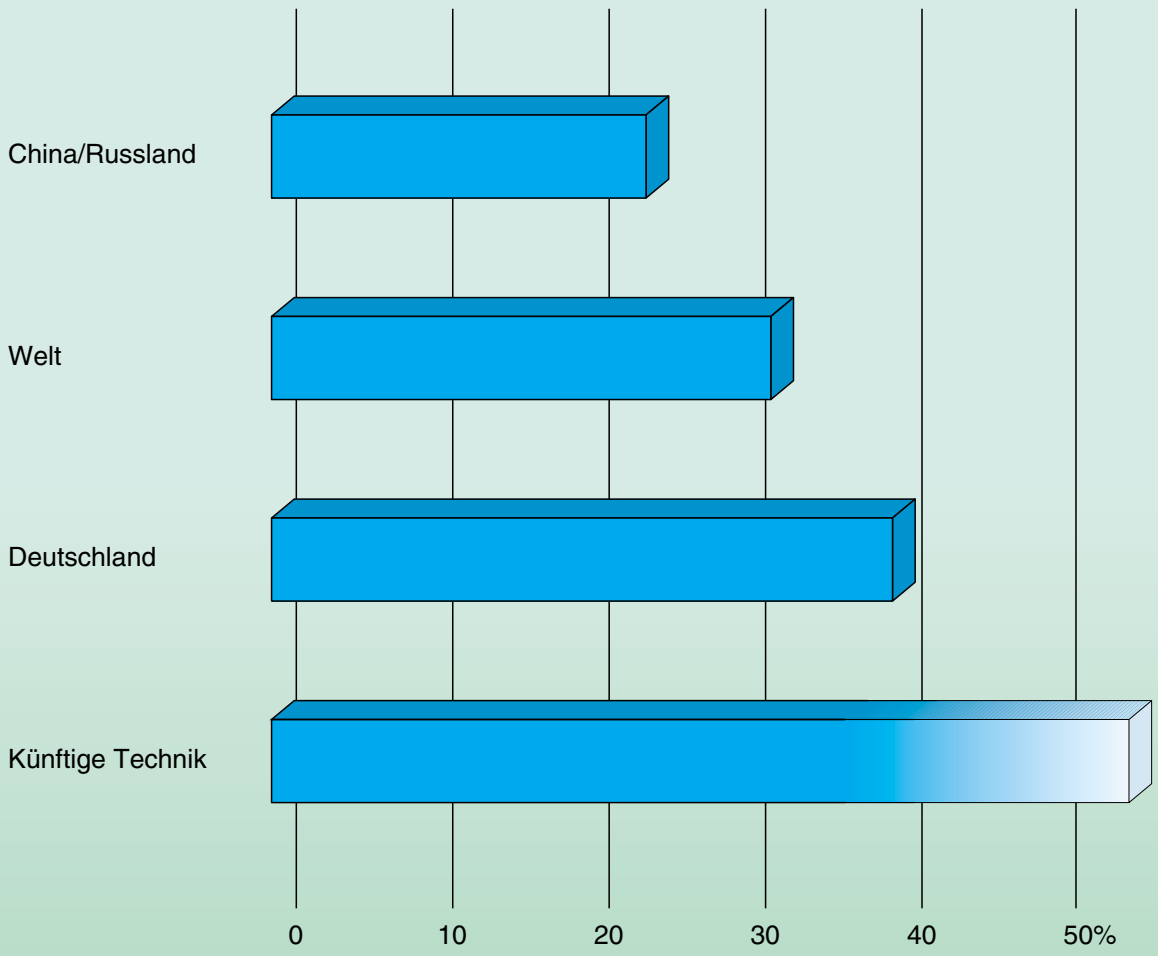
Die deutsche Steinkohle unterstützt und stärkt damit das Fundament des erfolgreichen und international zunehmend anerkannten Instruments der Emissionsverminderung auf freiwilliger und kooperativer Basis.

Die Bundesregierung hat dies ausdrücklich anerkannt und hervorgehoben, dass der deutsche Steinkohlenbergbau mit seinem Beitritt – trotz eines schwierigen Anpassungsprozesses – zusätzliche Anstrengungen unternimmt, um zur Erreichung ihrer klimapolitischen Ziele beizutragen.



Methanverwertung im deutschen Steinkohlenbergbau

Wirkungsgrade von Steinkohlenkraftwerken



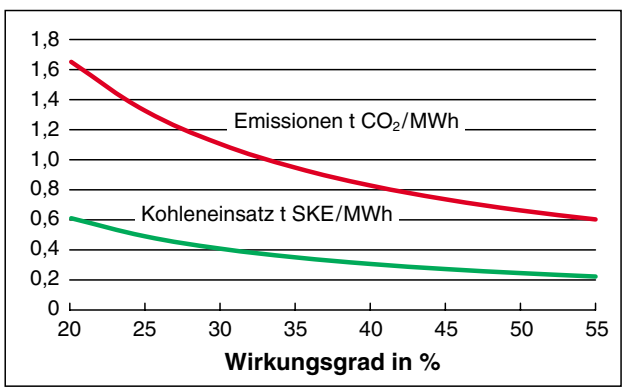
Gesamtverband Steinkohle 2002

Effizienzpotenziale weltweit nutzen

Die künftige Bedeutung der Kohle hängt maßgeblich davon ab, ob es gelingt, mit sauberen Kohletechniken den wachsenden Umwelt- und Klimaanforderungen Rechnung zu tragen.

Bei wachsendem Stromverbrauch und zunehmenden Anforderungen der Umweltpolitik besteht weltweit ein erheblicher Bedarf an umweltverträglicher und wettbewerbsfähiger Kohlenverstromungstechnik, insbesondere in Nordamerika und Asien, aber auch in Europa und in Deutschland.

Zugleich ist bei der Kohlenverstromung weltweit ein erhebliches Gefälle zwischen der Anwendung und dem Stand der Technik festzustellen. Dabei kann eine gezielte Nutzung des technologischen Potenzials erhebliche Effizienzgewinne und damit CO_2-Einsparungen erschließen. So ließen sich mit dem weltweiten Einsatz bereits des heutigen Stands der Technik rund ein Drittel der weltweiten CO_2-Emissionen aus Kohlenkraftwerken vermeiden. Dies entspricht mehr als dem Doppelten der CO_2-Reduktionsverpflichtungen aller Industriestaaten nach dem Kyoto-Protokoll. In der Perspektive sind Wirkungsgrade von 55 % und mehr möglich – und neue hochinnovative Verfahren zur emissionsarmen bzw. -freien Kohlenverstromung befinden sich bereits in der Entwicklung.



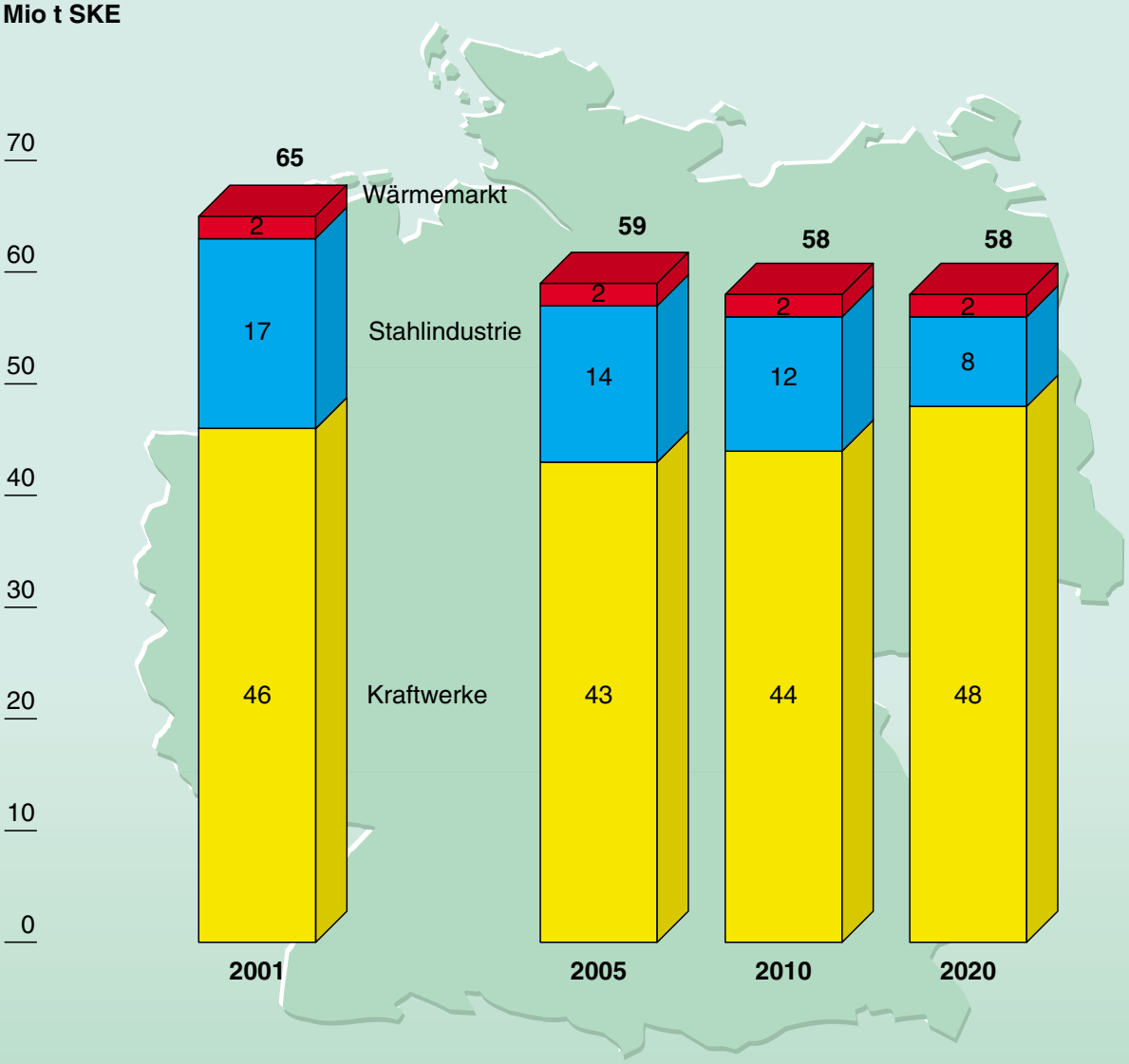
Emissionsminderung durch verbesserte Wirkungsgrade

Deregulierung und Liberalisierung der Energiemärkte haben indessen dazu geführt, dass die Kraftwerksbetreiber heute kaum noch über die finanziellen Spielräume zur Weiterentwicklung, Demonstration und Anwendung moderner Clean-Coal-Techniken verfügen. Eine Modernisierungsoffensive im Kraftwerkssektor bedarf auch daher der Unterstützung der öffentlichen Hand, die sich im Energiebereich nicht allein auf Erneuerbare Energien konzentrieren darf.

Die Initiative der nordrhein-westfälischen Landesregierung zur Errichtung eines Steinkohlenkraftwerkes der neuesten Generation im Ruhrgebiet setzt hierzu ein wichtiges Zeichen.

Steinkohlenverbrauch in Deutschland

Mio t SKE



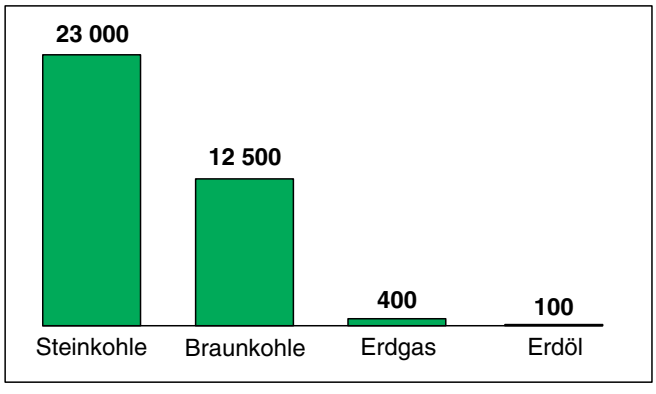
Quelle: PROGNOS/EWI, 1999

Gesamtverband Steinkohle 2002

Steinkohle bleibt wichtiger Energierohstoff

Der deutsche Steinkohlenmarkt hat ein Volumen von rund 65 Mio t SKE. Nach den vorliegenden Prognosen von PROGNOS/EWI und ESSO wird auch längerfristig ein Steinkohlenbedarf in der Größenordnung von etwa 60 Mio t erwartet. Die Steinkohle bleibt damit ein wichtiger Energierohstoff, insbesondere in der Verstromung und in der Eisenschaffenden Industrie.

Ein für die Enquête-Kommission „Nachhaltige Energieversorgung" des Deutschen Bundestages errechnetes „Referenzszenario" hält – ohne zusätzliche klimapolitische Restriktionen – eine deutliche Ausdehnung des Steinkohleneinsatzes in Deutschland für möglich. In der Stromerzeugung ergäbe sich ein Steinkohlenanteil von fast 40 % im Jahr 2030.



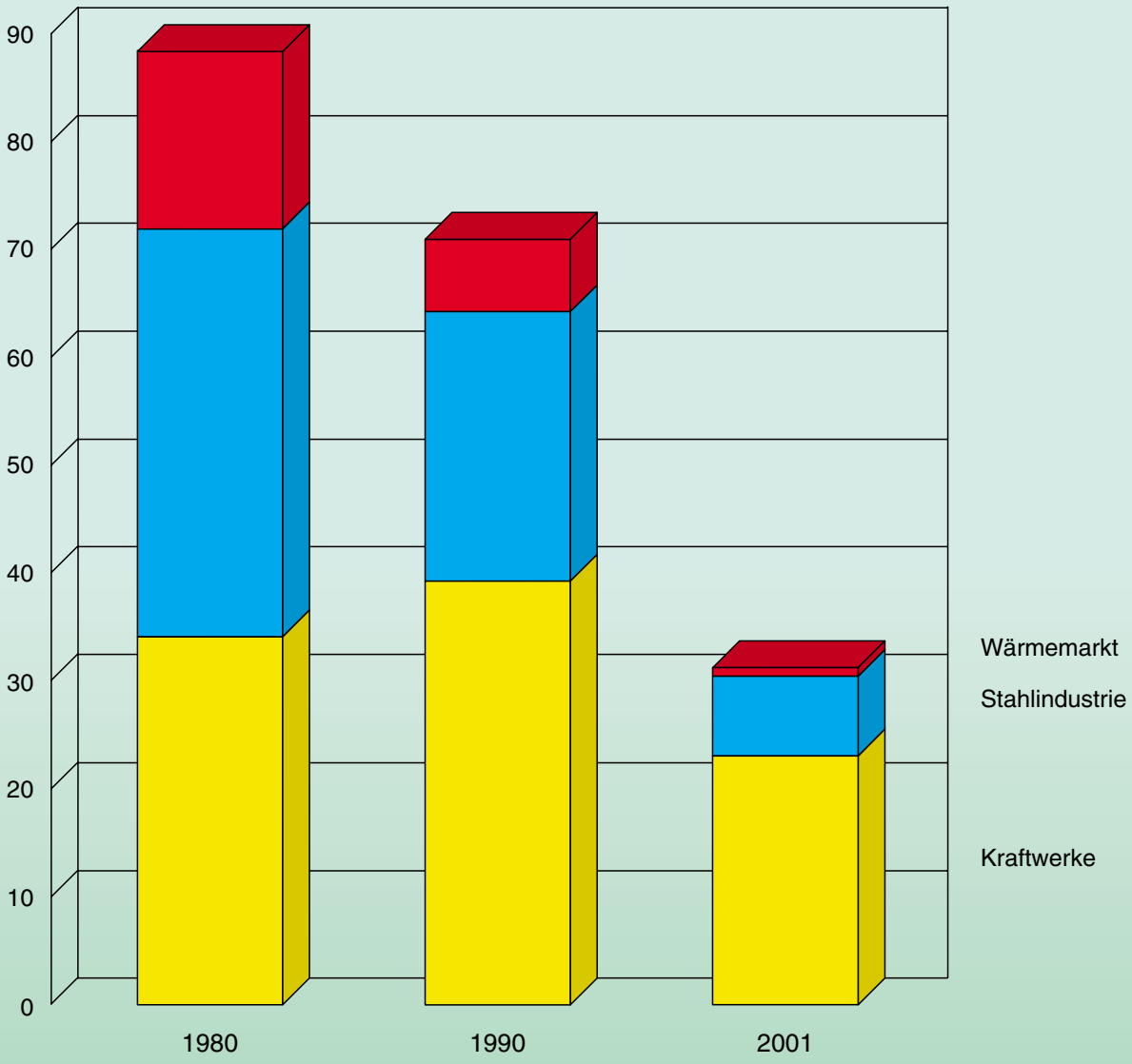
Gewinnbare Vorräte in Deutschland in Mio t SKE

Auch in den Zielszenarien der Enquête-Kommission, die eine CO_2-Minderung um 80 % bis 2050 unterstellen, kann sich die Steinkohle langfristig im Energiemix behaupten. Der Anteil der Steinkohle steigt in der Stromerzeugung nach allen Szenarien zunächst an. Nach 2010 wird ihre Bedeutung aber maßgeblich davon bestimmt, ob hocheffiziente Umwandlungstechnologien und weitgehend emissionsfreie Verstromungstechniken zu vertretbaren Kosten zur Verfügung stehen.

Wird dies modellmäßig ausgeschlossen, geht die Nutzung von Stein- und Braunkohle kontinuierlich zurück. Preis- und Mengenrisiken einer derart auf die Klimavorsorge verengten Energiepolitik werden von der Enquête-Kommission dabei ebenso ausgeblendet wie deren Folgen für die internationale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie. Demgegenüber stellt der Energiebericht des BMWi fest, dass unter Berücksichtigung aller energiepolitischen Ziele in Deutschland auch langfristig nicht auf die Nutzung der Kohle verzichtet werden kann. Dies schließt die Nutzung der heimischen Steinkohle als größtem inländischen Energieträger ein.

22

Steinkohlenabsatz
Mio t SKE



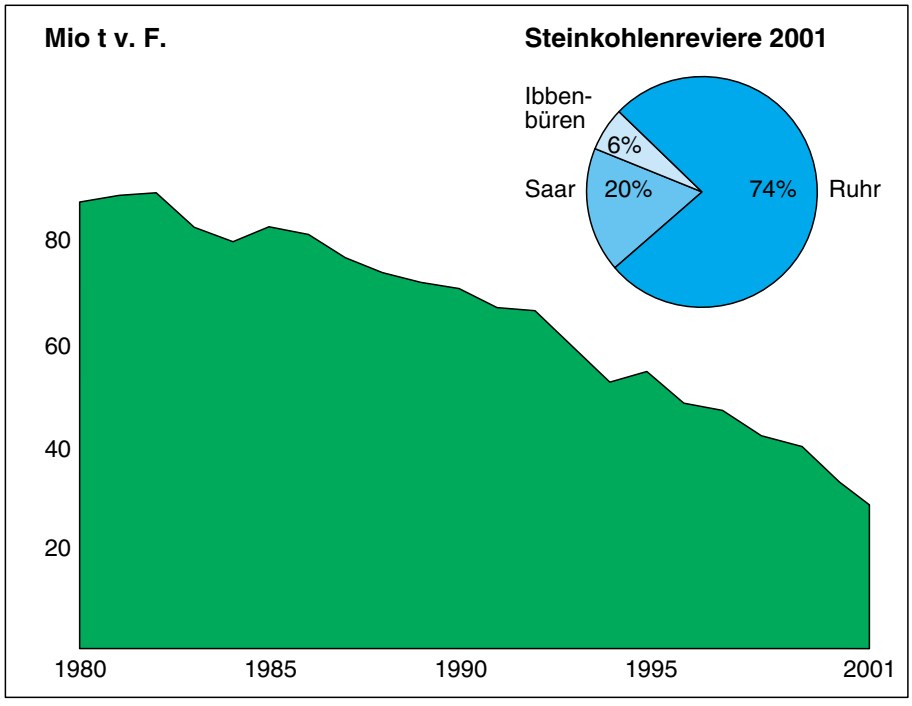
Gesamtverband Steinkohle 2002

Produktion und Absatz des deutschen Steinkohlenbergbaus

Plafondbedingter Anpassungsdruck

Der im Jahr 1997 bis 2005 vereinbarte Anpassungsprozess wurde weiter planmäßig umgesetzt. Die Übernahme der Saarbergwerke AG und der Preussag Anthrazit GmbH durch die RAG Aktiengesellschaft wurde von der EU-Kommission endgültig genehmigt. Unter einem einheitlichen Dach können nunmehr sämtliche Möglichkeiten und Synergien genutzt werden, um langfristig einen wesentlichen Beitrag der heimischen Steinkohle zur Energieversorgung so effizient wie möglich zu erbringen.

Steinkohlenförderung in Deutschland



Mit der seit Jahresbeginn 2002 auf zehn Standorte konzentrierten Steinkohlenförderung bleibt der Zugriff auf die wichtigsten Lagerstätten offen.

Bedingt durch die vereinbarte Kürzung der Kohlehilfen sind Produktion und Absatz heimischer Steinkohle weiter rückläufig:

- Mit 6,2 Mio t v. F. war im Jahr 2001 der stärkste Förderrückgang seit Jahren zu verzeichnen. Zu der Minderförderung haben neben dem geplanten Kapazitätsabbau auch geologische Probleme auf mehreren Förderstandorten sowie technisch bedingte temporäre Förderausfälle beigetragen.

- Der Absatz heimischer Steinkohle ging in allen Absatzbereichen weiter zurück.

  Die Elektrizitätswirtschaft nahm bei insgesamt geringerem Steinkohleneinsatz rund 16 % weniger heimische Steinkohle ab. Die Verstromung importierter Steinkohle nahm weiter zu.

  Der Absatz an die Stahlindustrie ging um mehr als ein Viertel zurück.

Steinkohlenbergwerke in Deutschland

Anpassung im deutschen Steinkohlenbergbau

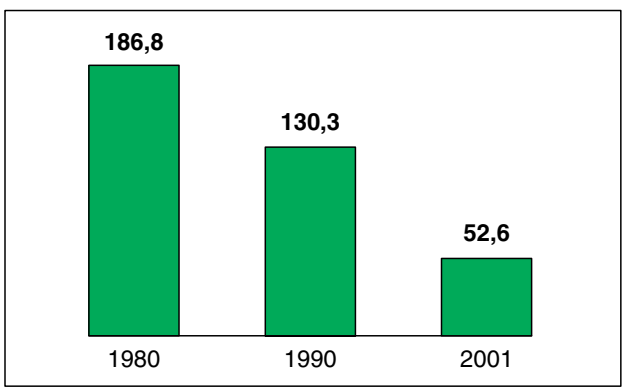
Job-Center vermitteln in neue Stellen

Nach wie vor steht im Belegschaftssektor die sozialverträgliche Anpassung im Vordergrund. Durch den 2001 vollzogenen Verbund von vier Bergwerken zu zwei Verbundbergwerken stand die Personalanpassung vor neuen Herausforderungen. Dabei hat sich das Instrument der Umschulungs- und Qualifizierungsmaßnahmen, mit dem die Mitarbeiter auf neue, zukunftsorientierte Berufe vorbereitet werden, erneut bewährt.

Gemeinsam mit der RAG Bildung GmbH hat die Deutsche Steinkohle AG im Jahr 2001 erstmals ein neues Konzept für eine berufliche Neuorientierung entwickelt. In einer Orientierungsphase bekommt der Teilnehmer die Möglichkeit, unter Berücksichtigung der Umschulungs- und Qualifizierungsangebote einerseits und der Angebote des Arbeitsmarktes andererseits verschiedene Berufsfelder in zukunftsträchtigen Berufen wie Mikrotechnologe, Flugzeugmechaniker oder in IT-Berufen kennenzulernen.

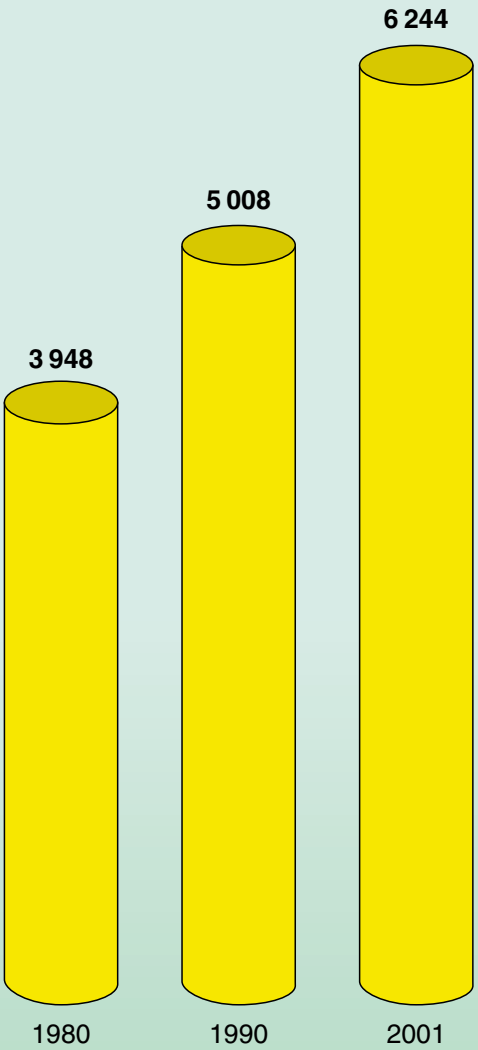
Seit Juni 2002 betreibt die RAG Bildung GmbH 25 Job-Center, in denen Bergleuten noch schneller als bisher eine neue Stelle vermittelt werden soll. Hier werden Qualifizierungs-Profile der Bewerber erstellt, die eine bedarfsgerechte Vermittlung ermöglichen. Eine überregionale Stellen-Akquirierung bietet Firmen die Möglichkeit, den idealen Mitarbeiter zu finden.

In seiner besonderen Verantwortung für die Bergbauregionen hat der Steinkohlenbergbau im Jahr 2002 die Ausbildungseinstellungen von 600 im Vorjahr auf 850 erhöht, um jungen Menschen Perspektiven zu geben. Allerdings wird davon nur ein kleiner Teil (rund 6 %) für rein bergbauspezifische Berufsfelder ausgebildet. Überwiegend erfolgt die Ausbildung in Berufen, die auch außerhalb des Bergbaus gute Perspektiven bieten.



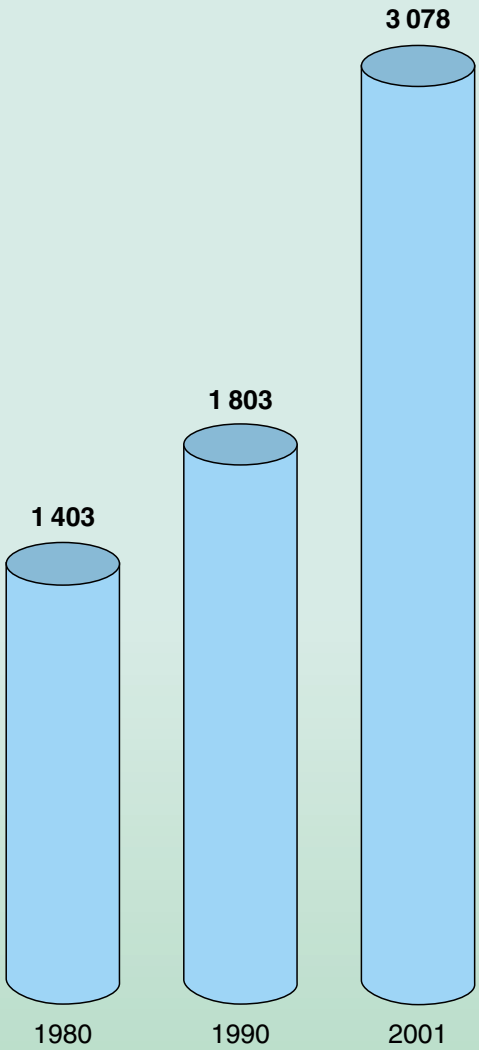
Belegschaft im deutschen Steinkohlenbergbau in Tausend

Schichtleistung unter Tage



kg v. F. je Mann und Schicht

Förderung je Abbaubetriebspunkt



t v. F. je Fördertag

Gesamtverband Steinkohle 2002

Rationalisierung im deutschen Steinkohlenbergbau

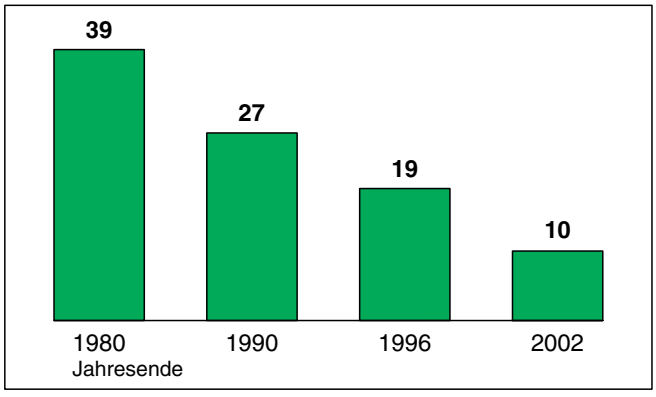
Permanenter Rationalisierungsdruck

Der deutsche Steinkohlenbergbau hat die politischen Vereinbarungen und Zusagen aus dem Kohlekompromiss 1997 bislang planmäßig umgesetzt. Die vereinbarten Stilllegungs- und Verbundmaßnahmen wurden zum Jahresbeginn 2002 abgeschlossen. Bei bis 2005 weiter um jährlich rund 300 Mio € zurückgehenden Kohlehilfen nimmt der Druck zu Rationalisierung und Kosteneinsparung weiter zu. Dabei hat der Steinkohlenbergbau hier bereits beachtliche Erfolge erzielt und insbesondere die strengen beihilferechtlichen Anforderungen an die Kostenentwicklung stets eingehalten.

Im Jahr 2001 war die Produktivitäts- und Kostenentwicklung allerdings durch geologische Probleme auf mehreren Bergwerken sowie technisch bedingte Förderausfälle belastet. Die Deutsche Steinkohle AG (DSK) hat hierauf mit einem breit angelegten Strategieprogramm reagiert und ein nachhaltiges Kostenoptimierungsprogramm im Umfang von insgesamt 1,5 Mrd. € eingeleitet.

Das Programm zielt auf eine umfassende Verbesserung der betrieblichen Rahmenbedingungen in allen Bereichen von der Förderung über die Verwaltung bis hin zur Arbeitszeitgestaltung, Material- und Energiebeschaffung und Personalanpassung. Bereits im Jahr 2002 wurde ein Ad-hoc-Sparprogramm wirksam, das Einsparungen bei den Personal- und Sachkosten von insgesamt 280 Mio € vorsieht.

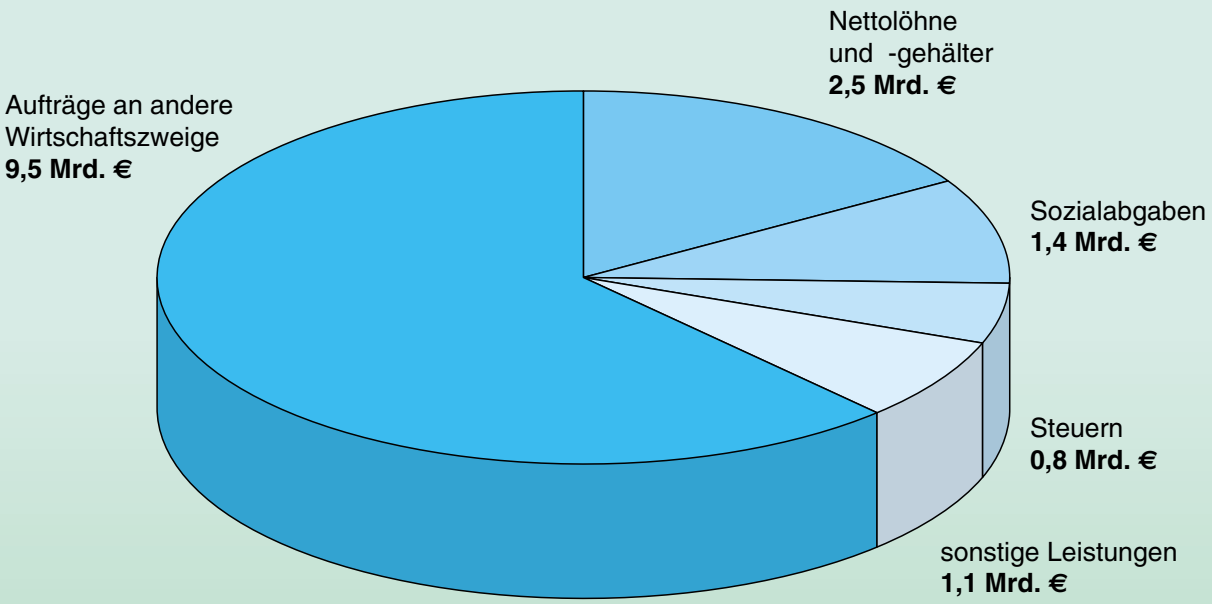
Mit dem Kostenoptimierungsprogramm wird die Produktivitäts- und Kostenentwicklung wieder auf den in der kohlepolitischen Vereinbarung angestrebten Pfad zurückgeführt. Zugleich werden Optimierungschancen über das Jahr 2005 hinaus erschlossen.



Fördernde Bergwerke (Anzahl)

Gesamtleistung des RAG-Konzerns
2001

15,3 Mrd. €



Gesamtverband Steinkohle 2002

Steinkohlenbergbau als Wirtschafts- und Beschäftigungsfaktor

Weiterhin erhebliche Bedeutung

Der deutsche Steinkohlenbergbau ist trotz der großen Anpassungen in den vergangen Jahrzehnten immer noch eng mit den Energiestandorten an der Ruhr und an der Saar verzahnt und ein bedeutender Impulsgeber für die regionale Wirtschaft:

- Am deutschen Steinkohlen-Kraftwerksmarkt hat die heimische Steinkohle noch immer einen Anteil von rund 50 %; die saarländischen Steinkohlenkraftwerke beziehen ihre Kohle sogar fast ausschließlich vom Saarbergbau. Auch an anderen Kraftwerkstandorten lässt sich die heimische Kohle nicht ohne weiteres durch Importe ersetzen. Ohne die deutsche Steinkohle wären sie in ihrer Existenz bedroht, mit unmittelbaren Auswirkungen auch auf die kleineren und mittleren Unternehmen in deren Umfeld.

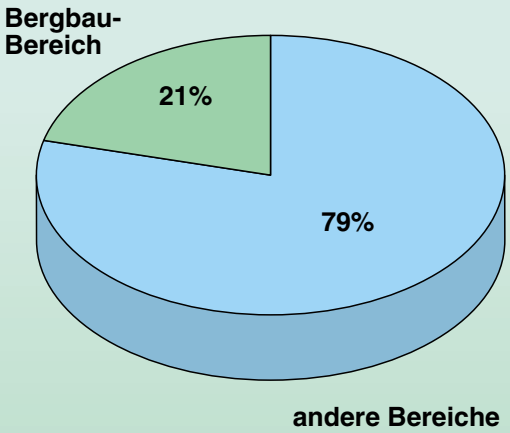
- An jedem Arbeitsplatz im Steinkohlenbergbau hängen bundesweit 1,3 weitere Arbeitsplätze. Von den damit insgesamt über 120 000 Arbeitsplätzen im Steinkohlenbergbau und seinem Umfeld gehen immer noch bedeutende Effekte auf den Arbeitsmarkt aus. Ein Wegfall dieser Arbeitsplätze hätte dramatische Folgen für die Bergbaureviere mit ohnehin schon überdurchschnittlich hohen Arbeitslosenquoten.

- Die dem deutschen Steinkohlenbergbau gewährten Finanzhilfen „versickern“ nicht, sondern fließen über dessen Aufträge und die Kaufkraft der Beschäftigten in den Wirtschaftskreislauf zurück.

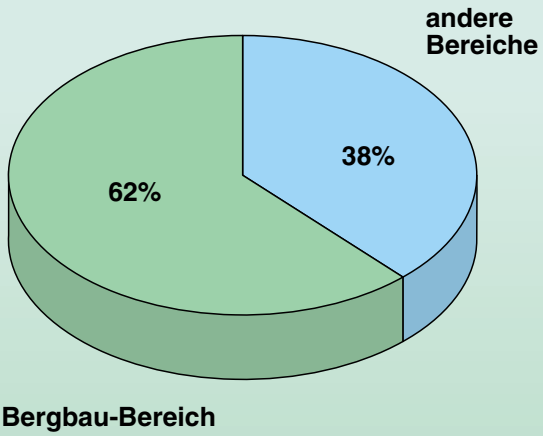
  So vergibt der RAG-Konzern jährlich Aufträge in Höhe von rund 9,5 Mrd. € großteils an mittelständische Industrie- und Dienstleistungsunternehmen. Durch die Einkommen der RAG-Mitarbeiter erwächst Kaufkraft in Höhe von rund 2,5 Mrd. €, zumeist für den regionalen Handel. Der RAG-Konzern und seine Mitarbeiter zahlen rund 2,2 Mrd. € an Steuern und Sozialabgaben. Indirekte Beschäftigungseffekte erbringen mindestens noch einmal den gleichen Betrag.

Die deutsche Steinkohle im RAG-Konzern 2001

Umsatz
15,3 Mrd. €



Belegschaft
87 500



Gesamtverband Steinkohle 2002

Regionalverträglicher Strukturwandel nur mit der Kohle

Die Folgen bruchartiger Entwicklungen in den Bergbauregionen sind sozial und ökonomisch unvertretbar. Dies hat bereits 1999 die PROGNOS-Studie über die Interdependenzen von Steinkohlenbergbau und Wirtschaftsstruktur exemplarisch für das Ruhrrevier aufgezeigt. Das gilt selbstverständlich auch für andere seit langem im Strukturwandel befindliche Bergbauregionen:

Im April dieses Jahres berief die saarländische Landesregierung in Saarbrücken eine regionale Kohlekonferenz ein, um öffentlich über die Zukunft des Saarbergbaus zu beraten. Diese Konferenz machte zur Überraschung mancher deutlich, dass der Strukturwandel in der Saarregion weiterhin nur mit dem Bergbau gemeistert werden kann – keinesfalls ohne ihn und schon gar nicht durch einen raschen Ausstieg.

Eine von dem Wirtschaftsforschungsinstitut Isoplan im Auftrag der saarländischen Landesregierung im Vorfeld der Konferenz durchgeführte Studie führte zu dem Ergebnis, dass die regionalwirtschaftliche Bedeutung des Steinkohlenbergbaus im Saarland immer noch erheblich ist. Auch nach den erfolgten schmerzhaften Anpassungen ist der Saarbergbau mit über 9 200 Beschäftigten der größte industrielle Arbeitgeber. Weitere rund 6 300 Arbeitsplätze hängen in der Zulieferindustrie vom Bergbau ab. Bergbaubelegschaft und Zulieferindustrie konzentrieren sich überdies regional im saarländischen „Industriegürtel“.

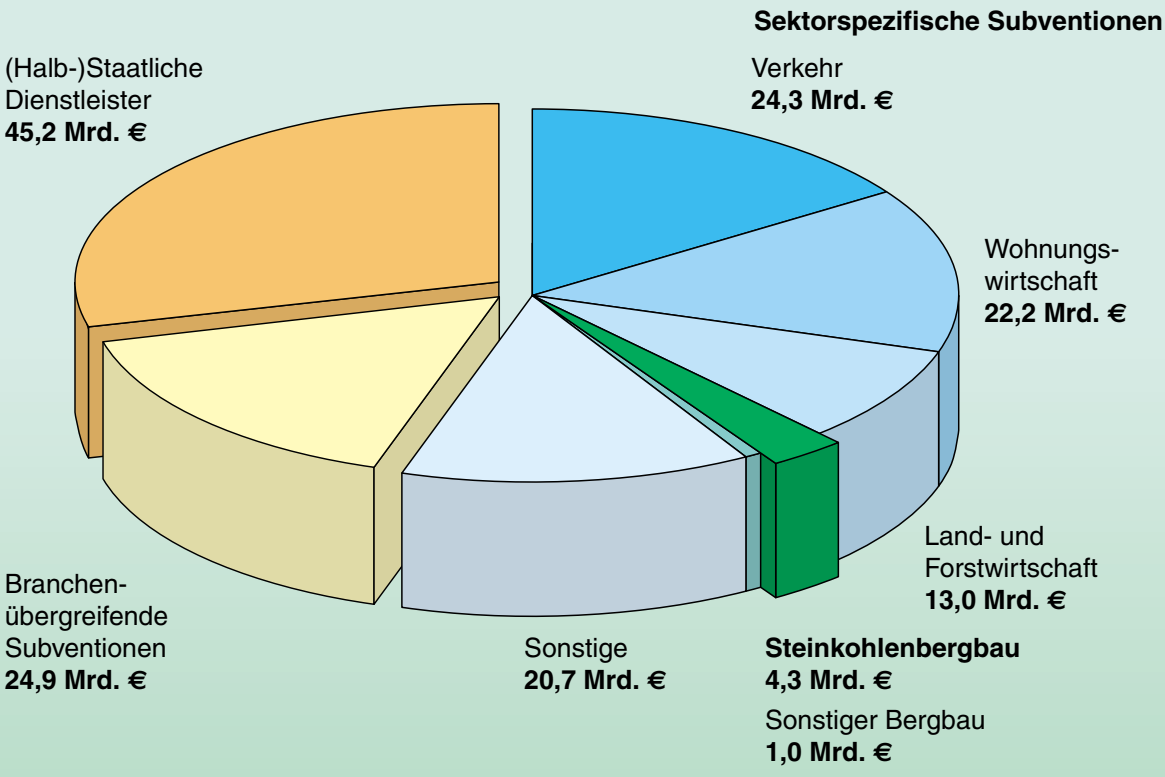
Ohne den Saarbergbau wären zudem die saarländischen Kraftwerke und die Fernwärmeschiene Saar sowie auch die Koksproduktion am Stahlstandort Saar in Frage gestellt.

Mit dem Saarbergbau eng verbunden sind aber auch weitere Aktivitäten des RAG-Konzerns „rund um die Kohle“. Insgesamt hängen von DSK und RAG im Saarland mehr als 20 000 Arbeitsplätze ab. Zugleich verzeichnete das Saarland im Frühjahr 2002 mehr als 46 000 Arbeitslose.

Wer verantwortlich über die Entwicklung des heimischen Steinkohlenbergbaus und den Strukturwandel in den Revierländern mitreden bzw. entscheiden will, darf diese regionalwirtschaftlichen Relationen nicht verkennen.

Subventionsvolumen in Deutschland 2001

155,6 Mrd. €



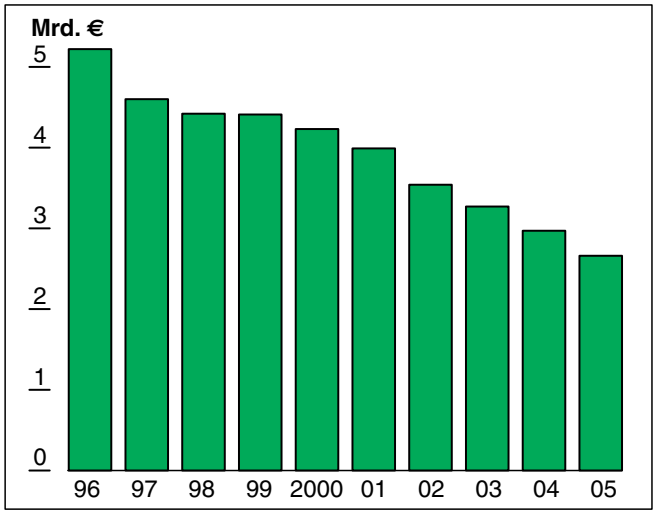
Quelle: IfW, 2002

Gesamtverband Steinkohle 2002

Steinkohlenhilfen bis 2005 halbiert

Der Abbau der Kohlehilfen setzt sich entsprechend den Vereinbarungen der Kohlerunde 1997 bis 2005 weiter fort. Die Steinkohle leistet damit einen wesentlichen und von der Politik anerkannten Beitrag zum Subventionsabbau in Deutschland. Zugleich gewährleisten die Steinkohlehilfen den Zugang zur größten heimischen Energiereserve und damit einen unverzichtbaren Beitrag zu einer sicheren Energieversorgung.

Forderungen, die auf ein schnelles Ende der Kohlehilfen abzielen, sind hiermit nicht vereinbar. Wegen der Folgewirkungen von Stilllegungen für andere öffentliche Haushalte würde dies auch keine „freien“ Mittel für andere Aufgaben gleich welcher Art schaffen.

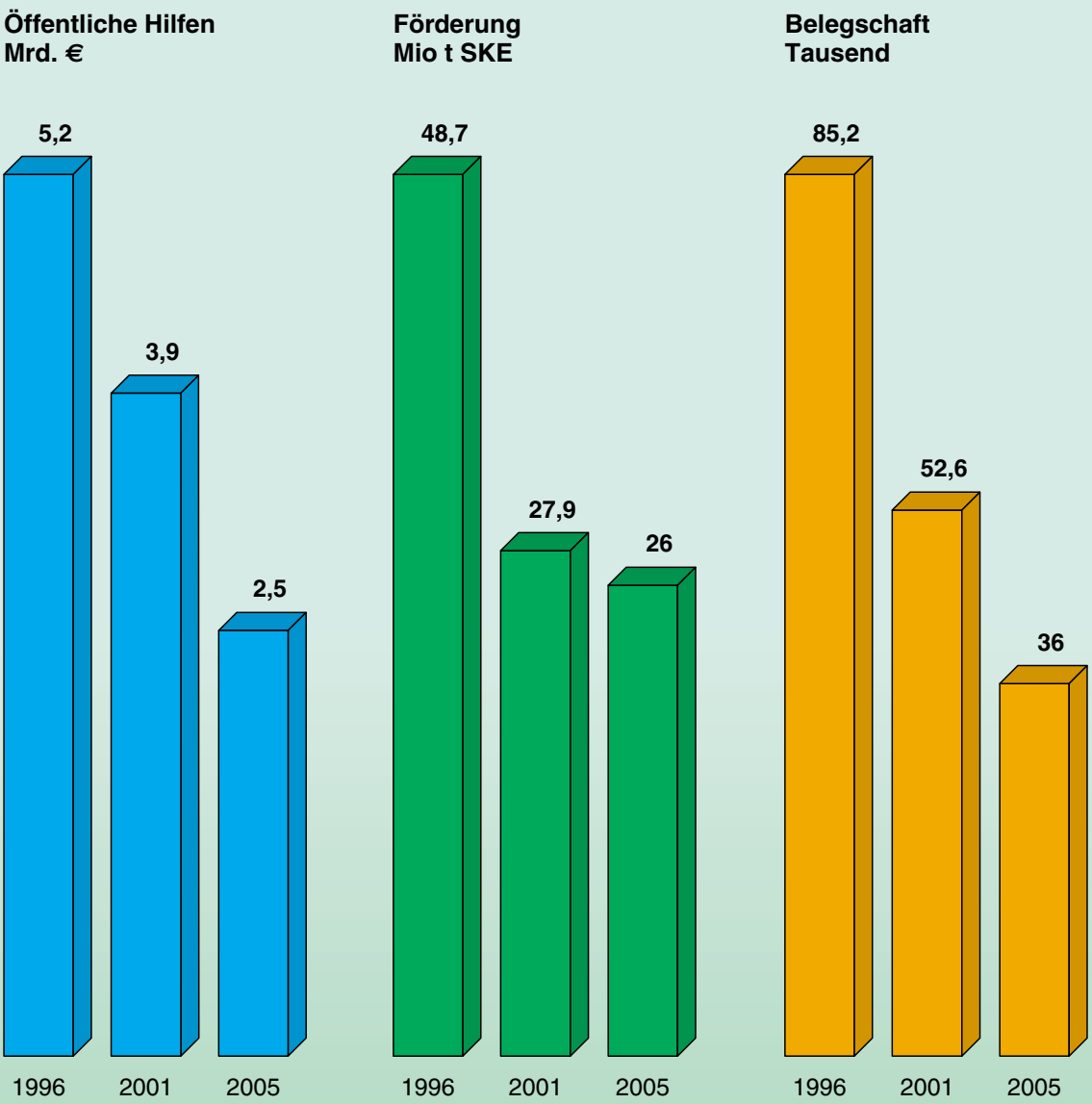


Finanzierungshilfen für die deutsche Steinkohle 1996 - 2005 (Bund, Bergbauländer, RAG)

In der öffentlichen Diskussion wird der Anteil der Steinkohlehilfen am gesamten Subventionsgeschehen in Deutschland oft überschätzt. Nach Berechnungen des Instituts für Weltwirtschaft in Kiel beträgt das gesamte Subventionsvolumen in Deutschland im Jahr 2001 rund 156 Mrd. €. Hieran gemessen haben die öffentlichen Hilfen im Bereich des Steinkohlenbergbaus – einschließlich Altlasten des früher wesentlich umfangreicheren Bergbaus und Sozialleistungen an ehemalige Bergarbeiter – einen Anteil von weniger als 3 %. Mit der weiteren Rückführung der öffentlichen Hilfen für den Steinkohlenbergbau bis 2005 wird sich dieser Anteil noch weiter verringern.

Auch in der „Rangfolge“ der größten Subventionsempfänger liegt der Steinkohlenbergbau keinesfalls an der „Spitze“, sondern hinter dem Verkehr, der Wohnungswirtschaft und der Land- und Forstwirtschaft. Auch bei den so genannten halbstaatlichen Dienstleistern gibt es Bereiche wie Kindergärten, Krankenhäuser oder Theater und Museen, auf die wesentlich höhere Subventionen entfallen als auf den Steinkohlenbergbau.

Kohle-Vereinbarung 1997 - 2005



Gesamtverband Steinkohle 2002

Anschlussregelung ab 2006 erforderlich

Die deutsche Steinkohlepolitik beruht bis 2005 auf der kohlepolitischen Vereinbarung vom März 1997. Diese sieht einen Beihilferahmen vor, mit dem die Hilfen für den deutschen Steinkohlenbergbau und damit Förderkapazitäten und Beschäftigung bis 2005 schrittweise um etwa die Hälfte reduziert werden.

In Deutschland besteht ein breiter Konsens über das Ziel, einen langfristigen Beitrag der deutschen Steinkohle über 2005 hinaus in einem nationalen Energiemix zu sichern. Dazu ist ein Steinkohlenbergbau auf einem energie-, technologie-, struktur- und beschäftigungspolitisch sinnvollen Niveau langfristig zu gewährleisten.

Die für das Jahr 2003 vereinbarten Gespräche über eine Anschlussregelung zur Steinkohlefinanzierung ab 2006 müssen im Interesse der Planungssicherheit des Steinkohlenbergbaus, der Bergbauregionen und der hier Beschäftigten frühzeitig in Angriff genommen und zu einem schnellen Abschluss gebracht werden.

Der am 24. Juli 2002 in Kraft getretene neue EU-Beihilfenrahmen schafft die notwendige gemeinschaftsrechtliche Grundlage für eine langfristige tragfähige Lösung über das Jahr 2010 hinaus. Der neue Beihilfenrahmen öffnet zugleich den Weg zu einem nationalen Energiesockel, der eine Mindestförderung heimischer Steinkohle umfasst.

Aus heutiger Sicht und unter Berücksichtigung der im Zusammenhang mit den EU-Genehmigungen der Steinkohlehilfen 2000 und 2001 notwendigen weiteren Kapazitätsanpassung ist die Größenordnung einer für den Erhalt des Zugangs zu den Lagerstätten erforderlichen Mindestförderung bei etwa 22 bis 20 Mio t anzusetzen. Damit ist auch künftig ein bedeutender Beitrag des Steinkohlenbergbaus zu einer nachhaltigen Energieversorgung in Deutschland möglich:

- Die größte heimische Energiereserve bleibt als versorgungspolitische Option auch für künftige Generationen erhalten.
- Der Steinkohlenbergbau kann auch künftig einen verantwortlichen Beitrag zur sozialverträglichen Anpassung und Umstrukturierung leisten.
- Die Basis für Weiterentwicklung der weltweit zunehmend gefragten modernen deutschen Kohletechnologien von der Kohlengewinnung bis zur Kohlenverwendung bleibt gewahrt.

Anhang

Gründung und Aufgaben

Der Gesamtverband des deutschen Steinkohlenbergbaus (GVSt) wurde am 11. Dezember 1968 gegründet. Er hat die satzungsgemäße Aufgabe, die allgemeinen Belange seiner Mitglieder, insbesondere auf wirtschaftspolitischem und sozialpolitischem Gebiet, wahrzunehmen und zu fördern.

Die Tätigkeit des Verbandes erstreckt sich über den nationalen Bereich hinaus auf die Ebene der Europäischen Union sowie auf die Mitwirkung in weiteren internationalen Gremien.

Über die Dachverbände der deutschen Wirtschaft, in denen der GVSt direkt und indirekt vertreten ist, beteiligt er sich an der politischen Willens- und Entscheidungsbildung in Deutschland.

Die Wahrnehmung der Aufgaben erfolgt in enger Zusammenarbeit mit den Mitgliedern.

Mitglieder

RAG Aktiengesellschaft, Essen

Deutsche Steinkohle AG, Herne

DSK Anthrazit Ibbenbüren GmbH, Ibbenbüren

Bergwerksgesellschaft Merchweiler mbH, Quierschied

RAG Saarberg AG, Saarbrücken

Dr. Arnold Schäfer Bergbau GmbH, Saarwellingen

Unternehmensverband Steinkohlenbergbau, Essen

Aufgaben und Organisation des Gesamtverbandes des deutschen Steinkohlenbergbaus

Vorstand

Karl Starzacher, Essen,
Vorsitzender,
Vorsitzender des Vorstandes der RAG Aktiengesellschaft

Dr. Wilhelm Beermann, Essen,
Stellvertretender Vorsitzender

Prof. Dr. Karl Friedrich Jakob, Essen,
Stellvertretender Vorsitzender,
Stellvertretender Vorsitzender des Vorstandes der RAG Coal International AG

Jürgen Eikhoff, Herne,
Mitglied des Vorstandes der Deutschen Steinkohle AG

Dr. Joachim Geisler, Saarbrükken, Vorsitzender des Vorstandes der RAG Saarberg AG

Wolfgang Reichel, Essen,
Geschäftsführendes Vorstandsmitglied

Dr. Peter Schörner, Essen,
Mitglied des Vorstandes der RAG Aktiengesellschaft

Dr. Gerhard Sohn, Essen,
Geschäftsführendes Vorstandsmitglied

Dr. Jürgen W. Stadelhofer, Essen,
Vorsitzender des Vorstandes der RAG Coal International AG

Bernd Tönjes, Herne,
Vorsitzender des Vorstandes der Deutschen Steinkohle AG

Ulrich Weber, Essen,
Mitglied des Vorstandes der RAG Aktiengesellschaft

Michael G. Ziesler, Herne,
Mitglied des Vorstandes der Deutschen Steinkohle AG

Hauptgeschäftsführung

Wolfgang Reichel, Essen

Dr. Gerhard Sohn, Essen

Geschäftsführung

Politik und Wirtschaft

Dr. Günter Dach, Essen

Recht/Soziales/Tarife

Elmar Milles, Essen

Öffentlichkeitsarbeit

Dr. Günter Dach, Essen

Impressum

Herausgegeben von der
Geschäftsführung des
Gesamtverbandes des
deutschen Steinkohlenbergbaus
Rellinghauser Straße 1
45128 Essen

Tel.: +49 (0) 2 01 / 177 4331
Fax: +49 (0) 2 01 / 177 4271
E-Mail: kommunikation@gvst.de
Internet: www.gvst.de

Fotos: DSK, STEAG
Gestaltung: BroCoMotion GmbH, Solingen
Druck: B.o.s.s Druck und Medien GmbH, Kleve
ISSN 0343-7981